

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis halbjährlich 1.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Quartal, 3.50 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgetragene Kolonietabelle oder deren Raum 20 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erkaltet täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. | Mittwoch, den 20. Februar 1907. | Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983. | Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Thronrede.

Der Kaiser eröffnete heute den Reichstag mit folgender Thronrede:

Geehrte Herren!
 Im Namen meiner hohen Verbündeten heiße ich den neugewählten Reichstag willkommen.
 Aufgerufen zur Entscheidung über einen Zwiespalt zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit des vorigen Reichstags hat das deutsche Volk belundet, daß es Ehr und Gut der Nation ohne Kleinlichen Parteigeist trenn und fest gebietet wissen will. In solcher Würde, Bauern und Arbeiter einigenden Kraft des Nationalgefühls ruhen des Vaterlandes Geschicke wohl geborgen. Wie ich alle verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse gewissenhaft zu achten gewillt bin, so hege ich zu dem neuen Reichstage das Vertrauen, daß er es als seine höchste Pflicht erkennt, unsere Stellung unter den Kulturvölkern verständnisvoll und tatbereit zu demahren und zu besetigen.
 Ihre erste Aufgabe wird die Erledigung des Reichshaushalts für 1907, des Nachtragskredits für Südwestafrika und des Wohnbaues von Ketmanshoop nach Rubub sein. Diese Vorlagen gehen Ihnen sofort in der früheren, nur unwesentlich veränderten Gestalt zu.
 Die schwere Krisis, die durch die Zustände der Eingeborenen in Südwest- und Ostafrika über diese Schutzgebiete herein gebrochen war, ist überwunden. In Ostafrika ist der Zustand vollständig unterdrückt. In Südwestafrika sind die feindlichen Stämme bis auf wenige Ueberreste unterworfen worden, so daß eine erhebliche Verminderung der dort stehenden Schutztruppe aller Voraussicht nach möglich sein wird. Der Dank des Vaterlandes ist den Tapferen sicher, die in jahrelangen schweren Kämpfen mit einem verschlagenen und hartnäckigen Gegner den Ruhm der deutschen Waffen hochgehalten haben.
 Die Entwicklung unserer Kolonien zu einem wertvollen Teil des nationalen Besitzstandes erfordert vor allem einen sorgfältig ausgearbeiteten Plan für den Ausbau der Verkehrswege. Um allmählich zu einer geordneten Selbstverwaltung zu gelangen, werden zunächst das Rechnungswesen zu vereinfachen und die Beamtenverhältnisse neu zu ordnen sein. Wie mit dem Vorschlage, ein Kolonialamt zu errichten, so wird der Reichstag auch mit den Vorschlägen für die schwer geschädigten Ansiedler in Südwestafrika von neuem befaßt werden.
 Der gesunde Sinn in Stadt und Land hat im Wahlkampf einer Bewegung Halt geboten, die sich, alles bestehende Gut und Lebenskräfte verneinend, gegen Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Entwicklung richtet. Die großen grundlegenden Gesetze zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet, selbst aber nichts für sie und für den Kulturfortschritt geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Jene Gesetzgebung beruht auf dem Grundsatz der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der wechselnden Parteigestaltung. Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen.
 Als König von Preußen habe ich am 27. Januar d. J. kundgegeben, daß ich bei Vereidigungen meiner Person von meinem Wegnabigungsrecht größeren Gebrauch machen will. Es ist mein Wunsch, auch im Gesetze den Bestrafungen wegen Majestätsbeleidigung enge Grenzen gezogen zu sehen. Eine Vorlage für den Bundesrat wird vorbereitet.
 Die allgemeine politische Lage berechtigt zu der Zuversicht, daß uns der Friede weiter erhalten bleiben wird. In unseren Verbündeten unterhält meine Regierung die alten herzlichen, zu den anderen fremden Mächten gute und korrekte Beziehungen. Der am 11. Januar dieses Jahres unterzeichnete Vertrag mit Dänemark der durch Regelung der Verhältnisse der Optantländer störende Reibungen beseitigen soll, wird, wie ich hoffe, das freundliche Verhältnis zu unserem nördlichen Nachbarn staute kräftigen. Auf Grund der Anregungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Vorschläge der russischen Regierung habe ich die Einladung zu der zweiten Haager Friedenskonferenz angenommen, die berufen sein wird, im Anschluß an die Ergebnisse der ersten Haager Konferenz das Völkerrecht im Sinne des Friedens und der Humanität weiter auszubilden.
 Und nun, meine Herren, möge das nationale Empfinden und der Wille zur Tat, aus dem dieser Reichstag hervorgegangen ist, auch über seinen Arbeiten wachen — Deutschland zum Heil!

denn „das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen“ fortgesetzt werden soll!
 Auf die Angriffe gegen die Sozialdemokratie konnte man ja nach den letzten kaiserlichen Kundgebungen gefaßt sein. Man durfte vermuten, daß das Motto von dem „Niederreiten“ in irgend einer Weise wiederkehren würde. Das ist denn auch geschehen. Ueberraschen dürfte allerdings den mit den Verhältnissen des Hofes und der Regierung minder Vertrauten die Form des kaiserlichen Angriffs auf die Sozialdemokratie. Steht doch die Behauptung, die Sozialdemokratie habe alles Gute und Lebenskräftige stets verneint, namentlich aber seien die „großen grundlegenden Gesetze“ des Arbeiterschutzes „gegen den Widerstand“ der Sozialdemokratie geschaffen worden, nichts anderes dar, als eine Wiederholung jener reichsverbändlerischen Legenden, die bereits während des Wahlkampfes von der sozialdemokratischen Presse nachdrücklich und gründlich widerlegt worden sind!
 So war in einem Artikel des „Vorwärts“ vom 3. Februar in eingehendster Weise nachgewiesen worden, daß die ganze soziale Gesetzgebung Deutschlands in letzter Linie auf die unermüdblichen Anregungen und die unausgesetzte gesetzgeberische Arbeit der Sozialdemokratie zurückzuführen ist. Selbst ein Bismarck hatte am 26. November 1884 erklären müssen:
 „Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihnen fürchteten, würden die mächtigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform gemacht haben, auch noch nicht existieren.“
 Und einer der tüchtigsten Sozialpolitiker des Zentrums, Konstantin Franz, schreibt auf Seite 18 seines Werkes über Sozialpolitik:
 „Es ist eine Tatsache, daß es erst der sozialistischen Agitation bedurfte, bis man überhaupt dazu kam, neben all den Gesetzen, die vorzugsweise die Interessen der besitzenden Klassen betreffen, doch nebenbei auch einige Gesetze speziell für die arbeitenden Klassen zu erlassen.“
 Unser Artikel vom 3. Februar gab dann gestützt auf amtliche Dokumente, eine historische Darstellung der Geschichte speziell der Unfallversicherung. Bereits im Jahre 1877 und 1878 hatten sozialdemokratische Anträge eine staatliche Unfallversicherung gefordert. Als dann im Jahre 1881 endlich der erste Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes vorgelegt wurde, waren es gerade „staatsfeindliche“ Abgeordnete, wie Herr v. Kardorff, die diesen Gesetzentwurf der Regierung als sozialdemokratisch bekämpften! Und auch der freisinnige Abg. Damberger erklärte damals:
 „Der Bebel hat im Jahre 1878 bei Gelegenheit gerade des Vorschlages, die Unfallversicherungsgesetzgebung zu verbessern, eine Rede gehalten, und er hat in derselben genau die Grundzüge desjenigen Gesetzes entworfen, das Ihnen heute vorliegt. Ich will Herrn Bebel nicht des Vergnügens berauben, die Stelle wörtlich vorzulesen, in der die ganze Oekonomie des Gesetzes auch seiner Ausführung nach, enthalten ist; aber das kann ich sagen, nachdem ich die Rede heute morgen nachgesehen habe, ist mir der Gedanke gekommen, ich weiß nicht, warum Herr Bebel nicht vortragender Rat der volkswirtschaftlichen Abteilung in der Reichsregierung ist...“
 Man sieht, wie unrichtig die Behauptung ist, die sozialpolitische Gesetzgebung sei gegen den Widerstand der Sozialdemokratie geschaffen worden!
 Zudem haben unsere Fraktionsredner diese ja nicht erst gestern erkonnene Legende wiederholt im Reichstag graufam zerstückelt. So führte z. B. Genosse Mollenhuth bereits am 15. Dezember 1903 im Reichstag aus:
 „Nun muß ich noch auf einige Fragen des Herrn Reichskanzlers eingehen, die er hier mehrmals wiederholt hat. In seiner Donnerstagsrede sowohl wie in seiner gestrigen fragte er, was die Sozialdemokraten denn Positives geschaffen hätten. Ich hätte geglaubt, daß, wenn er so neugierig ist, das zu wissen, er diese Frage vielleicht an den Staatssekretär des Innern oder an irgend einen Geheimrat gestellt hätte, die vielleicht in der Lage gewesen wären, ihm Auskunft darüber zu geben.“
 (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.)
 Aber es scheint so, als ob der Herr Reichskanzler in dem Wahn lebte, daß noch niemals ein sozialdemokratischer Antrag angenommen worden ist. Es ist freilich Brauch des Hauses, daß, wenn ein Antrag Auer und Genossen oder Albrecht und Genossen heißt, die anderen Parteien dagegen stimmen.
 (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)
 Diese negative Wirkung sozialdemokratischer Tätigkeit liegt nicht an den Sozialdemokraten, sondern an denen, welche die Anträge ablehnen.
 (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)
 Aber der Herr Reichskanzler hätte auch fragen sollen, wie unsere Gesetze ausgesehen hätten, wenn alle diese Anträge angenommen worden wären. Dann würde er sagen können, wie es dann in Deutschland aussehen würde, und ich glaube, er würde dann sagen, daß die positive Tätigkeit der Sozialdemokraten eine ganz erhebliche gewesen wäre, und Deutschland wirklich mit seiner Sozialpolitik an der Spitze marschiere. Aber er nimmt vielleicht das Tatsächliche, und da muß ich leider den Herrn Reichskanzler darauf aufmerksam machen, daß ihm die Geschichte der deutschen Reichsgesetze nicht genau bekannt sein muß, denn sonst würde er wissen, daß es ganze deutsche Reichsgesetze gibt, welche auf Anregung der

Sozialdemokraten geschaffen sind. Diese Behauptung will ich nicht etwa als Behauptung meinerseits gelten lassen, sondern mich dafür auf die Motive der betreffenden Gesetze berufen; denn in den Motiven wird man ja doch nicht falsch Zeugnis reden zugunsten der Sozialdemokraten. Da heißt es z. B. in den Motiven zu dem Gesetzentwurf zur Unterstützung der Familien der Reservisten und Landwehrlente:
 Der Reichstag hat bei Feststellung des Reichshaushalts Etats für das Etatsjahr 1886/87 am 12. Februar 1886 beschlossen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Unterstützung der Familien der zur Lebung einberufenen Reservisten und Landwehrlente regelt.
 Ich habe nachgesehen, wer denn am 12. Februar 1886 die Sache in Anregung gebracht hat, und fand da unter Druckachen 59 II. Antrag Harm und Genossen, einen Antrag, der von allen Sozialdemokraten unterzeichnet ist, und da sehen Sie, daß in den Motiven selbst zugegeben wird, daß aus der Anregung der Sozialdemokraten heraus jenes Gesetz entstanden ist.
 Dann heißt es in den Motiven zur Seemannsordnung:
 Nachdem im Reichstag durch den Antrag Schwarz (Druckachen des Reichstags von 1892/93 Nr. 120) eine solche Revision in Anregung gebracht und weitgehende Forderungen im Interesse der Schiffleute gestellt worden waren, ist die Frage in lebhaften Fluß gekommen und in beteiligten Vereinen und Korporationen eifrig erörtert worden.
 Es wird da näher zusammengestellt, was in dieser Beziehung alles geschehen ist:
 Das Ergebnis aller dieser Vorarbeiten bilden:
 1. Der vorliegende Entwurf einer neuen Seemannsordnung sowie die anschließenden Entwürfe zu Gesetzen betreffend
 2. die Verpflichtung der Kauffahrtschiffe zum Mitnehmen heimgeschaffender Seeleute;
 3. die Stellenermittlung für Schiffleute;
 4. die Abänderung seerechtlicher Vorschriften des Handelsgesetzbuches.
 Also da teilt uns der Herr Reichskanzler selber mit, daß der Antrag Schwarz die Anregung dazu gegeben hat. Dessen muß er sich doch erinnern, da er es selbst dem Reichstage mitgeteilt hat. Oder sollte der Herr Reichskanzler es vollständig vergessen haben? Dann hätte er sich vielleicht bei den Räten erkundigen können, die in der Kommission gesessen haben. Ich will natürlich nicht alle Einzelheiten hervorheben, welche aus Anregung und Antrag der Sozialdemokraten in die Gesetzgebung hineingekommen sind, dann müßte ich sehr lang werden. Für den Herrn Reichskanzler wäre es aber doch, wenn er solche Reden halten will, vielleicht angebracht, wenn er einmal einen Rat beauftragen würde, daß ihm alle jene Vorkommnisse, welche infolge von Anregungen und Anträgen von Sozialdemokraten in die Gesetzgebung hineingekommen sind, rot unterstrichen werden. Ich glaube, er würde merkwürdig viel rote Striche in seiner Gesetzsammlung sehen.
 (Heiterkeit.)
 Ich will hier nur an einige erinnern. Wenn im Unfallversicherungsgesetz früher bei Berechnung der Renten 4 Mark vom Tagesverdienst voll angerechnet wurden und der überschüssige Teil nur mit einem Drittel in Rechnung gebracht wurde und gegenwärtig statt dieser Summe 1500 Mark Jahresarbeitsverdienst steht, was eine erhebliche Erhöhung der Renten zur Folge hat — wenn Sie sich da einmal erkundigen, von welcher Seite die Anregungen und die Anträge ausgegangen sind, dann wird er erfahren, daß es diese negativen Sozialdemokraten gewesen sind, die zuerst diese Frage in Anregung gebracht haben.
 (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
 Wenn er weiter fragt, wie es denn kommt, daß den Seeleuten jetzt das effache der Romischfeuer zugrunde gelegt wird, und nicht der neunfache Betrag, dann wird er erfahren, daß es wieder die Sozialdemokraten sind, welche diese Verringerung herbeigeführt haben.
 Wenn er weiter fragt, wie es kommt, daß bei den Renten der Witwen und Waisen die Summe, welche für Kost und Logis gerechnet wird, bei der Rentenberechnung mit in Anrechnung kommt, dann wird er abermals auf die Sozialdemokratie stoßen.
 Aber dann möchte ich dem Herrn Reichskanzler noch eine weitere Frage vorlegen. Der Herr Reichskanzler hat am 22. Dezember 1900 eine neue Festsetzung der Feuerbeiträge vorsehen lassen, nach denen die Renten der Seeleute berechnet werden. Dieser Termin ist infolge ungewöhnlicher, weil der vorherige Feststellungstermin nicht abgelaufen war. Nun möchte ich den Herrn Reichskanzler fragen, wie er dazu gekommen ist, diese neue Festsetzung zu so ungewöhnlicher Zeit vorzunehmen. Es war kein anderer Grund, und es ist auch von den Kommissaren hier vom Bundesratstische ausgesprochen worden, daß es infolge unserer Anregung geschehen ist. Davon weiß scheinbar der Herr Reichskanzler gar nichts, daß alle diese seine positiven Handlungen auf Anregung der Sozialdemokraten zurückzuführen sind.
 Wir hoffen, daß diese Zitate genügen, um nun endlich einmal der Legende von der „rein negierenden“ Haltung der Sozialdemokratie ein Ende zu machen.
 Hebrigen beweist auch gerade der vom Kaiser erwähnte Erlaß Kaiser Wilhelms des Großen die Richtigkeit unserer Darstellung, daß es ohne Sozialdemokratie

Die Thronrede zeichnet sich durch zwei Momente aus: durch die heftigen Ausfälle gegen die Sozialdemokratie und durch das Fehlen eines auch nur in den allgemeinsten Kurzfassen angedeuteten sozialpolitischen Programms! Während die Absichten des kolonialen Programms mit aller Deutlichkeit kundgegeben werden, findet sich in dem auf die sozialpolitischen Verpflichtungen des Reiches bezüglichen Teile der Thronrede nicht der flüchtigste Hinweis auf die Art, wie

die Thronrede zeichnet sich durch zwei Momente aus: durch die heftigen Ausfälle gegen die Sozialdemokratie und durch das Fehlen eines auch nur in den allgemeinsten Kurzfassen angedeuteten sozialpolitischen Programms! Während die Absichten des kolonialen Programms mit aller Deutlichkeit kundgegeben werden, findet sich in dem auf die sozialpolitischen Verpflichtungen des Reiches bezüglichen Teile der Thronrede nicht der flüchtigste Hinweis auf die Art, wie

die Thronrede zeichnet sich durch zwei Momente aus: durch die heftigen Ausfälle gegen die Sozialdemokratie und durch das Fehlen eines auch nur in den allgemeinsten Kurzfassen angedeuteten sozialpolitischen Programms! Während die Absichten des kolonialen Programms mit aller Deutlichkeit kundgegeben werden, findet sich in dem auf die sozialpolitischen Verpflichtungen des Reiches bezüglichen Teile der Thronrede nicht der flüchtigste Hinweis auf die Art, wie

auch keine soziale Gesetzgebung in Deutschland gäbe? Heißt es doch in dem kaiserlichen Erlass vom 17. November 1881: „Schon im Februar ds. J. haben wir unsere Ueberzeugung ausgesprochen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression (Unterdrückung) sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde.“

Die Einleitung der sozialpolitischen Gesetzgebung wird also auch hier in direktesten ursächlichen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie gebracht! Daß der Kaiser gleichwohl so irrige Ansichten in seiner Thronrede äußert, ist uns durchaus verständlich. Der Kaiser bekommt von allen deutschen Blättern nur den Scharfschützen „Lokal-Anzeiger“ unzerschnitten zu Gesicht; die übrige Presse wird ihm in Ausschnitten vorgelegt. Die Verantwortung für die bedauerlichen politischen und sozialpolitischen Irrtümer des Kaisers trifft also diejenigen, die ihn durch tendenziöse und einseitige Auswahl seiner Lektüre irreleiten.

Wenn der Kaiser dann weiter die Ansicht äußert, daß die deutschen Arbeiter unter der Last der Sozialdemokratie auch nach der neuen Wahl 3/4 Millionen Stimmen zähle, nicht leiden würden, da die soziale Gesetzgebung auf dem Grundsatze der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Massen beruhe, so können auch wir dieser Auffassung durchaus zustimmen. Die Sozialdemokratie hat ja diese soziale Verpflichtung stets betont. Sie wird nach allen Kräften auch weiterhin dafür wirken, daß diese soziale Verpflichtung auch von den widerstrebenden reaktionären und Scharfmacherkreisen anerkannt werden muß. Der Umstand, daß Hunderttausende von Arbeitern sich diesmal noch nicht um unser Banner geschart haben, soll die Sozialdemokratie nicht hindern, mit dem Aufgebot all ihrer Arbeitskraft und all ihrer Energie für die Rechte aller Arbeiter, aller Ausgebeuteten einzutreten!

Wir hoffen nur, daß sich der Eifer der verbündeten Regierungen für den Ausbau der sozialen Gesetzgebung auch recht bald in entsprechenden Gesetzesvorlagen äußert. An der sozialdemokratischen Unterstützung für solche Gesetze zum wahrhaftigen Schutz der Heloten des Staates soll es nicht fehlen. Im Gegenteil: die Sozialdemokratie wird es auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung ebenso machen wie der vom Kaiser dieser Tage noch so belobte Flottenverein: sie wird die Regierung weiter vorwärts zu drängen suchen! Hoffentlich wird die Regierung diesen Eifer der Sozialdemokratie für wahrhaftige nationale Kulturarbeit ebenso dankbar entgegennehmen wie das Drängen der Panzerplattenpatrioten! Vielleicht läßt man es sogar einmal zu einer Reichstagsauflösung kommen, falls in solchen Fragen die „nationale“ Mehrheit versagen sollte! Bisher sind ja sonderbarerweise immer nur dann Reichstagsauflösungen erfolgt, wenn Heeres-, Flotten- und Kolonialforderungen abgelehnt wurden!

Der sonstige Inhalt der Thronrede bestätigt nur die Ausführungen unseres gestrigen Leitartikels. Zunächst sollen die Kolonialforderungen unter Dach und Fach gebracht werden. Weiter soll die Entwicklung der Kolonien durch einen „sorgfältig auszuarbeitenden Plan für den Ausbau der Verkehrswege“ gefördert werden — sollen also die Dernburg-Projekte realisiert werden!

Zum Schluß wird dann der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das „nationale Empfinden und der Wille zur Tat, aus dem der Reichstag hervorgegangen, auch über seinen Arbeiten walten möge“. Diese Hoffnung birgt alle die in der Thronrede noch unausgesprochen gebliebenen „nationalen“ Forderungen für Heer, Marine und Weltpolitik im Schoße, von denen wir gestern gesprochen haben!

Auch die Thronrede beweist, daß die herrschenden Mächte in Deutschland das Besten der Sozialdemokratie nicht im mindesten verstanden haben. Um so schlimmer für sie! Die Sozialdemokratie wird mit verdoppeltem Eifer fortfahren, ihre Grundsätze und Ideale der Masse des Volkes verständlich zu machen. Sie wird das Proletariat und die ihm nahestehenden Schichten noch unbergänglich intensiver als bisher über das Wesen und die Leistungen des sozialistischen Klassenkampfes aufklären! Und an diesen ehernen wirtschaftlichen und politischen Tatsachen werden alle reaktionären Vorpiegelungen in Scham zerstreuen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Februar 1907.

Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion.

Unsere Fraktion hielt am Dienstag im Anschluß an die Plenarsitzung ihre erste Sitzung ab. Als Fraktionsvorsitzender wurden Luer, Webel, Singer, Raden und Richard Fischer gewählt. In den Senatoren-Touren wurden Webel, Geyer und Singer designiert. Im Plenum soll als Schriftführer Fischer vorgeschlagen werden. Als Redner für die Kolonialrats (Nachtragsetats) wurden Webel und Ledebour, für den Etat 1907 Webel und Singer bestimmt. Die Fraktion beschloß, eine Einladung, die zu der sogenannten „ersten deutschen Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen“ an die Fraktion gerichtet war, als Fraktion nicht anzunehmen. Ueber diese sogenannte „erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen“ und ihre Tendenz haben wir bereits am 8. und 14. d. Mts. berichtet. Die Herren Mumm, Pfarrer Weyer und andere Gegner der zentralisierten freien Gewerkschaften bezwecken — im Verein mit Bewußt und Unbewußt in des Rangens der Vogelsteller zum sozialen Frieden gelaufenen bürgerlichen Sozialreformer — durch diesen sogenannten Kongreß in der bereitwilligen vom Ministerium für Schulverwaltung zur Verfügung gestellten Konferenzhalle in die schlappen Segel der gelben, blauen und grünen Organisationen zur Hemmung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterinnen etwas Wind zu blasen. Es ist für jeden Förderer der gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiterinnen selbstverständlich, daß Arbeitervertreter als solche diese arbeiterfeindliche, auf Schwächung und Zersplitterung wirklicher Arbeiterinnenorganisationen abzielende Bestrebungen nicht unterstützen haben. Weder eine gewerkschaftliche noch eine politische Organisation selbstwähliger Arbeiter kann derartige gewerkschaftsfeindliche Bestrebungen beschiden. Wägen Arbeiterfreunde und Sozialsozialisten ihre sozialreformerischen Schaustellungen für sich abhalten.

Das Dreiklassenparlament über die Reichstagswahlen.

Es war vorauszusehen, daß das Dreiklassenparlament die erste Gelegenheit benutzen würde, um seiner Befriedigung über den Wahlausfall Ausdruck zu geben. Die Gelegenheit bot die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern, die am Dienstag begann. Es paßte ganz zu dem Wilde, das die Politik der letzten Monate gezeigt hat, die konservativ-liberalen Bundesgenossen Arm in Arm aufmarschieren zu sehen, um ein Lob- od über die „Niederzwingung der Sozialdemokratie“

anzustimmen. Von dem Oberstschaffmacher Herrn v. Zedlitz (fl.) bis zu dem „unentwegten“ Volksparteiler Cassel herrschte freudige Uebereinstimmung darüber, daß die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf Lorbeeren gepflückt haben, und auch der Minister des Innern, v. Bethmann-Hollweg, schloß sich den berufenden Siegestraden an. Die Herren im Dreiklassenparlament haben nun einmal an der Oberfläche: sie sehen, daß die Sozialdemokratie ein paar Hundert Siege im Reichstage eingebüßt hat; und schon glauben sie, daß dadurch die Sozialdemokratie niedergedrückt ist! Nur Herrn Cassel schien es zeitweise — aber auch nur zeitweise — zu dämmern, daß der Verlust einiger Mandate nicht überschätzt werden darf, da ja die Stimmenzahl der Sozialdemokratie erheblich zugenommen hat.

Die Scharfmacher halten offenbar die Zeit für gekommen, um mit ihren Plänen auf Erdrosselung der Arbeiterklasse offen herzutreten. Herr v. Zedlitz verlangt nicht mehr und nicht weniger als eine neue Zuchthausvorlage gegen den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie. Der Vertreter der Nationalliberalen, Abg. Dr. Friedberg, will aus taktischen Gründen davon nichts wissen. Er hält gerade die jetzige Zeit, da es seiner Ansicht nach unter den Arbeitern selbst „zu dämmern beginnt“: daß ihr Heil nicht von der Sozialdemokratie kommt — nicht für geeignet zur Schaffung von Zuchthausgefängnissen. Auch Herr Cassel ist gegen den Zedlitzschen Vorschlag. Er glaubt, daß die bestehenden Gesetze ausreichen, und der „freisinnige“ Mann entblödet sich nicht, die Richter auf den Erpressungsparagrafen und auf eine schärfere Handhabung des § 153 der Gewerbeordnung zu verweisen! Kann der „Freisinn“ noch tiefer sinken? — Die Dinge, die Herr Cassel vortrug: von dem „Zwang, der auf kleine Gewerbetreibende seitens der Sozialdemokratie ausgeübt wird“, erinnerten lebhaft an die famose Denkschrift zur Zuchthausvorlage und an die Subskription des Reichslügenverbandes.

Von den weiteren Fragen, die in der Debatte angeschnitten wurden, interessierte am meisten die Frage der „Reform“ des Wahlrechts und des Vereins- und Versammlungsrechts. In bezug auf die Aenderung des Wahlrechts haben die Freisinnigen, die Nationalliberalen und das Zentrum bestimmte formulierte Anträge eingebracht, die jedoch erst später zur Beratung kommen. Die Redner beschränkten sich deshalb auf kurze Erklärungen. Der Abg. Cassel forderte den Erlass des Dreiklassenwahlrechts durch das Reichstagswahlrecht, mit dessen Hilfe — wie die Wahlen gezeigt hätten — die Sozialdemokratie ja auch besetzt werden könnte! Eine äußerst scharfe Kritik am Dreiklassenwahlrecht übte Abg. Dr. Friedberg (natl.), der die Reform des Wahlrechts als die dringendste Aufgabe bezeichnete und nicht mit Unrecht hervorhob, daß sich eventuell schon die nächsten Wahlen unter der Parole der Wahlreform vollziehen könnten. Man irrt aber, wenn man glaubt, daß der nationalliberale Redner etwa die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen fordert. Im Gegenteil — das Wahlrecht soll nach wie vor plutokratisch bleiben; nur soll es so zugeschnitten werden, daß nicht mehr die Konservativen, sondern die Nationalliberalen den Hauptvorteil davon haben. — Der Minister äußerte sich zur Wahlrechtsfrage nicht; er will bis zur Beratung der Anträge warten. —

Ueber die Notwendigkeit der Reform des Vereinsrechts herrscht bei allen Parteien — mit Ausnahme der Konservativen — Uebereinstimmung, und auch die Regierung stellt eine baldige Abänderung in Aussicht. Wie diese „Reform“ aussehen wird, das läßt sich noch nicht sagen, man wird aber nicht fehl gehen in der Annahme, daß sie neben einigen Milderungen auf der anderen Seite Härten und Verkümmern des Vereins- und Versammlungsrechts bringen wird. Benignitäts lassen die Andeutungen des Herrn v. Zedlitz darauf schließen.

Auf die Frage einer Reform der Gesindeordnung, die von verschiedenen Seiten angeregt wurde, ging der Minister nicht ein. Charakteristisch ist es übrigens, daß von keiner Seite die Aufhebung dieses mittelalterlichen Gesetzes verlangt wurde. —

Einen breiten Raum in der Debatte nahm auch die Frage der Handhabung der Ausweisung vorbestrafter Personen durch die Polizei in Anspruch, eine Frage, die durch den „Hauptmann von Ropenia“ wieder in Fluß gekommen ist. Es muß offen anerkannt werden, daß der Minister den Willen zu haben scheint, auf diesem Gebiet Wandel zu schaffen. Es fragt sich aber, ob er durch bloße Verwaltungsmassregeln dies Ziel erreicht. Bei der Machtbefugnis, über die heutzutage die untergeordneten Polizeiorgane verfügen, besteht die große Gefahr, daß selbst die bestgemeinten Absichten scheitern. Hier kann eben nicht durch Verwaltungsmassnahmen, sondern einzig und allein durch Gesetzeshilfe geschaffen werden.

Wie es die Polizei treibt, das geht ja zur Genüge aus dem bekannten Fall Schöne-Broschusen hervor, der auf der linken Seite des Hauses angeschnitten wurde. Der Minister vermied es, auf diesen typischen Fall näher einzugehen; er begnügte sich mit der Erklärung, daß der schuldige Beamte zur Rechenschaft gezogen ist! — Das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß das, was die sozialdemokratische Presse über diesen skandalösen Versuch, einen Ankläger unter der Androhung der Ausweisung zu Spitzeldiensten zu verleiten, berichtete, auf Richtigkeit beruht. Daß Vorkehrung gegen die Wiederholung solcher Dinge getroffen ist, ergab sich aus den Worten des Ministers nicht!

Nachdem am Schluß der Sitzung noch die Polen ihre Beschwerden vorgetragen hatten, die programmäßig als „unbegründet“ zurückgewiesen wurden, vertagte das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch. —

Der „Fall Eichhoff“.

In den Siegestrum des Kopsch-Mugdonischen Freisinn fallen bittere Tropfen. Zwar hat der parlamentarische Rest, der von der ehemaligen Richterlichen Fortschrittlichkeit übrig geblieben ist, im Wahlkampf durch schimpfliche Schachermacherei und völlige Preisgabe aller politischen Grundsätze einige Mandate erobert, aber verschiedene seiner Größen ziehen als geschändete politische Bankrotteure in den Reichstag ein — und zu all diesem an den Fersen der Freisinnigen Volkspartei liegenden moralischen Dreck kommt nun noch der höchst interessante „Fall Eichhoff“, der sich für den zukünftigen führenden Kolonialpolitiker des Freisinn von Tag zu Tag schimpflicher gestaltet.

Herr Professor Eichhoff hat nicht nur den „Vorwärts“ mit einer Verächtlichkeit beehrt, in der er sorglos behauptet, daß er niemals sein Wort verpfändet hätte, in jedem Falle die Wahl im Wahlkreis Mülhausen-Langensalza anzunehmen, er hat auch der „Mülhäuser Zeitung“, die seine Wiederwahl auf das energischste betriebe hat, eine ähnliche Verächtlichkeit zugesandt und ihr zugleich gedroht, sie zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie

ihren Vorwurf des Wortbruchs aufrecht erhalte und sich nicht selbst Lügen strafe. Wie nämlich das Blatt in seiner gestrigen Nummer mitteilt, hat es folgende Zuschrift von Herrn Eichhoff erhalten:

„An die Redaktion der „Mülhäuser Zeitung“.

Mülhausen i. Thür.
Falls Sie es nicht vorziehen, nachdem sich die erste Erregung über meine politische notwendige Ablehnung des dortigen Mandats gelegt hat, nimmere freiwillig zu erklären, daß Sie den in Nr. 34 Ihrer Zeitung gegen mich erhobenen schwereren Vorwurf, „mein verpfändetes Wort gebrochen zu haben, zurückzunehmen, werde ich mich zu meinem lebhaften Bedauern genötigt sehen, Sie zur Verantwortung zu ziehen und meinerseits öffentlich den Nachweis zu erbringen, daß ich es während des ganzen Wahlkampfes in beiden Wahlkreisen stets abgelehnt habe und ablehnen mußte, für die Eventualität einer Doppelwahl eine bestimmte Zusage zu geben.“

Ich ersuche um unangehende Mitteilung, ob Sie mir die Genugtuung zu leisten bereit sind, die ich nicht nur zur Wahrung meiner persönlichen Ehre, sondern zugleich auch im wohlverstandenen Interesse der liberalen Sache zu fordern berechtigt und verpflichtet bin.

Hochachtungsvoll
R. Eichhoff.

Die „Mülhäuser Ztg.“ antwortet auf dieses liebenswürdige Schreiben kurzweg damit, daß sie Herrn Eichhoff auffordert, seine Drohung anzuführen; sie werde dann vor Gericht die Berechtigung ihres Vorwurfs durch Zeugen beweisen. Wörtlich schreibt sie:

„Das Schreiben des Herrn Professor Eichhoff ist ein charakteristisches Zeichen mehr für seine ganze, nach der Wahl eingenommene Haltung gegenüber seiner alten, treuen Wählererschaft. Während ihm diese zehn Jahre hindurch — zwei Legislaturperioden — unbegrenztes Vertrauen entgegengebracht und seinem Manneswort unbedingten Glauben geschenkt hatte, war die Wählererschaft seines heimathlichen Wahlkreises Lennepe-Mettmann-Kemscheid etwas weniger vertrauensselig, dafür aber auch bedeutend vorsichtiger! Denn dort hatte man seinerzeit Herrn Professor Eichhoff einen schriftlichen Vertrag vorgelegt, laut welchem er sich verpflichten sollte, bei einer eventuellen Wahl dort anzunehmen. Jener Passus ist von Herrn Professor Eichhoff eigenhändig durchstrichen worden. Dieser Umstand spricht klar und deutlich für die Annahme, daß er sich dem Wahlkreise Mülhausen-Langensalza-Weihensteppe für verpflichtet hielt und durch sein Wort für gebunden erachtete. Nicht allein im trauten Gespräch mit hiesigen Parteifreunden, sondern auch bei den verschiedensten Gelegenheiten hat Herr Professor Eichhoff auf die mehrfach an ihn gerichteten Fragen, ob er auch bei einer eventuellen Wiederwahl annehmen würde, wörtlich sich geäußert: „Wenn ich hier gewählt werde, nehme ich selbstverständlich nur hier an!“ Diese damals so heftig aufgenommenen Worte des Herrn Prof. Eichhoff können durch eine große Anzahl ehrenwerter Männer, die bei dieser Aeußerung zugegen waren und dieselbe mit angehört haben, bekräftigt und eidlich erhärtet werden; und wenn jetzt Herr Prof. Eichhoff beruht, durch einige von ihm im „Berl. Tagebl.“ und in der „Voss. Ztg.“ offensichtlich inspierte Artikel das Gegenteil glaubhaft zu machen, um damit eine Mohrenwäsche an sich bezuziehen zu lassen, so bedeutet das nichts weiter als den verunglückten Versuch, durch eine inkonsistente Behauptung und sowohl wie eine Reihe von Parteifreunden vor der Öffentlichkeit zu desavouieren. Notwendig auch ist an dieser „Mühtätigkeit“, daß Herr Professor Eichhoff erst nach dem Verlauf von acht Tagen sich darauf besinnt, unseren gegen ihn mit Recht erhobenen Vorwurf des Wortbruchs — den wir auch heute noch voll und ganz aufrecht erhalten — durch abschließliche Einstellung nun seinerseits entkräften zu müssen.“

Dann geht das Blatt auf die Drohung des Herrn Eichhoff über und schreibt:

„Die bedrohliche Redewendung des Herrn Professor Eichhoff: „Werde ich mich zu meinem lebhaften Bedauern genötigt sehen, Sie zur Verantwortung zu ziehen“, schreit und ganz und gar nicht, vielmehr sind wir, und wir glauben auch mit uns der weitaus größte Teil der Wähler des Herrn Prof. Eichhoff der Ansicht, daß die gerichtliche Klarstellung — das ist dann der unrichtige Schluß eines begehrten unternehmen und erfolgreich durchgeführten Wahlkampfes für Herrn Prof. Eichhoff — denn doch etwas anders ausfallen wird, als er vielleicht selber vermuthen dürfte! Wir erwarten jetzt nicht nur eine gerichtliche Klarstellung, sondern wir fordern sie!“

Es bleibt nach dieser direkten Aufforderung der „Mülhäuser Ztg.“ Herr Eichhoff nichts anderes übrig, als gegen sie Klage zu erheben. Driekt er sich mit allerlei Geschwätz um diese Ehrenpflicht herum, ist er gerichtet und zieht als toter Mann in den Reichstag ein.

Wie es scheint, hat jede Fraktion ihr Schreckenskind, die Konservativen ihren Oldenburg-Jonuschau, das Zentrum seinen Erzberger — und der Freisinn seinen Eichhoff! —

Deutsches Reich.

Sand in die Augen!

In der „Deutschen Tageszeitung“ bespricht ein Mitarbeiter die Wiederkehr der südwestafrikanischen Eisenbahnvorlage. Er macht darauf aufmerksam, daß im Herbst die Bahnvorlage in der Kommission mit großer Mehrheit genehmigt worden war, aber mit der Abänderung, daß die Kosten für die Bahn in Form eines der Kolonie zu gewährenden Darlehens ausbezahlt werden sollten. Auch der stellvertretende Kolonialdirektor habe damals keine prinzipiellen Bedenken wegen einer derartigen Umgestaltung der Vorlage vorzubringen gehabt.

Möglicherweise hat sogar der stellvertretende Herr Kolonialdirektor diese Notiz des Agrarierblattes inspiert. Obi sein Plan der Sanierung der Kolonialfinanzen doch bekanntlich dahin, alle sogenannten Kulturausgaben für die Kolonien in Form von Darlehen zu gewähren, die von den Kolonien verginst werden sollen. An eine Verzinsung dieser Darlehen ist aber nur dann zu denken, wenn der von Herrn Dernburg gemachte Vorschlag angenommen wird, nach marokkanischem Muster alle militärischen Ausgaben für die Kolonien auf das Reich zu übernehmen und dem Kolonialbudget vollständig zu trennen. Ginge dieser Vorschlag Dernburgs durch, so würde möglicherweise Südwestafrika in der Lage sein, das Reichsdarlehen für seine Bahnen mit ein paar Hunderttausend Mark jährlich zu verzinsen, während das Reich für die militärischen Ausgaben der Kolonie jährlich 60 oder 70 Millionen zu veranschlagen hätte!

Die ganze Darlehenspolitik stellt sich also nur als kolonialer Gründerschwindel dar! —

Der rachejahnende Herr Erzberger.

Wie die „Germania“ mitteilt, hat Herr Erzberger an den Reichsanwalt Fürsten Bülow ein Schreiben gerichtet, in dem er von ihm Auskunft verlangt darüber, ob es wirklich wahr sei, daß er, wie Herr von Beck in einem durch den „Bayerischen Kurier“ veröffentlichten Brief erklärte, dem Vorschlage zugestimmt habe, daß eine der Wahlschriften den Titel tragen müsse: „Die Lügen des Herrn Erzberger.“

Fürst Bülow hat die Anfrage des Herrn Erzberger damit beantwortet, daß Herr Beck in dieser Angelegenheit wohl mit ihm korrespondiert habe, daß er aber auf seinen Vorschlag keine zukunftsweisende Antwort gegeben habe.

Aus diesem Briefwechsel geht hervor, daß Fürst Bülow, der dem Flottenverein das von privater Seite der Regierung zur Wets

Fügung gestellte Geld überwiesen hat, mit Herrn Heim tatsächlich Titelüberschrift und Inhalt der Wahlzugschriften vereinbart hat. Nur will er Herrn Heim auf eine Anfrage, ob ihm, dem Reichstanzler, der vorgeschlagene Titel: „Die Lügen des Herrn Erzberger“ passe, nicht geantwortet haben. In diesem Falle dürfte Herr Heim in der Tat mit einigem Recht die Nichtbeantwortung seines Briefes durch den Reichstanzler als Zustimmung angesehen haben.

Zunehmend hat sich Fürst Bülow durch seine diplomatische Antwort der Gefahr entzogen, von Herrn Erzberger wegen Brechbeleidigung belangt zu werden. Herr Erzberger kann ja nun Herrn Heim verklagen. Freilich läßt dieser blamorene Feld der Reichstagsimmunität besser, sich in Zukunft in der Öffentlichkeit weniger maulig zu machen. Wer so leicht wie Herr Erzberger die Abgeordnetenimmunität preisgibt, hat nicht die geringste Ursache, sich über die Vorsicht des Reichstanzlers zu entrichten! —

Das Präsidium des neuen Reichstags.

In der heutigen Sitzung des Reichstags, die sich zunächst mit der Wahl des Präsidiums zu beschäftigen hat, wird keineswegs der Zentrum Dr. Spahn als Präsident vorgeschlagen werden. Sollte dieser Vorschlag abgelehnt werden, so wird das Zentrum auf die Zuerkennung eines Vizepräsidenten verzichten. Ein, wie wir hören, vom Reichstanzler Fürsten Bülow inspirierter Vorschlag will ein Präsidium schaffen mit dem Grafen Stolberg-Berningerode (L.) als Präsidenten, Prof. Paasche (natl.) und Kaempff (Fr. Sp.) als 1. resp. 2. Vizepräsidenten.

Uns interessiert besonders die Designierung des Grafen Stolberg zum Präsidenten. Wer den Herrn jemals als Vizepräsidenten den Vorsitz führen und in seiner ganzen Unbeholfenheit agieren sehen, der wird verstehen, wenn wir sagen, daß sich der hurrareichstag, den man künftig ebenförmig Stolberg-Reichstag wird nennen können, durch die Wahl dieses Mannes zum Präsidenten vortrefflich charakterisiert. Dieser Reichstag ist des Präsidenten Stolberg würdig. —

Die Besetzung.

Dem Reichstags werden vorgelegt: Nachtrag zum Etat für das Rechnungsjahr 1906, Nachtrag zum Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1906, zweiter Nachtrag zum Etat für das Rechnungsjahr 1906, zweiter Nachtrag zum Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1906, Etat für das Rechnungsjahr 1907, Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1907, Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gewährung eines Darlehens an das südafrikanische Schutzgebiet.

Dem guten Michel, der so „brav“ gewählt hat, werden die Augen sehr bald übergehen. —

Eine recht bemerkenswerte Wahlperiode wird nachträglich noch bekannt. In einem Wahllokal des Kreises Gumbinnen (Ostpreußen) benutzte man statt einer Wahlurne einen offenen Keller, auf den die abgegebenen Stimmzettel sorgfältig aufgeschichtet wurden. Der Wahlvorstand wollte — wie überall in jenem Kreise — gerne wissen, wie jeder Wähler gewählt hatte. Die Arbeiter merken sofort, was mit dem Ausschichten der Stimmzettel begreift werden sollte — und der eine von ihnen, der nebenbei auch noch Dorfmeister und in der Welt weit herumgekommen ist, verlangte, weil geheime Wahl sein sollte, daß die Stimmzettel durcheinander geschüttelt werden sollten. Der Wahlvorstand achtete jedoch auf seine Worte nicht viel, sondern meinte: „Als er sich im Wahllokal nicht ruhig verhalte, werde man ihn an frische Luft setzen. Das empörte den Arbeiter außerordentlich, als er dann sah, wie weiter die abgegebenen Stimmzettel sorgfältig aufgeschichtet wurden, schritt er an den Wahlstisch und sagte, der Wahlvorstand sich verhasst, mit den Worten: „Hier ist geheime Wahl und damit mit dem ganzen Kram!“ den ganzen Keller nebst dem darauf aufgeschichteten Wahlstisch vom Tisch, so daß der Keller in Stücke ging. Die Entrüstung des Wahlvorstandes war so lokal. Er regte sich außerordentlich über die „Provokation“ des irren und unheimlichen Wählers auf, doch das half ihm nicht viel; er mußte die Stimmzettel vom Boden auflesen und auf den Tisch legen. Die geheime Wahl war jetzt hergestellt — der Wahlvorstand hatte nun jede Kontrolle verloren, und in diesem Orte wußte man abends nicht, wie jeder gewählt hatte. Das hatten die Wähler dem mutigen Arbeiter zu verdanken, der die wahre Tat vollbracht und mit dem ungeschicklichen Vorgehen des Wahlvorstandes gründlich aufgeräumt hatte.

Das schönste aber ist, daß die Staatsfürsten den Mann für die Herstellung der geheimen Wahl — noch bestrafen lassen wollen. Er hat schon zwei Verurteilungen gehabt! Ob man wirklich den Mann anklagen wird, der für die geschickteste Ausübung des Wahllokal gefordert hat? Den vielen Wahlleitern, die mit grausamem Hohn das Wahlgesetz in der brutalsten Weise übertreten haben, geschieht nichts — rein nichts. Die können bei der nächsten Wahl wieder auf ihre Weise konservative Wahlen „machen“.

Georg Bernhard interviewt.

Der Ruhm des Genossen Bernstein hat Georg Bernhard, den Herausgeber der Börsen-Wochenchrift „Plutus“ nicht schlafen lassen. Er hat sich auch interviewen oder, deutsch gesprochen, ausfragen lassen — allerdings nicht von dem Korrespondenten einer großen ausländischen Zeitung, sondern von Herrn Dr. Martin Cohn, der in der „Verl. Volksztg.“ lang und breit mitteilt, welche tiefgründigen Ansichten über die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie Bernhard ihm anvertraut hat. Wer sich für diese Anschauungen Bernhards interessiert, mag sie in dem freisinnigen Blatt nachlesen. Wir glauben uns auf die kurze Mitteilung beschränken zu können, daß der Herausgeber des „Plutus“ die Erläuterung einer „parlamentarischen Regierungsform“ durch die Sozialdemokratie und die liberalen Parteien, die der Sozialdemokratie „trotz allem politisch immer noch am nächsten stehen“, fordert, sich gegen die Ablehnung des Militärbudgets wendet und sich für den politischen Kuhhandel ausspricht, da dieser das Zentrum did und fett gemacht habe.

Außerdem hat er dem Anfrager noch die Versicherung gegeben, daß die Frage der Regierungsform für jede Arbeiterpartei eigentlich von „ganz untergeordneter Bedeutung“ ist, „daß der Deutsche, wie überhaupt der Nordländer sehr wenig Talent zum Republikanismus hat“ und daß ihm (Bernhard) „ein soziales Königtum“ ebenso denkbar scheint, wie eine soziale Republik.

So Bernhard, vorausgesetzt, daß der Bericht der „Verl. Volkszeitung“ richtig ist, was wir nach den bisherigen Leistungen Bernhards allerdings anzunehmen vollsten Grund haben. Große Männer werden freilich oft mißverstanden und deshalb könnte ja schließlich auch Bernhard das passiert sein.

Auf einen Vorwurf, der direkt den „Vorwärts“ betrifft, wollen wir kurz antworten. Bernhard hat zu Anfang der Unterredung dem Anfrager gesagt, er habe nichts dagegen, daß seine Anschauungen veröffentlicht würden. Denn leider ist die Situation bei uns so“, fährt Bernhard fort, „daß diejenigen Parteiengenossen, die eine von der maßgebenden Clique abweichende Ansicht haben, in dem größten Teil der Parteipresse mundtot gemacht sind... Die unbedingte Möglichkeit, sich in der Parteipresse zu äußern, war meines Erachtens selbstverständliche Voraussetzung des Ihnen ja bekannten Dresdener Beschlusses. Sie legt schon seit langem nicht

mehr vor...“ Als Beweis für diese — sagen wir einmal lächerliche Behauptung führt Bernhard an, daß der „Vorwärts“ oder vielmehr die diesen redigierende „maßgebende Clique“ nicht die von ihm kürzlich in einer Charlottenburger Rede ausgesprochenen Reformgedanken veröffentlicht hat. Wir wollen offen erklären, weshalb wir unsere Leser mit diesen Bernhardschen Denkergebnissen verächtelt haben: Erstens weil wir nach unseren Erfahrungen Bernhard als Politiker für eine nicht erst zu nehmende, höchst komische Figur halten, und zweitens, weil in dem Bericht, der uns über die Versammlung zugeht, so wenig Wesentliches über das Referat gesagt war, daß sich schon aus diesem Grunde der Abdruck nicht gelohnt hätte. Vielleicht hängt der Mangel des Berichtes damit zusammen, daß der Berichterstatter die Ideen Bernhards nicht zu begreifen vermochte. Unsere hohe Wertschätzung des Politikers Bernhard ist es auch, die uns daran gehindert hat, während der Wahlkampagne von der Steinbohrer Rotz zu nehmen, die er sich in seinem „Plutus“ gegen den „Vorwärts“ geleistet hat.

Wenn der Bericht der „Verl. Volksztg.“ richtig ist, begreifen wir übrigens nicht, was Bernhard noch in der Sozialdemokratie zu suchen hat. Er gehört dann zu den Sozialliberalen vom Schlage Raumanns — womit wir jedoch nicht sagen wollen, daß Raumann als Politiker so leicht wiege wie Bernhard. Anscheinend hat Bernhard das Bestreben gehabt, in seinen Ausführungen der bürgerlichen Öffentlichkeit zu zeigen, daß er nicht Sozialdemokrat ist. Uns könnte es recht sein. —

Das „objektive“ Bülow-Blatt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt die neue Erklärung von Bülow mit, die er der „Lügen-Information“ gegenüber hat und bemerkt dazu:

„... Wir haben von den bisherigen beiderseitigen Erklärungen Notiz genommen, um unseren Lesern zu ermöglichen, sich selber ein Urteil in der Sache zu bilden.“

Wie objektiv! Und um dieser Objektivität willen unterläßt das Bülow-Blatt sorgsam, ein Wort weiter hinzuzusetzen, daß sein Urteil über die Affäre verrät! Das Blatt des Stanzlers bringt es nicht fertig, zu erklären, daß die Lüge der „Information“ eine Lüge ist. Ein wahrhaft nobles Blatt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat es übrigens auch noch nicht für nötig gehalten, mitzuteilen, daß es seine Leser irreführt hat, als es ihnen den Ueberbruch des „Vorwärts“ im 4. Quartal 1906 als den Ueberbruch des ganzen Jahres 1906 festschrieb. Wozu auch? Auf eine Unrichtigkeit mehr oder weniger, die dem Leser vorgeführt wird, kann es dem Blatte Bülows doch nicht ankommen. —

Vom eigenen Bruder als Majestätsbeleidiger denunziert. Gegen den Maurer Georg Ling von Wistelbach wurde vor dem Bayreuther Landgericht wegen Majestätsbeleidigung verhandelt. Er soll im Sommer 1902, also vor nahezu fünf Jahren, in einem Wirtschaftsgarten beleidigende Reden über den Kaiser geführt haben. Der Denunziator war der eigene Stiefbruder des Angeklagten, der Gemeindevorsteher Schäfer von Wistelbach. Der Denunziator fungierte in der Verhandlung als Kronzeuge und erklärte, er habe schon längst Anzeige erstatten wollen, aber immer gedacht, „es sei doch sein Bruder“, erst anlässlich eines Familienfestes habe er dem Bürgermeister Mitteilung gemacht. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, ob sich die Sache nicht am Ende schon 1901 zugetragen habe, in welchem Falle Verjährung eingetreten wäre, entgegnete das liebe Brüderlein: Nein, er wisse ganz bestimmt, daß es 1902 gewesen sei.

Der Angeklagte wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. —

Als ein Märchen bezeichnet die „Deutsche Tageszeitung“ ein von der „Magdeburger Zeitung“ verbreitetes Gerücht, daß der frühere Kolonialdirektor Dr. Stübel seinem Nachfolger Dornburg eine Pistolenforderung überreicht habe, weil er sich durch dessen abfällige Kritik seiner Amtsführung im Reichstage beleidigt gefühlt habe. Da die „Deutsche Tageszeitung“ sich bei diesem Dementi auf verlässliche Informationen stützt, ist aus ihrer Notiz nicht zu ersehen, in wie weit eine solche Forderung nicht unmöglich bei der unerschütterlichen Geltung des Duellbühnen in den Kreisen unserer „besseren Kreise“ und namentlich der höheren Beamtenenschaft. Kommt es doch in Deutschland vor, daß Justizbeamte, Richter und Staatsanwälte, die über die Gesehe zu wachen haben — die ja nebenbei auch das Duell verbieten —, sich untereinander duellieren! —

Dem elfah-löthringischen Landesausschuß ist von Zentrumseite folgender Antrag zugegangen: Der Landesausschuß wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, eine Gesetzesvorlage einzubringen, wodurch das Proportionalwahlrecht für die Gemeinderatswahlen in den Städten von mehr als 25 000 Einwohnern eingeführt wird. In der Sitzung des Landesausschußes hatte bereits der liberale Abgeordnete Wolf einen ähnlichen Antrag angekündigt. Das Zentrum ist ihm aber zuvor gekommen. Wir Sozialdemokraten können diesen Antrag nur begrüßen. Abgesehen davon, daß durch den Proporz eine gerechte Verteilung der Mandate ermöglicht wird, dient dieses Wahlsystem auch zur politischen Schulung der Massen. Es macht die Parteien den Wählern gegenüber unabhängiger. —

Der Streik der Pfarrer. Eine interessante Streikgeschichte, ein Beitrag zum Kapitel „Terrorismus“, wird aus dem Wahlkreise Schweinfurt berichtet. Der Pfarrer eines großen Dorfes entfaltete in der Wahlzeit auf der Kanzel, im Wirtshaus und bei den Bauersfrauen eine lebhafteste Agitation zugunsten des Zentrumskandidaten. Der Bürgermeister ist Frauenhändler und agitierter, aber mehr im Geheimen, ebenso lebhaft für den Blockkandidaten. Als am Wahltage abends das Resultat zusammengestellt wurde, ergab sich, daß eine große Anzahl Stimmen für den Sozialist abgegeben waren. Darüber war der Pfarrer sehr aufgebracht, und er sann auf Vergeltung. Die Gelegenheit hierzu bot sich bald. Kurze Zeit darauf fand das Fest des Schutzpatrons des Kirchspiegels statt. An diesem Tage finden sich die Gläubigen und die Pfarrer aus der ganzen Umgebung im Hauptdörflein ein, wo erstere die Kommunion entgegennehmen. Aber diesmal weigerten sich die Gläubigen, den Gläubigen ihre Sünden abzunehmen, worüber große Aufregung entstand, besonders bei den frommen Bauersfrauen, die nun fürchten, mit ihrem Sündenpäcklein, das sie weiter mit sich herumzuschleppen müssen, einmal nicht in den Himmel eingelassen zu werden. —

Ausland.

Frankreich.

Die Kirchenpolitik.

Paris, 19. Februar. (W. T. A.) Depuistenkammer: Das Haus ist dicht besetzt. Ein Antrag des sozialistischen Radikalen Guisson, die Pfarrhäuser in den Gemeinden, wo keine Schule vorhanden ist, in Schulhäuser umzuwandeln, wird, nachdem die Dringlichkeit für ihn erklärt ist, an eine Kommission verwiesen.

Darum interpelliert Renier (radikaler Republikaner) die Regierung über die Kirchenpolitik; er weist auf die Beunruhigung hin, die unter den Republikanern herrscht, seitdem der Senat die Vorlage betreffend die über die Veranstaltung öffentlicher Kultusveranstaltungen abzugebenden Erklärungen an eine Kommission verwiesen habe. Renier wendet sich gegen die Politik der Ausschüßmittel, die Minister Briand verfolgte; sein jungst ergangener Rundbrief an die Bürgermeister zeige das Bestreben, dem Ultimatum der Bischöfe Genüge zu tun. Renier führt Klage, daß nichts über die Unterhandlungen bekannt gegeben worden sei, die zwischen dem Seinepräsesiten und dem Erzbischof von Paris geführt wurden; er sagt, der Wahlvertragsentwurf erkenne die katholische Hierarchie an, verweist auf mehrere Artikel Clémenceaus vom Jahre 1905, in denen Clémenceau die Kirchenpolitik Briands bekämpft habe und schließlich mit der Bemerkung, eine Veröhnung der Koalition mit Rom sei unmöglich, (Weißall auf der äußersten

Linke.) Gleichheit (radikaler Republikaner) beklagt, daß die Rechte der freien Kultusvereinigungen und der unabhängigen Katholiken nicht anerkannt worden seien. Renier tritt schließlich für die religiöse Freiheit ein. —

Australien.

Der Bericht der Fabrikinspektoren von Queensland für 1. April 1906 bis 31. März 1906 beschäftigt sich mit den Verhältnissen in 1819 Fabriken und Werkstätten mit 17 451 Angestellten, die dem Fabrikgesetz von 1900 unterliegen. Von diesen Angestellten waren 7258 männliche und 2400 weibliche Erwachsene, 2514 männliche und 963 weibliche Gehülften und Lernende über 18 Jahre und 2489 17 Jahre. Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter von 14 bis 17 Jahren. Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ist an die Erlaubnis durch den Inspektor oder an die Verbringung eines ärztlichen Zeugnisses geknüpft. Ferner besteht eine Vorschrift, daß diese Angestellten nur ein Monat ohne Vergütung arbeiten dürfen, nachher müssen sie den Mindestlohn von 2½ Schilling (1 Schilling gleich 1 Mark) pro Woche erhalten! Kinderarbeit wird nur in ganz ausnahmsweisen Fällen gestattet; in dem Berichtsjahre nur 6mal.

Im übrigen enthält das Gesetz nur noch eine, aber sehr charakteristische Bestimmung über Mindestlöhne. Es schreibt nämlich vor, daß die Frauen und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren, deren Arbeitstag beschränkt ist, bei Leistung von Heberarbeit, die 40mal im Jahre bis zu je 3 Stunden gestattet ist, die Heberarbeit mit mindestens einen halben Schilling bezahlt bekommen müssen! Da die hier in Betracht kommenden Kategorien von Arbeitern meist einen viel niedrigeren Lohn erhalten, so ist dadurch das Heberarbeiten für den Kapitalisten ein sehr schlechtes Geschäft geworden und eine Einschränkung der Heberarbeit die natürliche Folge. Im Berichtsjahre wurde daher auch nur von 58 Proz. der jugendlichen Arbeiter im Durchschnitt 104 Stunden und von 45 Proz. aller weiblichen Arbeiter durchschnittlich 224 Stunden Heberarbeit geleistet. —

Gewerkschaftliches.

Das Urteil eines Großindustriellen über die deutschen Unternehmer und über die Streikbrecher.

Im „Sozialwissenschaftlichen Verein“ in Nürnberg hielt Herr Dr. Eduard Schwanhäuser, Besitzer der bekannten Schwanhäuserischen Bleistiftfabrik in Nürnberg, einen Vortrag über das gewerbliche Einigungswesen. Die Anschauungen und die Urteile, die der Vortragende gegenüber dem deutschen Unternehmertum bekundete, lassen ihn als weisen Raben unter den deutschen Unternehmern und Großindustriellen erscheinen.

Daß sich in Deutschland die Lohnkämpfe und insbesondere die Ausperrungen immer mehr verschärfen und an Umfang zunehmen, führt dieser Unternehmer u. a. darauf zurück, daß in Deutschland in den Köpfen der Großindustriellen immer noch zu stark der feudale Geist spule und in den Fabriken das militärische System vorherrschend sei; ferner, daß die deutschen Unternehmer zum größten Teil auf dem seiner Ueberzeugung nach ganz falschen Standpunkt stehen, Arbeiterorganisationen unter keinen Umständen anzuerkennen. Der „soziale Friede“ auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sei nur möglich bei vollständiger Anerkennung der Arbeiterorganisationen; das Gegenteil sei falsch und manchmal (für den Profit) sogar gefährlich. Ebenso verkehrt und unbegründet sei, wenn sich die deutschen Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen auf den Standpunkt stellen, der „eigene Herr im Hause“ bleiben zu wollen, denn in vielen großen Werken könne bei der heutigen Entwicklung der Großindustrie, bei dem Ueberhandnehmen der die Breite und sogar den Umfang der Produktion differierenden Kartelle und Syndikate vom „Herr sein im eigenen Hause“ ohnedies nicht mehr die Rede sein. Und überdies beschränke sich das Streben der Arbeiterorganisationen nur auf das Mitbestimmungsrecht in bezug auf Arbeitszeit, Lohn und dergleichen, Fragen, an denen die Arbeiter als Verkäufer ihrer Arbeitskraft unmittelbar interessiert seien, während aber in technischen und anderen Dingen der Unternehmer nach wie vor der „Herr im Hause“ bleiben könne. — Neben der Erziehung der deutschen Unternehmer zu sozialem Denken müsse Hand in Hand gehen die Erziehung der Unterorgane, die auf Gestaltung der sozialen Verhältnisse in den Betrieben meist nicht ohne Einfluß seien. Der Vortragende ist der Ueberzeugung, daß es für den Unternehmer kein Grund zur Nichtanerkennung der Organisation sein könne und dürfe, wenn deren Mitglieder zum großen Teil der Sozialdemokratie angehören, ebensowenig wie sich die Arbeiter um die politische Ueberzeugung des Unternehmers kümmern.

Die Schuld an der Verschärfung der sozialen Kämpfe in Deutschland schiebt der Redner beiden Teilen zu; aber er müsse sagen, die Schuld liege mehr auf Seiten der Unternehmer. Ferner müsse er zu seinem Bedauern konstatieren, daß die Arbeiterführer bei Unterhandlungen oft mehr Takt gezeigt haben, als manche Unternehmer.

Ueber die Streikbrecher sagte der Großindustrielle, diese seien Leute mit mangelndem Verständnis. Allerdings seien sie ihm als Unternehmer bei einem Arbeitskampf in seiner Fabrik nützlich als die Organisierten, aber nur bei einem Streik. Er nehme es niemandem übel, wenn er auf die Streikbrecher mit einer gewissen Verachtung herabblicke. Zum Schluß gab der Nürnberger Bleistiftfabrikant der Hoffnung Ausdruck, daß die deutschen Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen immer mehr zur Vernunft kommen müßten.

Diese Hoffnung dürfte allerdings eine vergebliche sein. Erst der harte Zwang, mit der stärker gewordenen Organisation der Arbeiter rechnen zu müssen, wird manchen Scharfmacher veranlassen, den Herrenstandpunkt aufzugeben.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes! Die im Januar ds. Js. angenommene Enquete über die „Vorwärts“-Kommentar und Wahlvereinsmitglieder unserer Verwaltungsstelle hat folgendes Ergebnis gezeigt: Antworten liefen ein von 1524 Vertrauensleuten in ebensoviele Betrieben beziehungsweise Abteilungen.

Beschäftigt waren in diesen 1524 Betrieben 87 140 männliche und 2007 weibliche Mitglieder. Hiervon waren „Vorwärts“-Refer:

a) Männliche	17 405 = 46,85 Proz.
b) Weibliche	71 = 3,05

Von den 37 140 männlichen Kollegen waren Wahlvereinsmitglieder 9764 = 26,25 Proz.

Bemerk sei zu Obigem, daß nur die Kollegen als „Vorwärts“-Refer oder Wahlvereinsmitglieder gezählt sind, welche dem Vertrauensmann die letzte „Vorwärts“-Luitung oder das Mitgliedsbuch des Wahlvereins gezeigt haben.

Eine Anzahl von Betrieben haben ein besonders schlechtes Ergebnis gezeigt. Diese werden den zuständigen Bezirksleitern genannt und in der nächsten Generalversammlung oder kombinierten Ver-

Reichstag.

1. Sitzung vom Dienstag, den 19. Februar 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowski. Abg. v. Winterfeldt-Menklin (l.) übernimmt das Alterspräsidentium, beruft zu provisorischen Schriftführern den Abg. Rimpau (natl.), Pauli-Oberbarnim (Rp.), Engelen (B.) und Dr. Hermes (freif. Sp.) und läßt den Namensaufruf vornehmen. Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 385 Abgeordneten. Eingegangen sind der Etat sowie zwei Nachtrags-etats. Alterspräsident v. Winterfeldt-Menklin ernennt die nächste Sitzung auf Mittwoch 1 Uhr an: Wahl der Präsidenten und definitive Wahl der Schriftführer. Schluß: 2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom Dienstag, den 19. Februar, mittags 12 Uhr.

Am Ministertische: v. Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Die Einnahmen werden bewilligt. Beim Titel: „Gehalt des Ministers“ führt Abg. Kretsch (kons.) aus: Die Auflösung des Reichstags hat neben manchem Erstreichen auch betrübende Erscheinungen gezeigt. Dahin rechne ich insbesondere die Nichterledigung der Novelle zum Unterstufungswohngesetz. Abg. Frhr. v. Jellich (freif.): Der Abg. Broemel hat am 12. Januar, also kurz vor der Reichstagswahl, ausgeführt, die Sozialdemokratie werde wieder wachsen, wenn das preussische Wahlrecht nicht im Sinne des Reichstagswahlrechtes reformiert werde. Die Wahlen haben gezeigt, daß wir uns in unseren Wahlrechtsfragen nicht lösen brauchen! Nötig ist für uns jetzt vor allem eine gesunde Mittelstandspolitik, keine Forcierung der Sozialpolitik. (Sehr wahr! rechts.) Dem Terrorismus der Sozialdemokratie muß der Staat niedriger getriggt werden. Dazu ist nötig, daß wir den Bildungsdrang der Arbeiter befriedigen und dies nicht der Sozialdemokratie überlassen. (Bravo! rechts.) Wir können uns der Einführung des Reichstagswahlrechtes — die wir für ganz unmöglich halten — mit Grund nur widersetzen, wenn wir auch einen Ausbau in Gesetzgebung und Verwaltung vornehmen. (Sehr wahr! rechts.) Das Gesetz über das Vereins- und Versammlungsrecht hat sich vollständig erledigt. Einerseits macht das Gesetz unnötige Scherereien, z. B. mit dem Ausschluß der Frauen, auf der anderen Seite gibt es der Polizei nicht die nötige Macht. Auch die Bestimmung ist „verbesserungsbedürftig“. Den Kommunen muß man weiteren Raum zur Verfügung geben. Die Vorrechte der Beamten können jetzt beseitigt werden. In der Verwaltung muß vieles besser werden. Auch andere Maßregeln sind dringend notwendig. Dahin gehört z. B. die Ausführung der Forderung, daß alle Gefängnisse einem Ministerium unterstellt werden. (Beifall rechts.) Abg. Peltastohn (fr. Vg.) fragt den Minister, ob die Angelegenheit Schöne-Brodhufen jetzt endlich erledigt sei, und welchen Ausgang sie gehabt habe. Redner bespricht sodann die Behandlung geisteskranker Verbrecher und regt an, die Sorge für diese Personen dem Staate zu übertragen. Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wenn Frhr. v. Jellich ein gesetzgeberisches Vorgehen zur Beseitigung des Zwanges forderte, den gewisse Organisationen ausüben, so glaube ich, die Erfahrung lehrt, daß mit derartigen Gesetzen nicht das erreicht wird, was man damit bezweckt. (Sehr wahr! links.) Zu einem Zeitpunkt, wo in der Arbeiterkategorie die Selbstkenntnis beginnt, sollte man nicht Maßregeln ergreifen, die geeignet sind, das Mißtrauen neu zu beleben. (Sehr richtig! links.) Daß wir das Reichstagswahlrecht nicht einführen wollen, ist eine Auffassung, die meine Freunde teilen. Wir erkennen dabei aber an, daß das preussische Wahlrecht reformbedürftig ist. — Deshalb verlangen wir, daß bald eine Reform durchgeführt wird. Es wäre sonst möglich, daß die Wahlreform das Schlagwort für die nächsten Landtagswahlen würde. Wir würden es für einen schweren Fehler halten, wenn die Regierung jetzt nicht selbst die Initiative zu einer Reform ergreift. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechts und der Befehdsordnung halten auch wir für dringend. Das Gleiche gilt von einer Änderung der Kommunalabgabengesetzgebung. Hier soll man nicht vergessen, die Kommunalbesteuerung der Standbesitzer zu regeln. Ich bitte den Minister anzurufen, daß die Wahlurnen vor der Leerung umgeschüttelt werden, damit das Wahlgeheimnis besser gewahrt wird. Abg. Schmiedding (B.) tritt für gesetzliche Regelung der Behandlung der Geisteskranken ein. Minister v. Bethmann-Hollweg: Ich bin mit dem Abg. Frhr. v. Jellich der Ansicht, daß die Situation, welche durch den unerwarteten Ausfall der Reichstagswahlen geschaffen ist, uns die Verpflichtung auferlegt, mit erhöhten Kräften weiter zu arbeiten. Mit der Wahl selbst ist erst ein kleines Stückchen Arbeit geleistet, das meiste bleibt zu leisten übrig. Zur Wahlrechtsreform werde ich erst Stellung nehmen, wenn die Anträge der verschiedenen Parteien zur Beratung kommen. Ich erkenne an, daß das Vereins- und Versammlungsrecht so viel Unzulänglichkeiten aufweist, daß eine Reform dringend nötig ist! Ich hoffe demnächst — in dieser Session wird es nicht möglich sein — dem Hause meine Pläne hierüber mitteilen zu können. Was die Ausweisung betrifft, so ist bei dem Fall des sogenannten Hauptmanns von Köpenick die Kritik in den Zeitungen zum Teil weit über das Ziel hinausgeschossen. Man hat diesen Mann als einen Helden bezeichnet. Der gute Erfolg seines Handstreichs legt es ja sehr nahe, daß man ihm eine gewisse Sympathie entgegenbringt. (Heiterkeit.) Man wüßte der Regierung eine gewisse Grausamkeit vor. Der Hauptverbrecher ist aber doch die Gesellschaft vorunsozialer Elemente zu schlagen, die Gefahren vor den Kranken. Danach muß die Ausweisung ganz individuell behandelt werden. Es gehen auch nach den Großstädten viele Personen nur, weil sie sich dort besser rehabilitieren können. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe deshalb eine individuelle Untersuchung der einzelnen Verhältnisse in jedem Falle angeordnet. Insbesondere sollen stets die Akten der Strafanstalt herangezogen werden. Ferner soll die Polizei sich mit den Fürsorgevereinen in Verbindung setzen. Daß die Polizei die Fürsorge selbst in die Hand nimmt, halte ich nicht für angängig, weil dadurch die Tätigkeit der Fürsorgevereine gefährdet würde! Die Notwendigkeit, gewisse Leute auszuweisen, besteht nach neuerer Ansicht fort. Die Behauptung, daß Bogt nur durch die Verhältnisse zum Verbrecher geworden sei, läßt sich ja auch nach dem Inhalt der Akten nicht aufrecht erhalten. Ich meine deshalb, daß wir das Gesetz nicht ändern dürfen, sondern nur die Ausführung human gestalten müssen. Bezüglich der Anfrage des Abg. Peltastohn über den Fall Schöne-Brodhufen kann ich mitteilen, daß die Beamten zur Rechenschaft gezogen sind und Vorfrage getroffen ist, daß ähnliche Fälle nicht wieder vorkommen. (Beifall.)

Abg. Cassel (fr. Sp.): Es werden leider noch immer viele Ausländer ausgewiesen, die sich in gesicherter Position befinden und sich nicht politisch verdächtig gemacht haben. Wie stimmt das mit der Erklärung des Ministers überein? Die Sozialdemokratie bekämpft man am besten mit Maßnahmen der Gerechtigkeit. Sollte man deshalb ein gerechtes Wahlrecht ein. (Beifall links.) Redner bringt sodann mehrere Fälle von Wahlbeeinträchtigungen durch Landräte aus der Ostpreignitz und dem Kreise Sagan-Spyrottau vor. Im letzteren Kreise hat der Landrat Herr v. Klitzing zu einer Versammlung nach der „Herberge zur Heimat“ eingeladen mit dem Zusatz, daß er annehme, daß diejenigen Wähler, die nicht erschienen, nicht zu den rechtsstehenden Parteien (gemeint waren die Konservativen, Freikonserverativen und Rationalliberalen) zu rechnen wären! Diese Bemerkung enthält offenbar eine Drohung. Abg. v. Czarlinski (Vole) bringt zahlreiche Einzelfälle vor, in denen den Polen die Versammlungsfreiheit beschränkt worden ist. Minister v. Bethmann-Hollweg: Diese Einzelfälle sind mir nicht bekannt. Ebenso sind mir die vom Abg. Cassel erwähnten Vorgänge nicht bekannt. Ich glaube aber nicht, daß der Landrat v. Klitzing eine Drohung ausgesprochen wolle! Sollte das wirklich die Absicht seines Sekretärs gewesen sein, so würde ich dies — bedauern. (Beifall.) Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr (Kleine Vorlagen, Etat des Ministeriums des Innern). Schluß 4 1/4 Uhr.

Parteien und Wahlen in Transvaal.

London, 18. Februar. (Fig. Ber.) Seit dem Frieden von Vereeniging, der Transvaal und Oranien unter das Szepter der Briten brachte, sind noch keine fünf Jahre verflossen, und es ist in dieser verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit vieles zur Heilung der Kriegswunden geschehen. Mit Ausnahme der Chineseneinfuhr, die jetzt allgemein als ein Fehler betrachtet wird, haben die Briten ihr Talent für Reichsaufbau wieder bewährt. Handel und Industrie erholten sich langsam von den Schlägen eines dreijährigen bitteren Zweikampfes; Schulen, Straßen und Eisenbahnen wurden gebaut, und die Trauer der Buren über den Verlust ihrer Selbständigkeit wurde durch die Gewährung einer weitestgehenden Befreiung gelindert. In Südafrika herrscht der Friede. Nicht der regungslose, friedhofartige Friede, der von bürokratischen Gemütern mit so eifrigem und plumpem Bemühen angestrebt wird, sondern der lebendige Friede — das zivilisierte Ringen um Fortschritt und Ordnung auf dem festen Boden der Volksfreiheit. In Transvaal vollzieht sich gegenwärtig der Wahlkampf; denn am 20. d. Mts. finden die parlamentarischen Wahlen statt. Das Wahlrecht ist allen erwachsenen männlichen Bürgern gewährt, und diejenige Partei, welche die Mehrheit erhält, wird aus ihrer Mitte die Regierung bilden. Vier Parteien ringen um die parlamentarische Mehrheit. Die Buren, die Kapitalisten, die Demokraten und die Arbeiter. Die Buren treten unter dem Namen „Het Volk“ (das Volk) als politische Partei auf. Die Kapitalisten nennen sich „Progressisten“. Die Demokraten sind als „Nationalisten“ bekannt, und die Arbeiter als „selbständige Arbeiterpartei“. An der Spitze des „Het Volk“ stehen Botha, Delarey, Schall Burger und Smuts — Demet kommt hier nicht in Betracht, da er Bürger Oranien ist. Sie haben folgendes Wahlprogramm erlassen: Föderation Südafrikas, Einverleibung von Swasiland in Transvaal, Zurückführung der Chinesen nach Ablauf der Verträge, wenn genügende Arbeitskräfte gefunden sind, um die Chinesen zu ersetzen; Befreiung der asiatischen Einwanderer; Förderung des Ackerbaues; Gründung einer Landwirtschaftsbank; Bewässerung im großen Maßstabe; Besteuerung der Minenindividuen; Gebrauch der holländischen Sprache in den Schulen. Schließlich einige untergeordnete Forderungen betreffend finanzielle Entschädigung, die auf Grund des Friedensvertrages manchen Buren bei der Wiederbesiedelung des Landes zukommt. Am 18. d. Mts. sandte Botha folgende Botschaft an das englische Volk: „Die britische Oberherrschaft wird gesichert sein in den Händen der Buren als in denen der internationalen Kapitalisten. Wir haben bitter gekämpft und gelitten, aber was vergangen, ist vergangen, und keiner unter uns ist so töricht, diesen Kampf wieder durchzuführen zu wollen. Die Fragen der Flagge und der Oberherrschaft wurden für alle Zeiten geregelt; sie stehen nunmehr außerhalb jeder Politik. Wir sind jetzt mit heimischen Angelegenheiten beschäftigt. Nachdem wir eine freiwillige Befreiung erhalten haben, ist es unser einziges Bestreben, das Land gut zu regieren und die beiden Klassen enger miteinander zu verbinden. In Vereeniging unterzeichnete ich den Friedensvertrag, und ich habe feierlich akzeptiert, was Euch so teuer ist — Euren König und Eure Flagge. Euer König ist jetzt unser König, Eure Flagge ist jetzt unsere Flagge. ... Wir wollen im Sinne der englischen Liberalen wirken, die wir als unsere besten Freunde betrachten.“

Die Progressisten (die Partei der Kapitalisten) sind teils konservative Imperialisten, teils rücksichtslose Ausbeuter aus aller Herren Länder, die am liebsten die absoluten Herren im Hause spielen möchten. An ihrer Spitze stehen Sir Percy Fitzpatrick, Sir George Farrar, Abe Bailey und Sir W. von Huyshe; aber diese sind Parteiführer nur dem Namen nach. Hinter ihnen stehen die Bernhart, Estlin, Abu usw. Sie treten ein für technische und kommerzielle Fortschritte, für unbeschränkte Einwanderung, für freie Konkurrenz, für Fabrikgesetzgebung, Haftbarkeit der Unternehmer und ähnliche Maßnahmen, mit denen sie die Stimmen der Arbeiter fangen wollen. Die Nationalisten sind bürgerliche Demokraten, die sich die Aufgabe stellen, zwischen den Briten und den Buren zu vermitteln und ein einheitliches, nationales Gefühl in Südafrika zu schaffen. Sie zählen in ihren Reihen die edelsten bürgerlichen Elemente, die sowohl die kulturelle Rückständigkeit der Buren wie die Selbstsucht der Goldgräber fürchten. Ihre Führer sind Sir A. Solomon, E. H. Solomon und Weyer. Sie stehen den liberalen Bürelementen und den Arbeitern sehr nahe. Ihr Programm ist: Abschaffung aller Monopole; Gründung einer Landwirtschaftsbank; Entwicklung eines sozialen und industriellen Systems, das geeignet wäre, die größte Zahl von Europäern anzuziehen; Reform der Minen- und Aktiengesetzgebung, um den Massen höhere Vorteile an den Landeserträgen zu bieten; Gründung eines Arbeitsministeriums; Fabrikgesetz; Regulierung der Arbeitszeit in Werkstätten und Läden; Verbot der Chineseneinfuhr; vollständige Selbstverwaltung im Innern der Kolonie; Schug der Eingeborenen; Erneuerung von Beamten aus den Reihen der Einwohner Transvaals.

Die große Mehrheit der weißen Arbeiter wohnt um den Witwatersrand (um Johannesburg) und besteht zu neun Zehnteln aus Briten, die die qualifizierte Arbeit (skilled labour) leisten. Sie organisiert sich zu einer selbständigen Arbeiterpartei nach australischem Muster. Wenn man auch das moderne Proletariat, soweit es sich um seine Interessen kümmert, bewußt oder unbewußt zum Sozialismus strebt, so gibt es doch — je nach dem wirtschaftlichen und allgemeinen kulturellen Entwicklungsgrade der Länder — verschiedene Schattierungen und Richtungen der Arbeiterpolitik. In jungen, reichen, aber noch unentwickelten Ländern wie Australien, Neuseeland, Südafrika gilt es nicht nur, die sozialistische Zukunft des Proletariats zu sichern, sondern auch die nationale Zukunft des Landes. Dazu kommt, daß diese Länder noch einen kolonialen Charakter haben und Klassengegnäße aufweisen. Es sind diese nationalen und Klassenfaktoren, welche die australische und die südafrikanische Arbeiterbewegung von der sozialistischen Richtung mehr oder weniger ablenken. So kämpft die australische Arbeiterbewegung für eine

weitgehende Sozialpolitik und für proletarisch-politische Selbständigkeit, aber auch für Schutzzölle und für die Oberherrschaft der weißen Rasse! Denselben Charakter scheint die Arbeiterpartei von Transvaal anzunehmen. Wir haben dort zwar englische, deutsche und jüdische Sozialdemokraten im europäischen Sinne, aber in der Arbeiterpartei überwiegen diejenigen Elemente, die dem australischen Charakter entsprechen. Der Führer der Arbeiterpartei ist Mr. Whitehead. Das Programm ist folgendes: Verkürzung der Arbeitszeit; Festschließung der Löhne durch Schiedsgerichte; Unfallgesetz; Arbeiterschutzgesetzgebung; Abschaffung des Oberhauses; Vergesellschaftung von Grund und Boden; industrielle Schutzzölle; unentgeltliche Schulen; Demokratisierung aller staatlichen und kommunalen Einrichtungen; Ausschluß der Schwarzen von der qualifizierten Arbeit; Verbot der Einwanderung unqualifizierter farbiger Arbeiter.

Es scheinen Versuche gemacht worden zu sein, die Stimmen der britischen Arbeiter für die Progressisten zu gewinnen. Aber aus dem Berge der kapitalistischen Presse über die Verbohrtheit und Isolation der Arbeiterpartei darf geschlossen werden, daß der Versuch mißlungen ist. Die Progressisten wollten nämlich einem der Arbeiterführer einen Sitz in der Regierung geben. — Das sind die Parteien, die in den Wahlkampf eintraten und am Mittwoch, den 20. d. Mts., ihre Stärke im Lande messen werden. Es sind 69 Abgeordnete zu wählen; davon entfallen auf Witwatersrand und Krügersdorp 34, auf Pretoria 8 und auf das übrige Land 29. „Het Volk“ hat 45 Kandidaten aufgestellt, die Progressisten 33, die Nationalisten 18, die Arbeiterpartei 13, Parteilose und Unabhängige 31. Es wird angenommen, daß „Het Volk“ die Mehrheit im Parlament erhalten, aber aus Rücksicht auf die anderen Parteien ein Koalitionsministerium bilden wird. Das Wahlergebnis wird mit Spannung erwartet. —

Die russische Revolution.

Die Kadetten. Von ihrem Moskauer Sieg berauscht, machen die Kadetten — drei Wochen vor dem Zusammentritt der Duma — eine schroffe Wendung nach rechts und rücken alle ihre Kräfte auf den Kampf mit den revolutionären Parteien. Eine scharfe Grenze zwischen sich und den linken revolutionären Parteien zu ziehen, ihre aufrichtige konstitutionelle Gesinnung zu beweisen und zu zeigen, daß sie auf der Basis der vom Ministerium Witte-Durnowo geschlossenen Grundgesetze zu arbeiten gewillt sind, das ist vor allem die Aufgabe der Kadettenpartei und ihrer Presse im gegenwärtigen Augenblick, wo es sich endgültig herausgestellt hat, daß man — im Vergleich mit der ersten Duma — einen erheblichen Zuwachs der Vertreter der linken und der sozialistischen Parteien erwarten kann. Nicht der Kampf mit der Regierung und der Reaktion beschäftigt die Kadetten in den letzten Tagen die Wahlkampagne, sondern der Kampf mit der Revolution und das Bestreben, die Bevölkerung durch das „rote Gepest“ einzuschüchtern. In Petersburg gilt der Kampf der Kadetten in erster Linie dem Bloß der Linken. Nachdem sie ganze 1 1/2 Monate lang mit den Linksparteien um ein Mandat gekämpft hatten, treten sie jetzt, ein paar Tage nach der Bildung des Linksbloßes, zwei von ihren Mandatdaten ab: das eine an Prof. Maxim Kowalewitsch, der politisch rechts von den Kadetten steht und als Präsident der Reichsduma in Betracht kommt, das andere an den Priester W. I. Petrov, eine in politischer Beziehung ziemlich farblose Persönlichkeit, die aber unter der Kleinbürgerlichkeit Petersburgs große Popularität genießt.

J. S. J. J., einer der Publizisten des Kadettenorgans „Nesja“, ehemaliger Sozialdemokrat, jetzt entragierter Sozialistenfreier, schreibt mit Bezug auf den eventuellen Sieg des Linksbloßes folgendes: „Den Sieg des Linksbloßes würden die ministeriellen Zeitungen als eine Niederlage der Kadetten begriffen. ... Während die Moskauer Wahlen von allen als Beweis dafür anerkannt wurden, daß es des Volkes klarer und fester Wunsch sei, das russische staatliche Leben nach europäischem Vorbild umzugestalten, wird ein Sieg des Linksbloßes bloß als eine einfache Demonstration gegen die Behörde aufgefaßt werden und keine ernsthafte Bedeutung haben. Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn ein Volk, das zu revolutionärem Auftreten noch nicht genügend vorbereitet ist, in die Volksvertretung revolutionäre Deputierte entsendet.“

Der Leader der Kadettenpartei, M. I. Kowalew, läßt sich in der „Kolowj“ seinen Triumph über den Moskauer Sieg in der „Kolowj“, dem Moskauer Organe der rechtsstehenden Kadetten, folgendermaßen vernehmen: „Moskau hat ein klares und bestimmtes Wort gesprochen. Es hat durch seine Abstimmung gezeigt, daß man sich durch niemand bewegen lassen werde, auch nur einen Finger breit von dem einmal ausgedrückten Volkswünsche abzuweichen. ... und daß das Volk seit gewonnen sei, sich das, was ihm zukommt, mit etwas sichereren Mitteln zu erringen, als es die Dezemberwahlen in Moskau gewiesen sind. Moskau hat es nach langen Monaten der entsetzlichsten Qualen ausgesprochen, denen es seitens der „russischen“ Herren unterworfen wurde. Moskau hat dieses Wort gesprochen, obwohl man sich so viel Mühe gegeben hat, es durch den roten Lappen zu reizen und blühdings in ein politisches Abenteuer hineinzutreiben. Ja, von nun an kann kein Zweifel, kein Streit mehr bestehen: Der Moskauer ist Bürger, er hat sich dieses Ehrenamtes würdig gezeigt.“

Wollte wohlgemerkt: Jenes Banner, unter dem das russische Proletariat so viel Blut vergossen hat, um eben die „Konstitution“ zu erkämpfen, dank der die Herren Kadetten jetzt denken sind, das Staatssteuer zu lenken, dieses Banner hat sich jetzt in einen „roten Lappen“ verwandelt!

Wahrlich, Herr Stolypin darf es leid tun, daß er dem Mischukow den Zutritt zur Duma verweigert hat. Der Mann berechtigt zu den schönsten Hoffnungen! Nebenbei bleibt es nicht bei Worten. Es folgen kadettische „Taten“. Nach ihrem Siege in Moskau scheinen die Kadetten ihr Versprechen gänzlich vergessen zu haben: auf jeden Fall einen Deputierten von den Arbeitern in die Duma zu bringen. Sie senden jetzt nur 4 Kadetten als Dummakandidaten auf, so daß die Moskauer Arbeiterkategorie in der Duma nicht vertreten sein wird. — Wollte geachtet Empörung über diese Handlungsweise haben die Arbeiter der Kupferwerkischen Buchdruckerei einen von 394 Personen unterzeichneten, an die Partei der Volksfreiheit gerichteten Brief veröffentlicht. Sie weisen darauf hin, daß die Arbeiterkategorie, die nur 19 Wahlmänner gewählt habe, die Interessen von 70.000 Arbeitern vertritt; die Partei der Volksfreiheit aber, die in der städtischen Kurie 100 Wahlmänner durchgebracht habe, vertritt, wie aus der Wählerliste hervorgeht, im ganzen nur 55.000 Personen! Diese im höchsten Grade ungerechte Vertretung sei ganz und gar die Folge des bestehenden Wahlgesetzes, welches in den Grenzen des Möglichen von den Volksvertretern selbst korrigiert werden müßte. In Anbetracht dessen bestehen die Absender des Briefes darauf, daß der Arbeiterkategorie ebenso viele Dumaabgeordnete zugeteilt werden wie der städtischen Kurie, d. h., daß die 19 Wahlmänner der Arbeiter gleich den 100 Wahlmännern der städtischen Kurie 2 Deputierte wählen dürfen.

Dieser Brief hat unter den Arbeitern großes Aufsehen hervorgerufen, er wurde in allen Fabriken und Werkstätten lebhaft besprochen und die Mehrzahl der Arbeiter beschloß, sich der in ihm ausgesprochenen Forderung anzuschließen. Es läßt sich indes nicht voraussagen, daß dies auf die Kadetten wenig Eindruck machen wird. Sie sind jetzt ganz vom Orange nach rechts erfüllt, und ihre Bestrebungen finden bereits ein lebhaftes Echo bei den gemäßigten konstitutionellen Elementen. Das Petersburger Komitee der Partei der demokratischen Reformen hat seine Parteimitglieder bereits aufgefordert, für die Kadetten zu stimmen, und das Zentral-

Komitee der „Partei der friedlichen Erneuerung“ ist nach den letzten Meldungen im Begriff, seinen Parteimitgliedern dasselbe anzuzumplemen!

Mit jeder neuen Etappe im Entwicklungsgange der russischen Revolution schreitet die Differenzierung der Parteien fort, und immer breiter wird die Kluft, welche den liberalen Adel und die liberale Bourgeoisie von der Arbeiter- und der Bauerndemokratie trennt.

Gegenmienen.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm:

Petersburg, 19. Februar. Aus einer Quelle, die volles Vertrauen verdient, erfahre ich das Folgende: Nach allgemeiner Ueberzeugung wird die künftige Duma für absolut oppositionell gehalten. Eine Auflösung erachtet man für gefährlich. Unter diesen Umständen suchen die reaktionären Kreise die Regierung davon zu überzeugen, daß es am besten sei, eine Tagung der Duma überhaupt nicht zustande kommen zu lassen! Um dies ins Werk zu setzen, beschloß die Pogromorganisation, welche bereits die Oktoberpogrome inszenierte, in kürzester Zeit — angeblich am 27. Februar — in ganz Rußland neue Judenmordeleien hervorzurufen. Alsdann soll die Regierung erklären: Solange solche Zustände im Lande herrschen, könne eine Tagung der Volksvertretung nicht stattfinden! — Stolypin hat Kenntnis von diesem Plan, er soll ihn durch Stillschweigen gutheißen.

Zu dieser Mitteilung der „Russischen Korrespondenz“ paßt folgende „Herold“-Meldung:

Warschau, 19. Februar. Hier herrscht ein erbitterter Wahlkampf. Die Polizei verfolgt die fortschrittlichen Wahlkomitees und verschont die nationalistischen. Die Nationalisten drohen, wenn sie unterliegen, mit Pogroms.

Der Fall Böplau.

Am vierden Tage wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt mit der Vernehmung des Geheimsekretärs Seidel, der auf Antrag der Verteidigung nachträglich als Zeuge geladen worden war. Seidel schilderte, wie die Beamten des Kolonialamtes, die sich durch die Neuordnung der Beamtenklassen geschädigt fühlten, zunächst den vorgeschriebenen Beschwerdeweg beschritten, aber hiermit keinen Erfolg hatten und dann sich entschlossen, zu klagen. Herr Böplau, dessen Streitsache damals schon im Gange war, wurde dazu ausersehen, seine Klage durchzuführen und eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen. Zeuge Seidel bestätigte am Dienstag, auch ihm sei damals bekannt geworden, daß ein Anonymus eine Abschrift des Frankhufschens Gutachtens über Böplau diesem zugesandt habe.

Die kommissarische Vernehmung des Geheimsekretärs Schneider, auf die von der Verteidigung großer Wert gelegt wird, hat noch nicht stattfinden können und würde zeitigstens in acht Wochen möglich sein. In der gestrigen Sitzung wurde das Gutachten des Kreisarztes Dr. Großmann vorgelesen, der Herrn Schneider im Sanatorium aufgesucht hat. Hierin leidet Schneider an schwerer Neurasthenie und wird durch Verfolgungsideen gequält. Dem Kreisarzt gegenüber benahm er sich sehr aufgeregt. Er erklärte diesem, krank fühle er sich schon seit 1896, wo er aus den Tropen zurückkehrte; seit acht Tagen aber beherzige ihn geradezu der Gedanke, er werde irt werden. Er klagte, die günstige Wirkung der Kur sei durch die Aufregung, die dieser Prozeß ihm gebracht habe, wieder gestört worden. Hierfür müsse er die Behörden verantwortlich machen und auch die Zeitungen. Meistens fühle er sich, so verärgerte er dem Kreisarzt, überall durch Polizeipöbel beobachtet, die vielleicht sogar mit ihm zu Tische kämen. Auch seine Vernehmung im Prozeß Böplau sei nur ein Vorwand, ihm zu schaden und seine Pensionierung herbeizuführen. Schneider schimpfte in derben Ausdrücken auf die Behörden. Der Arzt habe ja „gar keine Ahnung davon, wie es in der Politik zugehe“. Der Kreisarzt kommt zu dem Schluß, daß Schneider tatsächlich nicht vernehmungsfähig ist, nicht deshalb, weil durch die Vernehmung seine Aufregung noch gesteigert werden könnte, sondern deshalb, weil er der Verhandlung nicht zu folgen vermöchte.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Vertram beantragte, hiernach den Prozeß zu vertagen. Zwar habe die Beweisaufnahme ergeben, daß auch dem Hofrat Kunow ein Frankhufsches Gutachten anonym zugegangen sei; in diesem Punkte könnte also auf das Zeugnis Schneiders verzichtet werden. Schneiders Zeugnis sei aber nicht zu entnehmen für die anderen Punkte. Der Staatsanwalt wolle einen Indizienbeweis führen, da der dem Angeklagten nicht die Möglichkeit bestränkt werden, durch Zeugen diesen Beweis zu entkräften. Der Verteidiger beantragte schließlich noch, den Hofrat Krager zu laden, der bezeugen werde, daß Böplau infolge Ueberlastung mit meist eiligen Arbeiten „gar keine Zeit gehabt habe, in Personalakten umherzuschweifeln“. Staatsanwalt Lindow versicherte noch bestimmter als in der Freitagssitzung, Schneiders Aussage sei ihm nicht das Wichtigste. Daß auch Schneider von einem Anonymus die Abschrift eines Frankhufschens Gutachtens erhalten hat, könne als wahr unterstellt werden. Auch das lasse sich als wahr unterstellen, daß Schneider dabei gewesen sei, als B. die anonyme Abschrift des ihm selber betreffenden Gutachtens erhielt; was aber daraus folge, werde von der Anklage später noch zu sagen sein. B. habe sogar zu der Zeit, wo er schon nicht mehr im Amt war, durch Indiscretionen von Beamten noch Abschriften von Akten erhalten, da könne man auch das als wahr unterstellen, daß ihm die Eingabe Niems gegen Brandeis gleichfalls in Abschrift zugegangen sei. Der Verteidiger erwiderte, für den Angeklagten komme es darauf an, daß diese Dinge nicht bloß als wahr unterstellt werden, sondern von ihm auch bewiesen werden dürfen. Er kam zurück auf die vom Staatsanwalt in der Freitagssitzung geäußerte Bemerkung, daß das Staatsinteresse vorzugehen müsse. Vorangehen müsse das Interesse des Angeklagten. Der Gerichtshof behielt sich die Beschlußfassung über den Vertagungsantrag vor; er beschloß aber, den Zeugen Krager sofort zu laden.

Es folgt dann die Vernehmung des Hofrats Tsch, mit dem Böplau bei der Bearbeitung der ständischen Pensionierungssache in Konflikt geraten ist. Tsch erklärt auf das Bestimmteste, B. müsse dabei sämtliche Personalakten Kannenbergs benutzt haben, nicht bloß einzelne lose Stücke. Zwischen dem Zeugen und dem Angeklagten kommt es zu einer Auseinandersetzung darüber, ob Verfügungen des Reichsanzlegers von untern Beamten ohne weiteres abgeändert werden dürfen, wenn sie den Bestimmungen nicht entsprechen. B. behauptet, es werde oft „nur mit der Firma des Reichsanzlegers operiert“, während der Reichsanzleger selber die Verfügung gar nicht zu sehen getriege habe. Der Vorsitzende belehrt ihn, natürlich brauche da „nicht immer der Reichsanzleger selber“ gemeint zu sein.

Zum Fall Niem wird dann der Geheim Sekretariatsassistent Schulz vernommen, der die Niemischen Personalakten zur Bearbeitung hatte. Wie Böplau aus ihnen die Eingabe Niems gegen Brandeis erhalten haben kann, weiß dieser Zeuge nicht. Er selber hat ihm nichts daraus in die Hände gespielt; er erinnert sich nicht einmal, jene Eingabe in den Akten bemerkt zu haben. Auch Niem selber, der jetzt Geheim Sekretar ist, wurde vernommen, zunächst unvereidigt. Nach seiner Rückkehr von den Marschallinseln hat er über die Akten des Landeshauptmanns Brandeis, die in seiner Beschwerdeschrift eingehend geschildert sind, auch seinen Kollegen manches erzählt, unter anderem auch Herrn Böplau. Als Niem später erfuhr, daß Böplau von dieser Beschwerdeschrift Kenntnis erhalten und davon Gebrauch gemacht habe, war er sehr unangenehm, weil er fürchtete, nun werde er selber in den Verdacht kommen, dem Böplau das Material geliefert zu haben. B. aber beruhigte ihn damals, er solle nur sagen, die

Akten seien von B. abgeschrieben worden. Auf die Frage, ob das nur eine Redensart war, durch die Niem beschönigt werden sollte, oder ob Böplau wirklich Abschrift genommen hatte, konnte der Zeuge keine bestimmte Antwort geben. Er versicherte nur, er habe den Eindruck gehabt, daß B. hiermit nichts Unrechtes getan zu haben glaube. Niem erklärte auf Befragen, er selber habe kein Material an B. gegeben. Er besitzt auch, niemals an Erzberger geschrieben zu haben. Die mit Niem unterzeichnete Postkarte an Erzberger rühre nicht von ihm her; leider habe der Untersuchungsrichter ihm verweigert, ihn selber die Karte prüfen zu lassen. Der Zeuge beklagt sich, daß der Untersuchungsrichter ihm wegen dieser Karte vorgeworfen habe, da werde er einen Meineid leisten; er sei sich vorgenommen, wie wenn er nicht als Zeuge, sondern als Angeklagter vernommen werde. Niem wurde nach Beendigung seiner Aussage vereidigt.

Die Vernehmung des Geheimen Hofrats Biermann, des Hofrats Kischalski, des Hofrats Kutschan und des Geheimen Registrators Lebach drehte sich immer wieder um die Frage, wie die Personalakten „heimlich“ gehalten wurden und wer an sie herankam. Dabei wurde wieder festgestellt, daß B. noch 1903, als er schon nicht mehr im Dienst war, die Abschrift eines geheimen Aktenstückes erhielt. Lebach belundet, daß alle Vorhänge die Indiscretionen nicht zu verhängen vermöchte. Ein schriftliches Telegramm, das im Jahre 1903 einging, stand schon am Abend desselben Tages in den Zeitungen. Hofrat Krager, der telefonisch als Zeuge geladen worden war, bestätigte, daß B. seine reichliche und meist eilige Arbeit rasch und zur Zufriedenheit zu erledigen pflegte.

Die Verteidigung stützt sich im Fall Niem besonders darauf, daß in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes eine Person gewesen sei, die den Angeklagten ständig auf dem Laufenden zu erhalten gesucht habe. So sei ihm auch eine an den Landeshauptmann Brandeis gerichtete, erst vom 18. April 1903 datierte, Verfügung zugegangen, in der das Auswärtige Amt Anweisung darüber gibt, wie auf den Marschallinseln die Strafordnung für Eingeborene zu handhaben ist. Darin wird auch erwähnt, daß der Vorkämpfer der Keuguinea-Kompagnie, die Prügelstrafe einzuführen, nicht gebilligt worden sei.

Die Sitzung schloß mit der Verlesung des Beschlusses über den Vertagungsantrag, den die Verteidigung wegen vorläufiger Vernehmungsunfähigkeit des Zeugen Schneider gestellt hatte. Der Antrag ist abgelehnt worden. Die Vernehmung Schneiders sei unnötig, weil die Tatsachen, die er belunden soll, ohnedies als wahr unterstellt werden.

Der Mittwoch wird die Plaidoyers bringen. Die Verteidigung will aber vorher noch einen neuen Beweis antrag stellen, den sie bereits am Dienstag ankündigte, ohne nähere Angabe darüber zu machen. Die Sitzung beginnt um 1/2 10 Uhr.

Verbandstag der Steinseger.

Vor Beginn des Verbandstages fand zunächst eine Konferenz der in Regiebetrieben beschäftigten Steinseger, Kammer und Berufsgenossen statt. Es waren dazu 12 Delegierte aus Hamburg, Chemnitz, München, Mathemau, Görlitz, Dresden, Duisburg, Offenbach und Kehlhausen i. E. eingetroffen. Als Vertreter des Verbandes der Gemeindegewerbetreibenden war Genosse Schuchardt aus Leipzig anwesend.

Ueber den einzigen Punkt der Tagesordnung: „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Regiebetrieben, wie sie sind und wie sie sein sollen“, referierte K. Knoll-Berlin. Seinen Ausführungen entsprach inhaltlich eine Resolution, welche die Konferenz mit 10 gegen 1 Stimme annahm und die u. a. folgende Grundzüge aufstellte:

Kommunale und staatliche Regiebetriebe dürfen ihren Arbeitern hinsichtlich Arbeitszeit und Entlohnung unter keinen Umständen ungünstigere Bedingungen bieten als die Privatbetriebe desselben Berufes. Im Gegenteil müssen diese Betriebe, da dieselben nicht nach den Grundsätzen unternehmerlicher Rentabilität (Profitjäger) bewirtschaftet werden dürfen und kein Grund vorliegt, den darin beschäftigten Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit vorzuenthalten, den letzteren bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren als die Privatbetriebe.

Diese besseren Bedingungen haben darin zu bestehen, daß den Arbeitern in erster Linie ein wirklich ausreichendes Lohn gezahlt wird, sowie Vorkehrungen für den Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter getroffen werden; darüber hinaus können die besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen auch in sonstiger sozialer Fürsorge für die Arbeiter bestehen. Soweit jedoch Einrichtungen zur sozialen Fürsorge geschaffen werden, muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß den Arbeitern auf dieselben ein unabweisbares bzw. klappbares Recht zusteht. Soziale Wohltaten, die nur als Prämie für sogenanntes „gutes Verhalten“ ohne Rechtsanspruch gewährt werden, müssen die Arbeiterchaft moralisch entwertend und reißlos machend, als verwerflich bezeichnet werden.

Hinsichtlich der Art der Anstellung der Arbeiter in Regiebetrieben (Strohenbau usw.) erklärt die Konferenz, daß ein grundsätzlicher Unterschied zu machen ist zwischen Gewerbetrieben, die ihrer Art und Natur nach als kommunale Monopolbetriebe (wie Gas- und Wasserwerke) zu bezeichnen sind, und solchen, in denen selbst bei sorgfältigster Kommunalisierung bzw. Verstaatlichung öffentlicher Arbeiten mit dem Weiterbestehen einer erheblichen Anzahl von Privatbetrieben zu rechnen sein wird. Zu letzteren Gewerbetrieben gehört das Steinsegergewerbe.

Ein weiterer grundsätzlicher Unterschied ergibt sich daraus, daß das Steinseger- und ähnliche Gewerbe naturgemäß Saisongewerbe sind, in denen bei Beginn der jeweiligen Arbeitsperiode stets ein starkes Angebot von Arbeitskräften vorhanden ist. — Aus dieser grundsätzlichen gewerblichen Verschiedenheit ergibt sich mit Notwendigkeit, daß auch die Art der Anstellung der Arbeiter in den Straßenbau-Regiebetrieben eine andere sein muß wie in den Monopolbetrieben, sollen nicht soziale Mißstände schlimmster Art für einen Teil der Arbeiterschaft herbeigeführt werden. Diese lassen sich nur dann wesentlich mildern, wenn das Anstellungsverhältnis in den Regiebetrieben dasselbe ist wie in den Privatbetrieben, d. h. Anstellung und Entlassung haben nach Bedarf im Frühjahr bzw. Herbst zu erfolgen. Soweit Winterbeschäftigung gewährt wird, darf das kein Anlaß sein, die Arbeit im Hauptberuf geringer zu entlohnen.

Zur Frage der Stücklohnarbeit in den Regiebetrieben erklärt die Konferenz:

Für öffentliche Arbeiten bedarf es nicht erst der Vergesellschaftung der Produktion, um dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit zu gewährleisten, d. h. es ist den Arbeitern ein dem gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeit entsprechender Anteil an dem sonst üblichen Unternehmensgewinn zuzugestehen.

Sofern das geschieht, ist gegen die Anwendung des Stücklohnsystems in den Regiebetrieben grundsätzlich nichts einzuwenden. Dagegen ist jede nach unternehmerlichen Grundsätzen betriebene Akkordarbeit auch in Regiebetrieben mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen.

Mit der Annahme der Resolution war die Tagesordnung erschöpft und die Konferenz beendet.

Leipzig, den 18. Februar.

Der Verbandstag wurde gestern abend 8 Uhr im Volkshaus eröffnet. In der Abendstimmung wurden nur vorbereitende rein geschäftliche Angelegenheiten (Wahl der Vorsitzenden und Mandatsprüfungskommission) erledigt. Der Verbandstag ist von 126 Delegierten besucht.

In der heutigen Vormittagsstimmung brachten die Vertreter aus Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Dänemark, Belgien und Italien die Grundsätze der ausländischen Bruderorganisationen. Nunmehr gibt Genosse Knoll den Bericht des Vorstandes. Die letzten drei Jahre waren im allgemeinen und auch für unseren Beruf eine Zeit der Hochkonjunktur wie niemals zuvor. Erst in den letzten zehn Jahren hat sich das Steinsegergewerbe in auf-

steigender Linie bewegt. Diese günstige Konjunktur gibt es auszunutzen. Freilich gewährt das Unternehmertum den Arbeitenden nichts. Es gelang uns, für jeden unserer Verbandskollegen in den letzten drei Jahren eine zweimalige Lohnerhöhung zu erzielen. Daran hatten 14 500 Personen Anteil. Die größte Zahl unserer Kämpfe bestand aus sogenannten „trockenen“ Lohnbewegungen. Insgesamt führten wir 230—250 Lohnbewegungen im Jahre 1905, 1906 und 1907, die pro Stunde eine Lohnerhöhung von 6—8 Pf., für 5000 bis 6000 Verbandskollegen bessere Bezahlung für Ueberstunden und Arbeitszeitverlängerung von einer halben bis zwei Stunden für Tausende von Kollegen brachten. Hocherfreulich ist es, daß das Verständnis für Erhöhung der Beiträge in allen Mitgliederkreisen ein so großes ist. Das stärkte uns gegen die Unternehmer. Jetzt sind auch deren Organisationen stark geworden, wenn auch dort noch eine Zerplitterung in 15 Unternehmerrorganisationen besteht. Aber es wird nicht lange dauern, dann steht uns auch ein zentralorganisiertes Unternehmertum gegenüber.

Der durch den Reichstag beschlossene Pflastersteinsatz im Zolltarif ist glücklicherweise nicht gekommen. Wenn geschehen wäre unser Gewerbe ruiniert. Das allein bestimmte die Regierung bei dem neuen Handelsverträge mit Schweden das Einsetzen des Pflastersteinsatzes vorläufig auf fünf Jahre hinauszuschieben. So wurde unsere Entwicklung nicht gehemmt. Wir haben in 153 Orten Tarifverträge erreicht, die mindestens für 8—10 000 Berufsangehörige gelten. Ferner ist es in vielen Orten gelungen, die neunstündige Arbeitszeit und den 75 Pfennig-Stundenlohn zu erreichen. Wir haben zur Förderung des Tarifgebaltens an alle in Betracht kommenden Behörden eine Tarifdenkschrift gesandt, die da und dort ihre für uns günstige Wirkung nicht verfehlt. Der Magistrat von Königsberg i. Pr. sowie eine ganze Anzahl sächsischer Kommunen führen es seitdem durch, ihre Arbeiten nur an Meister zu vergeben, die sich mit unserer Organisation verständigt haben.

Leider konnte der Anschluß der Asphaltorganisation nicht durchgeführt werden. An uns lag es jedoch nicht. Ferner gelang es uns, in einer kleinen Anzahl von Orten die Pflastersteinbauer für uns zu organisieren, im besten Einvernehmen mit dem Verband der Steinarbeiter. Auch die Sonderorganisationen haben wir in durchaus friedlicher Weise aufgefaßt. Bei der intensiven Verarbeitung der „Christlichen“ bei den Pflasterern werden wir auf dem Posten sein. Endlich hat der Präsident der American Federation of Labor einer Verständigung mit den deutschen Gewerkschaften zugestimmt. Dadurch können endlich diejenigen, die drei Jahre in Deutschland organisiert waren, sich auch in Amerika organisieren.

Das System der Gauleiter hat sich glänzend bewährt. Allein der Vorsitzende war im Jahre 1905 200 Tage unterwegs, meistens wegen Lohnbewegungen. Der beste Beweis für das Erstarren der Organisation ist das Sinken der Ausgaben für Wahrgelungen-Organisationen. Leider konnte im letzten Jahre das Gebiet der Statistik aus Mangel an Zeit und Arbeitskräften nicht wie bisher gepflegt werden. Sollte das Unterfütterungsweien wie bisher bleiben, dann müsse für das nötige Kleingeld gesorgt werden. Der Streik in Berlin im Jahre 1904 war für uns eine harte Belastungsprobe, die wir bestanden haben. Wir erreichten, daß die Kammer als Organisation anerkannt wurden, und werden sicher solche Kämpfe auch wegen der Hüftarbeiter zu bestehen haben. Am meisten interessant ist das Jugendstreiken des Stettiner Magistrats, das monatelange Streiks die Städte schwer schädigen. Das erklärt es auch, weshalb gerade unser Gewerbe noch von Ausperrungen verschont geblieben ist. Auf dem Gebiete des Arbeiter-schutzes haben unsere Ämtern unermüdet ihre Forderungen, oft mit Erfolg, gestellt. Wir versuchten in Plauen einen Prozeß durchzuführen, der entscheiden sollte, ob die schwarzen Listen den guten Sitten widersprechen. Einige Versehen der Plauenschen Kollegen brachten uns bei diesem Prozeß nicht den gewünschten Erfolg. Es war reiche Arbeit, die wir hatten, aber wir sind vorwärts gekommen.

Wagner-Berlin, der seit neun Monaten provisorischer Vorsitzender ist, ergänzt durch Einzelheiten den allgemeinen Bericht Knolls. Wir werden gut tun, auch ferner die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse durch unsere Beamten zu besetzen. Im Juli 1906 sind die Pflastersteinbauer von Groß-Berlin und Rixdorf unserer Organisation beigetreten.

Aus der Partei.

Zur Erklärung Bernsteins schreibt das „Vollblatt“ zu Kassel: „Leider vermögen wir von Bernstein nicht zu sagen, daß er „mit großem Scharfblick sofort die Tragweite“ seiner Handlungen „zu erfassen“ und darauf „zu behandeln“ vermöchte. Wäre ihm diese Eigenschaft auch nur in geringem Maße zu eigen, dann hätte er den Anzapfungen des Aushorchers gegenüber den Mund zu- und die Stubentür aufgemacht: Formos la porto — aber von draußen!“

Im anhaltischen Landtage kam es am Montag zu einem Zusammenstoß zwischen unserem Genossen Peus und dem liberalen Abgeordneten Cohn. Der Herr Cohn, der sich im Wahlkampf die Besondere Belämpfung des Genossen Peus im Wahlkreis Brandenburg zur Aufgabe gemacht hatte und als „Linksliberaler“ für den Reaktionsär Görke wirkte — in früheren Jahren sind die Linksliberalen Anhalts mit der Sozialdemokratie Wahlbündnisse eingegangen — stellte in der Landtagssitzung die Behauptung auf, daß die Revisionisten nur darum nach dem Dresdener Parteitag noch bei der sozialdemokratischen Partei geblieben seien, weil sie gefürchtet hätten, sonst den Anschlag an die Massen und damit ihre Existenz zu verlieren. Genosse Peus nannte Cohn darauf einen „Clown“ und „vollendeten Lumpen“. Genosse Peus erhielt deswegen zwei Ordnungsrufe. Im Verlaufe der Sitzung bekam er noch einen dritten Ordnungsruf, als er von „infamen Angriffen“ sprach. Herr Cohn wurde anscheinend nicht zur Ordnung gerufen.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Amsterdam, 18. Februar.

Die Anträge der Parteioorganisationen für den in den Oster-tagen zu Haarlem, unweit Amsterdams, abzuhaltenden dreitägigen Parteitag sind erschienen. Es sind 70 an der Zahl. Die wichtigsten betreffen die inneren Parteiverhältnisse, die seit dem letzten Parteitag zu Utrecht an Schärfe zugenommen haben. Darunter sind Anträge, die teils die bekannten, gegen die marxistische Richtung angenommenen Utrecht Resolution bestätigen wollen, teils solche, die soweit gehen, die von derselben betroffenen Parteigenossen wegen ihres Zurücktritts von der äußeren Propaganda aus der Partei auszuscheiden; andere, die die betreffende Resolution ihrer Schärfe entkleiden, und wieder andere, die durch Zurückziehung der Resolution und unter Garantie der völligen Freiheit der Meinungsäußerungen der betroffenen Genossen die Wiederaufnahme der Parteitätigkeit ermöglichen wollen. — Des Weiteren wenden mehrere Anträge sich gegen die vom Parteivorstand nach dem Utrecht Kongresse eingesetzte Kommission, die zur Aufgabe hatte, das Parteiprogramm auf die Notwendigkeit einer Revision dieser Artikel zu prüfen. Mehrere Parteigenossen der marxistischen Richtung hatten sich geweigert, in diese Kommission einzutreten, da nur der Parteitag, nicht aber der Parteivorstand das Recht besitze, eine solche Kommission zu ernennen und ein Wunsch der Partei nach einer Programmrevision bisher nicht ausgesprochen worden sei. Der Parteivorstand beantragt nunmehr selbst, der Parteitag möge die Einsetzung der Kommission bestätigen und sechs neue Mitglieder in sie entsenden.

Die wichtigsten übrigen Anträge betreffen eine Revision des Kampfs, Wahl- und Gemeindeprogramms, die Stellungnahme der Partei zur staatlichen Krankenversicherung, Alters- und Invaliditätspension, zum Frauenwahlrecht und zur Genossenschaftsbewegung; ferner die Mitgliedschaft der Parteigenossen von Gewerkschaften und von Arbeitgeberorganisationen sowie die Redaktion des Parteiorgans „De Volk“.

Der bevorstehende Kongress der russischen sozialdemokratischen Partei. Das Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat folgende Tagesordnung für den bevorstehenden Kongress der Partei ausgearbeitet: 1. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees. 2. Die nächsten politischen Aufgaben. 3. Die Reichsduma. 4. Die gesetzgeberische Tätigkeit der Regierung in der Agrarfrage. 5. Guerilla-Aktionen und Kampforganisationen. 6. Organisation der Arbeiterklasse: a) Arbeiterkongress, b) Arbeiterdeputiertenräte, c) Fabrikvertreterräte. 7. Die Partei und die gewerkschaftlichen Verbände. 8. Sozialdemokratische Dumafraktion. 9. Die nationale Frage. 10. Organisationsfragen u. a.

Von der amerikanischen Parteipresse. Die kürzlich berichtet, erscheint in Chicago seit letztem November eine Tageszeitung der Partei in englischer Sprache: „Daily Socialist“. In New York versprechen die jahrelangen Bemühungen der Genossen von der sozialistischen Partei, eine tägliche englische Zeitung zu begründen, bald belohnt zu werden durch Herausgabe des „Daily Call“ in New York erscheint seit sieben Jahren „Daily People“ als Organ der sozialistischen Arbeiterpartei. In Oakland in Kalifornien (gegenüber San Francisco) hat jetzt die Partei beschlossen, am 1. Mai dieses Jahres mit der Herausgabe einer englischen Tageszeitung: „The Daily World“ zu beginnen. Eine Gesellschaft, The World Press Corporation, hat sich gebildet, die mit der Partei zusammen die Zeitung herausgibt. Der Partei gehören 51 Proz. der Anteile und sie hat die politische Leitung in Händen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der misslungene Aufreizungsprozess von Raumburg.

Die Unzuverlässigkeit der Berichte überwacher Polizeibeamter über Versammlungen und die Gefährlichkeit ihrer mangelhaften Aufzeichnungen für Versammlungsdirektoren, die schon so oft vor Gericht dargelegt worden ist, erwies sich wieder der Aufreizungsprozess zu Raumburg gegen den Genossen Thiele vom „Volksblatt“ zu Halle, über dessen Ausgang wir gestern noch telegraphische Meldungen brachten. Aus Halle wird uns dazu geschrieben:

Genosse Thiele war angeklagt, in einer am 26. August v. J. in Thiele's Statthalterei öffentlichen Volksversammlung verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufgehetzt zu haben. Die beiden Gendarmeriewachmeister Reinhardt und Erleben, die jene Versammlung überwachten, wollten von dem Referenten die Worte vernommen haben, in der russischen Revolution liegt für uns die Aufforderung, gleich jenen (den Russen) aufzufordern und hingehend zu wirken. Wir haben eine Konstitution und brauchen die uns erkämpften Rechte nur zu benutzen.“ Im Anschluss hieran soll Redner aber dann folgende Äußerung getan haben: „Es gibt für uns nur den einen Weg, wie in Russland alles Schritt für Schritt mit Blut zu erkämpfen.“

Der Angeklagte erklärte, es sei unmöglich, daß er so etwas gesagt habe, denn die erste Redebegegnung stehe im direkten Gegensatz zu der zweiten. Wenn man bestimmte Rechte habe, brauche man sich dieselben nicht Schritt für Schritt mit Blut zu erkämpfen.“ Die beiden Wachmeister bestritten aber mit dem Eide, daß Thiele jene widersprüchlichen Sätze gesprochen habe. Als aber der Verteidiger Rechtsanwalt Dittenberger dem Wachmeister Reinhardt die Frage vorlegte: „Haben Sie die Notizen, die zur Anzeige führten, vollständig in der Versammlung gemacht?“ antwortete Reuge: „Nein, ich habe sie nach Aufzeichnungen und nach dem Gedächtnis zu Hause nachgeschrieben.“ Fünf Versammlungsteilnehmer bezeugten eidlich, daß der Angeklagte wohl den ersten Satz, aber nicht den Satz von „Schritt für Schritt mit Blut zu erkämpfen“ getan habe. Der Staatsanwalt schaltete trotzdem den Angaben der beiden Wachmeister Glauben und beantragte gegen Thiele eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Das Gericht sprach den Angeklagten aber frei, da der zweite Satz mit dem ersten zweifelsohne im Widerspruch stehe und dem Angeklagten bei dem zweiten Satz höchstens ein Sprechfehler passiert sein könne.

Plötzlich aus dem Gefängnis entlassen wurde am Sonnabend Genosse Gustav Wabersky in Hamburg. Er verbüßte im Gefängnis II in Fußfesseln eine ihm von der Strafkammer IV wegen Verleumdung der Hamburger Polizei (aus Anlaß der Polizeistatuten am Wahlrechtsdemonstrationstage) zuerkannte Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Wabersky hatte vor einigen Monaten schon einen Antrag auf Wiederaufnahme dieses Verfahrens gestellt. Landgericht und Oberlandesgericht lehnten den Antrag ab. Jetzt hat auf erneuten Antrag die Strafkammer IV die Wiederaufnahme des Verfahrens beschlossen und Vorbernehmungen der im Antrage benannten Zeugen angeordnet. Außerdem hat sie die Unterbrechung der Strafvollstreckung und vorläufige Entlassung Wabersky's aus der Strafkammer verfügt.

Soziales.

Die Zentralkommission der Krankenkassen

hatte am Montag eine Versammlung der Kassenvorstände und Verwaltungsoberbeamten einberufen, die eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Der erste Punkt betraf die geplante Verstadtlisierung des Berliner Rettungswesens.

Es handelt sich um die Absicht der städtischen Behörden, die erste Hälfte der Anstalten, welche jetzt von drei Institutionen: Sanitätsräthen, Unfallstationen und Rettungsgesellschaft ausgeübt wird, einheitlich zu organisieren, derart, daß die Leitung von einer Zentrale erfolgt, in den Krankenhäusern Hauptwachen und in anderen Lokalitäten Rettungswachen eingerichtet werden. Das gesamte Rettungswesen soll einem Kuratorium unterstellt werden, in das Personen berufen werden, die sich auf dem Gebiete des Rettungswesens verdient gemacht haben. — Ueber diesen Punkt der Tagesordnung referierte Dr. W. L. v. Er vertrat den Standpunkt, daß die Krankenkassen und die Kassenzürge ein lebhaftes Interesse an einem gut funktionierenden Rettungsdienst haben, und daß sie deshalb das Bestreben der Stadt Berlin, das Rettungswesen einheitlich zu gestalten, unterstützen. Aus diesem Grunde, und weil der Gedanke des Rettungswesens in Berlin zuerst von der Zentralkommission der Krankenkassen vertreten wurde, forderte der Redner, daß auch die Krankenkassen und die Kassenzürge im Kuratorium eine Vertretung erhalten. Eine von der Zentralkommission in Gemeinschaft mit einer Vertretung des vereinigten Kassenzürge ausgearbeitete Denkschrift, welche die Forderung eingehend begründet, wird dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zugehen.

Hierauf erstattete Simanowski Bericht über die Tätigkeit der Zentralkommission im vergangenen Jahre.

Es wurden auch noch andere geschäftliche Angelegenheiten behandelt.

Mit den Apothekern in den Vororten steht die Zentralkommission seit einiger Zeit in Verhandlung, um möglichst günstige Bezugsbedingungen für die Krankenkassen, analog dem für Berlin bestehenden Abkommen zu erlangen. Simanowski teilt mit, daß ein Beschluß der Kommission in dieser Angelegenheit noch nicht gefaßt werden konnte, weil es noch nicht zu einem Abschluß gekommen ist. Die Organisation der Vorortapotheker hat nicht die Absicht, einen Korporativvertrag mit allen Kassen abzuschließen, sie will es vielmehr den einzelnen Apothekern überlassen, mit einzelnen Kassen Vereinbarungen zu treffen.

Ferner erstattete Simanowski Bericht über den Bescheid des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg über die Zentralisierung der Krankenkassen.

Nachdem sich herausgestellt hatte, daß der Zusammenschluß aller Kassen zu einer großen Zentralkasse die Zu-

stimmung der Behörde nicht finden werde, machte die Zentralkommission den Vorschlag, daß sich die bestehenden Kassen nach Berufsgruppen zentralisieren. Dieser Vorschlag ist dem Oberpräsidenten unterbreitet worden. Er steht demselben sympathischer gegenüber wie dem Plane einer einzigen Zentralkasse, aber die Zustimmung zu dem Vorschlage der gruppenweisen Zentralisation hat der Oberpräsident auch noch nicht gegeben. In dem Antwortschreiben des Oberpräsidenten auf die Eingabe der Zentralkommission wird gesagt, aus dem eingereichten Material lasse sich die Notwendigkeit der Zentralisation nicht erkennen, die gesetzliche und statutarische Voraussetzung der Zentralisation sei, daß die betreffenden Kassen selbst dazu Stellung nehmen. Die Zentralkommission wird nun veranlassen, daß die Kassen zunächst von einer oder zwei der geplanten Gruppen Stellung zu der Zentralisationsfrage nehmen, damit dem Oberpräsidenten, der ja dem Zentralisationsgedanken nicht günstig gesinnt ist, den gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen entsprechendes Material unterbreitet werden kann.

Je mehr Schutzvorrichtungen, je mehr Unfälle.

Diesen brutalen Unternehmerstandpunkt vertraten vor der Halle'schen Strafkammer der Schmelzwarenfabrikant Keller und seine Sachverständigen in einem Prozeß wegen fahrlässiger Körperverletzung. Keller hatte durch ungenügende Schutzvorrichtung an einer Stanze, obwohl er von dem Gewerbeassessor vorher aufgefordert worden war, für ausreichenden Schutz zu sorgen, verschuldet, daß ein jugendlicher Arbeiter sich den Finger quetschte. Der Unternehmer und seine Sachverständigen vertraten den oben erwähnten Standpunkt und sagten, ganz grobe Unfälle wären meist auf Unachtsamkeit der Arbeiter zurückzuführen. Die Schutzvorrichtungen „irritierten“ die Arbeiter. Dieser Ansicht trat der Gewerbeassessor Lehmann mit aller Entschiedenheit und besonders mit dem Hinweis entgegen, daß durch die geringen Affordolöhne an solchen gefährlichen Maschinen die Unfälle vermehrt würden, denn die Arbeiter wüßten, wenn sie etwas verdienen wollten, flink machen. Der Unternehmer wurde mit einer Geldstrafe belegt. Wenn die Arbeiter aber sagen, Affordarbeit ist Mordarbeit, dann machen die Unternehmer Spektakel.

Aus Industrie und Handel.

Die Große Berliner Straßenbahn. Die Rentabilität des Unternehmens illustriert die folgende Zusammenstellung:

Jahr	Umsatz	Abgaben	Bestand des Referenzfonds	Dividende
1897	21.375.000	1.496.248,90	1.588.080,74	2.901.840,93
1898	44.250.000	2.307.818,34	1.349.541,32	3.580.958,57
1899	67.125.000	2.178.248,10	1.658.434,09	3.807.712,29
1900	68.625.000	2.349.067,30	1.788.401,07	4.792.988,39
1901	85.785.000	2.668.980,81	1.987.994,70	5.348.976,90
1902	85.785.000	2.550.871,10	2.050.225,91	5.933.088,12
1903	85.785.000	3.282.432,74	2.515.707,52	6.593.488,10
1904	100.082.400	3.441.120,39	2.147.184,07	7.283.881,82
1905	100.082.400	3.896.908,58	2.781.993,88	7.901.422,00
1906	100.082.400	4.078.818,13	3.117.082,88	8.594.374,52
Summa	295.500.14,46	20.982.646,18	8.594.374,52	58.658.958

Es sind demnach in 10 Jahren neben 20 1/2 Millionen Mark Abschreibungen an Abgaben für Gemeinden, Referenzfonds und Dividenden 88.235.978 M. aufgebracht worden. Rechnet man noch die gezahlten Zinsen hinzu, so ergibt sich eine Gesamtsumme von rund 93 Millionen Mark.

Den Brotkorb höher! Die Bäckereimung zu Glauchau macht bekannt, daß sie einen höheren Preisaufschlag eintreten lassen müßte, und die Innung in Jwidau veröffentlicht folgende Preise: 6 Pfund Brot 1. Sorte 78 Pf., 6 Pfund Brot 2. Sorte 75 Pf., d. h. für das Pfund Brot 1. Sorte wird 13 Pf. verlangt. Da wären wir glücklich wieder angefangen, wo das 8-Pfund-Brot 1 M. kostet und die „Achte“ bei den Bäckereimeistern nur noch 5 1/2 Pfund wiegt. Daneben wird auch noch die Zulose teurer. Die Margarinefabrikanten, die zur besseren Ausdeutung der Konsumenten einen Ring geschlossen haben, machen bekannt, daß sie genötigt sind, aufzuschlagen.

Nachdem die Nationalen sich von den patriotischen Anstrengungen erholt haben, machen sie sich für die „idealen“ Unkosten selbst bezahlt, wobei natürlich der Materialismus allein wieder Kurzwort hat.

Bismarck'sches Brauhaus. Im Geschäftsbericht für 1906 sagt die Verwaltung:

Mit Abänderungen, wie sie ungünstiger sich für uns nicht gestalten konnten, ist das Brausteuergezet in Form einer Staffelfsteuer am 3. Juni 1906 angenommen und schon am 1. Juli 1906 in Kraft getreten. Von den im Berichtsjahre versteuerten 98.760 Zentnern Malz haben wir 49.080 Zentner, also fast die Hälfte unserer gesamten Produktion zu dem erhöhten Satz versteuern müssen. Aber nicht genug damit — dem uns schwer schädigenden Gezet legte man auch noch rückwirkende Kraft bei, wodurch wir einen Verlust in Höhe von 23.375 M. erlitten. Im ganzen zahlten wir 394.140 M. an Brausteuer, während wir nach dem bisher geltenden Gezet nur 246.900 M. hätten entrichten müssen, das ist unter Hinzurechnung obiger 23.375 M. eine Mehrausgabe von 170.615 M. Das bedeutet für uns 4 1/2 Proz. Dividende, wobei zu berücksichtigen ist, daß das Brausteuergezet ja nur erst ein halbes Jahr seinen ungünstigen Einfluß ausübte.

Zu diesem uns auferlegten Opfer kommt nun als zweites die Wirkung des am 1. März in Kraft getretenen Zolltarifs. Die sehr verbreitete gewesene Annahme, daß die durch den Zolltarif eingetretene Erhöhung der Rohmaterialien vom Auslande und Inlande wenigstens je zur Hälfte getragen werden würde, ist in der Theorie nicht ganz unbedenklich zu sein, sie hat sich aber als tatsächlich unzutreffend erwiesen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß bereits in dieser Kampagne der ganze Zoll auf Berlin in voller Höhe von den Konsumenten allein getragen wird. Die besseren Verhältnisse sind im letzten Viertel des Berichtsjahres um 20 bis 30 Proz. pro Tonne gestiegen, wiewohl nach den amtlichen Feststellungen die Versteuern in Deutschland eine sehr gute gewesen ist, welche die des Vorjahres sogar um mehr als 189.000 Tonnen überstieg.

Die Brauereien haben die Versteuerung auf die Konsumenten abgewälzt. Trotz der angelegenen Mehrbelastungen gestattet das Vertriebsergebnis die Ausschüttung einer Dividende von 10 Proz.

Preisvereinbarungen in der Konservenindustrie. Eine größere Anzahl von Fabriken aus dem Verein Sächsischer Konservenfabrikanten, die die bedeutendsten Vertreter der Fruchtkonservenindustrie sind, haben dieser Tage in einer stark besuchten Versammlung in Ratzsch eine Preisconvention geschlossen.

Geschäftsberichte. Die Essener Kreditanstalt berichtet für 1906 8 1/2 Proz. Dividende. — Der Aufsichtsrat der Bergbaugesellschaft Rheinisch schlägt 10 Proz. vor gegen 80 Proz. im Vorjahre. — Die Bremer Holzmühle schlägt 7 Proz. Dividende vor gegen 9 Proz. im Vorjahre. — Die Norddeutsche Vorland-Zementfabrik Müßburg will 13 Proz. ausschütten, gegen 9 Proz. im Vorjahre. — In der Aufsichtsratsitzung des Norddeutschen Lloyd wurde beschlossen, die Dividende für 1906 auf 8 1/2 Proz. festzusetzen. Der Nettogewinn betrug 12.790.000 M. — Das Eisenwerk Wälfel in Hannover bringt 9 Proz. heraus, 8 Proz. im Vorjahre. — Von 8 auf 12 Proz. erhöht sich die Dividende der Rathenowhütte zu Rathenow. — Die Metallgesellschaft in Frankfurt hat den Schluß ihres Geschäftsjahres vom 1. Juli auf den 1. Oktober verlegt. Sie zahlt für das Vierteljahr Juli-Oktober 1906 nur — 25 Proz. Dividende.

Schiffahrtsabgaben. In Rammstein waren am 16. Februar die Vertretungen von 22 sächsischen Behörden, 24 Handelskammern und 4 wirtschaftlichen Verbänden zusammengekommen, um zu der Frage der Einführung von Schiffahrtsabgaben Stellung zu nehmen. Nach

Entgegennahme von Referaten der Professoren Laband und Gothein wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Jede auch noch so geringe Abgabe würde eine schwere Schädigung der Schiffahrt auf den natürlichen Binnenwasserstraßen zur Folge haben, denn in allen Verkehrsbeziehungen, wo die deutsche Binnenwasserstraßen mit anderen Beförderungswegen im Wettbewerb steht, würde sie der deutschen Schiffahrt Transporte entziehen und ihren Aktionsradius verkürzen.

Zu schärfstem Widerspruch würde auch die Form der geplanten Abgabenehebung nach Tonnenkilometern herausfordern, da sie das Schwerkraft der Belastung den oberen Stromgebieten aufbürden und dadurch einseitig Handel und Industrie dieser Gebiete und ihres natürlichen Hinterlandes in ihrer Wettbewerbs- und Ausführfähigkeit aufs empfindlichste schädigen würde.

Gegen diese Einführung von Abgaben überhaupt ist um so entschiedener Einspruch zu erheben, als diese ausgesprochenen Maßnahmen zur Durchführung agrarisch-industrieller und anderer wirtschaftspolitischer Absichten mißbraucht und der Verwaltung der maßgebliche Einfluß auf die Entwicklung des Gütertransportwesens nicht nur auf den Eisenbahnen, sondern auch auf den Wasserstraßen eingeräumt werden soll.

Die durch den Ausfall der Reichstagswahl in ihrem Machtbewußtsein gestärkte agrarische Mehrheit des Abgeordnetenhauses wird sich wenig um solche Proteste kümmern. Und sie hat die Regierung auf ihrer Seite, die sogar Previsionsmittel verwendet, um den Widerstand gegen die geplante — Reform zu brechen. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte ein Regierungsvertreter: Die Regierung stände auf dem Standpunkt des § 19 des Wassertrahengesetzes. Einen Widerspruch mit der Befassung könne sie in der Erhebung von Schiffahrtsabgaben nicht sehen (11), und sie werde bis zu ihrer Einführung keine weiteren Mittel zur Regulierung künstlicher Wasserstraßen in den Etat einstellen.

Das ist natürlich kein Terrorismus, das ist vom Agrarierturn diktierte — Diplomatie zur Stärkung der Konserbativ-liberalen Vereinigung.

Und immer wieder Preiserhöhung. Das Kohlenkontor erhöhte, wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, die Preise für Braunkohlenbricetts vom 1. April ab um 0,80 pro Tonne auf 12,80 M. ab Werk zur Lieferung bis 31. August d. J. und auf 12,80 M. zur Lieferung vom 1. September ab.

Lohnerhöhung. Ohne Streik hat der Aufsichtsrat der Rheinisch-Kassanischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft in Stolberg eine Lohnerhöhung von 50 Prozent durchgesetzt. Die Löhne sind von 40.000 auf 60.000 M. erhöht worden. Die Zulage wird mit dem enorm gestiegenen Gewinne der Gesellschaft begründet. Der Nettogewinn des letzten Jahres beträgt 3.321.000 M. Da dürfen die Arbeiter auch wohl auf eine kräftige Lohnaufbesserung rechnen?

Japan und die Zellulose-Fabrikation der Welt. Seit einiger Zeit hat eine ungeheure Preissteigerung des Kampfers, der in großem Umfange zur Zellulosefabrikation benutzt wird, stattgefunden. Dadurch sind die großen Zellulosefabriken, die sich hauptsächlich in Deutschland, England und Skandinavien befinden, in eine schwierige Situation gebracht, da sie zum großen Teil Lieferungen zu niedrigen Preisen übernommen haben, die ihnen bei dem hohen Stande der Kampferpreise keinen Gewinn mehr lassen. Kampfer wird fast ausschließlich auf Formosa gefunden, und seit der Eroberung der Insel durch die Japaner ist die Kampferernte vom Staate monopolisiert. Die Regierung hat seit langem große Quantitäten einbehalten, und vor kurzer Zeit selbst eine staatliche Zellulosefabrik errichtet. Da Japan in der Lage ist, das Rohmaterial zu einem außerordentlich billigen Preise zu erwerben und auch die japanischen Arbeitskräfte beträchtlich billiger als die europäischen sind, so sieht eine Konkurrenz für die europäischen Zellulosefabriken in Aussicht, die schwer zu bekämpfen sein wird, um so mehr als es den Japanern völlig freisteht, den Kampfermarkt eventuell gänzlich zu sperren.

Verfammlungen.

Die Konkurrenzklause, Modernes Elaventum im Handelsgewerbe, lautete das Thema einer öffentlichen Handlungsgeschäftsvorversammlung, die vom Zentralverband der Handlungsgeschäftlichen und Gehälfinnen Deutschlands einberufen war. Ueber 1000 Handlungsgeschäftlichen und Gehälfinnen waren diesem Aufe gefolgt und protestierten energisch gegen das Vorgehen der Firma A. Wertheim in gegen ihre Angestellten sowie gegen das rückständige Urteil des Berliner Kaufmannsgerichts in einem Prozeß, den die genannte Firma gegen eine Verkäuferin wegen Nichterhaltung der Konkurrenzklause angestrengt hat. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung führten die Referenten, Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann und Martin Meyer aus, daß die Konkurrenzklause, wie sie heute die größten Geschäfte ihren Angestellten auferlegen, diese Angestellten zu Sklaven degradiert. Den Angestellten wird bei Strafe verboten, während einer bestimmten Zeit seine Kenntnisse in einem ähnlichen Geschäft zu verwenden; er wird also um seine Erziehungsmöglichkeit gebracht. Noch viel verwerflicher aber ist dieses Vorgehen der Firma beim Verkaufspersonal, das absolut keine Geschäftsgeheimnisse kennt und auch nicht verraten kann. Die Weltfirma Wertheim aber, die in der Öffentlichkeit sich so gern als wohlthätige Firma aufspielt, hat sich nicht geschämt, gegen die betreffende Verkäuferin, die mit 80 M. entlohnt wurde, das Strafgezet zu beantragen. Das Gericht allerdings erkannte „nur“ auf eine Geldstrafe von 10 Mark pro Tag, bei einem Gehalt von 80 Mark pro Monat! Lebhafteste Proteste erhoben, als die Referenten die Rückständigkeit der Verkäuferin, die an diesem Urteil mitgewirkt hatten, geißelten. Der eine Chefbesitzer ist schon wiederholt vom Zentralverband bei Ueberstellungen der Sonntagsgesammlungen schreitend worden. Nach lebhafter Diskussion, in der von allen Rednern auf den Wert der Organisation hingewiesen wurde, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

Die am 18. Februar 1907 in Dräfels Festfäden tagende Versammlung von Handlungsgeschäftlichen und Gehälfinnen, einberufen vom Zentralverband der Handlungsgeschäftlichen und Gehälfinnen Deutschlands, Bezirk Berlin, Neue Anhalterstr. 36, erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. — Sie protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Art und Weise, in der die Firma A. Wertheim von der Konkurrenzklause Gebrauch macht. — Sie erklart in dem Verlangen, den Angestellten mit Haft bestrafen zu lassen, einen Versuch, eine neue Form der Leibeigenschaft einzuführen, der um so verwerflicher ist, als es für die Angestellten der Warenhäuser schon ohne Konkurrenzklause fast zur Unmöglichkeit geworden ist, in anderen Betrieben Stellung zu finden. — Sie verurteilt dies Benehmen der Firma A. Wertheim noch rückfichtlos, da diese Firma es gerade war, die sich bei Gelegenheit des Kampfes um die Warenhaussteuer in Eingaben und Flugblättern gegen diese Besteuerung, auf die für andere Betriebe vorbildliche Lage ihrer Angestellten berief, immer anführte, daß ihre Betriebe die besten Arbeitsbedingungen böten, und die sozialpolitischen Forderungen der Gegenwart im weitesten Umfange erfüllten. — Die Versammlung bedauert, daß eine Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts ein so rückfichtiges Urteil fällen konnte. Sie sieht darin einen Ansporn, bei den nächsten Wahlen der Weisheit zum Kaufmannsgericht dafür zu sorgen, daß nur solche Weisheit gewählt werden, die für die soziale Lage der Angestellten Verständnis haben. — Die Versammlung ersucht die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches unermüdet, nach dem Zusammentritt des Reichstages Schritte zu tun, die Konkurrenzklause für Handelsanwaltschaften vollständig zu beseitigen.

Leis- und Distriktsab „Zud-Ort“. Heute abend 8 1/2 Uhr Vortrag bei Toldsdorf, Göttingerstr. 68.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9079.

Donnerstag, 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der **Elektromonteur** und **Helfer**
Berlins und Umgegend

in Frankes Festsaal, Sebastianstr. 39. (Inh. Meier.)
Tages-Ordnung:
1. Unser Tarif. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
Da in Anbetracht der Wahlen unsere letzte Versammlung ausfallen mußte, ersuchen wir die Kollegen, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Achtung! Gürtler. Achtung!
Donnerstag, 21. Februar, abends 6 Uhr:
Versammlung
im Saale von **Bughenhagen**, Moritzplatz.

Tages-Ordnung:
1. „Was haben die Arbeiter von dem neu gewählten Reichstag zu erwarten?“ Referent Kollege **Wuschick**. 2. Diskussion. 3. Beschließen und Branchen-Reuwahlen.
Kollegen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß alle Kollegen erscheinen.

Sonntag, 24. Februar, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
in der „**Neuen Welt**“, Hasenheide 108-114.

Tages-Ordnung:
1. Neu- und Ergänzungsarbeiten für Angestellte im Bureau. 2. Weiterberatung der Anträge zum Verbandstag.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Kollegen! Im gleichen Zuge findet eine Flugblattverbreitung seitens der Partei statt. Wir ersuchen die hieran beteiligten Kollegen recht pünktlich zu sein, um auch noch früh genug zur Versammlung zu kommen.
Die Ortsverwaltung.

Engel-Ufer 15 **Gewerkschaftshaus** Engel-Ufer 15
Sonnabend, den 23. Februar 1907:
Großes Winter-Vergnügen
bestehend in einem
Gebirgs-Fest.
Arrangiert von den Gold- und Silberarbeitern.
Die Dekorationen zum Fest sind auf das eleganteste ausgeführt.
Anfang 9 Uhr. **Tanz in zwei Sälen.** Billetts 60 Pf.
Billetts sind zu haben bei F. Holtkamp, Büstenstr. 20; A. Becker, Prinzenstr. 81; A. Lohse, Galiläerstr. 10; E. Sommerfeldt, Prinzenstr. 4; E. Bauer, Bernburgerstr. 20.
Hierzu ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Einsetzer.
Veranstaltung der Firma **Sommerlatte-Stralau**
Donnerstag, den 21. Februar, abends 7 Uhr,
im Lokale von **Brüner**, Engel-Ufer Nr. 13.
Die Kollegen obiger Firma werden zu derselben hierdurch eingeladen.
Der Obmann.

Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands.
Ortsverein Berlin, Abt. I.
Den Mitgliedern zur Kenntnis! Am Donnerstag, 21. Februar, abends 8 Uhr, Kommandantenstr. 72:
General-Versammlung.
Tagesordnung ist dieselbe, wie die der am 31. Januar nicht stattgefundenen Versammlung.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Verein der föderierten Anarchisten.
Volks-Versammlung
Mittwoch, den 20. Februar 1907, abends 8 Uhr,
in Herrn **Bookers** Festsaal, Weberstraße 17.
Tages-Ordnung:
1. **Parlamentarismus und Generalfreie.**
Referent: Genosse **Rudolf Lange**.
2. Freie Diskussion.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Der Einberufer.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter u. -Arbeiterinnen Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin II.
„Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, II. Zimmer 13-17.
Mitglieder aus allen Branchen!
Donnerstag, den 21. Februar 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):
Ordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Mitteilungen. 2. Jahresberichte: a) Bericht des Vorstandes; b) Kassenbericht; c) Arbeitsnachweis-Bericht; d) Bericht des Bibliothekars. 3. Renouveau der inneren Ortsverwaltung. 4. Beschreibung über die Zusammensetzung der erweiterten Ortsverwaltung und eventuelle Wahl derselben. 5. Erledigung eventueller eingegangener Anträge. 6. Geschäftliches.
Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung erachten wir einen zahlreichen Besuch für selbstverständlich.
Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang der Versammlung voranzulegen. Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt.

68/4 **Die Ortsverwaltung Berlin II.**
Freie Volksbühne Charlottenburg.
Mittwoch, 27. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Verwaltungs- und Kassenbericht. Bericht der Redigoren.
2. Anträge des Vorstandes. (Erhöhung der Beiträge.)
3. Wahl der Funktionäre für das neue Geschäftsjahr.
4. Beschlußes.
Eintritt nur Mitglieder entgegen Vorzeigen der Karte gestattet.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.
Der Vorstand. J. H.: Witt.

Achtung, Steinseher!
Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, bei **W. Melchert**, Bergstraße 69:
Verbands-Versammlung
der Mitglieder der Filiale **Groß-Berlin I.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Schlichtungskommission über den Stand der Verhandlungen zur Neuordnung des Tarifs für 1907-1908 und Diskussion. 2. Bericht vom Verbandstag in Leipzig und Diskussion. 3. Wahl der Delegierten der Filiale Berlin I zur Konferenz der Provinz Brandenburg.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung. J. H.: Paul Schenke, Berlin O. 54, Gormannstr. 28 part., Amt III 1296.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Sektion der Brunnenbauer u. Hilfsarbeiter.
Donnerstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr:
Versammlung der Brunnenbauer u. Hilfsarbeiter
bei **Augustin**, Oranienstr. 103.
Tagesordnung: 1. Aufstellung und Beratung unserer diesjährigen Lohnforderung. 2. Wie betreiben wir am besten Agitation. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen sämtlicher Brunnenbauer und Hilfsarbeiter in dieser Versammlung erhofft.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Max Glienke.
Deine alte Mutter bittet um Deine Adresse. **W. Glienke**, Liegnitzerstr. 27, 3 Treppen. 15785

Masken-Garderobe
Karl Ernst,
Adenauerstr. 126, 1 Tr.
Gedrehte Auswahl!
Billigste Preise!
Bewerber dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.
H. Stutzflügel, enorm billig, event. Teilzahlung, schnell, b. 5 abds., 3. verf. Gerichte, 32, Dietrich.

Glück machen.
Ordentlichen, nüchternen Schlossern, Monteuren usw. geben wir schon bei geringer Anzahlung **Motorwagen** wodurch sie ein glänzendes Einkommen erzielen, besonders da jetzt die Fahrpreise um 1/2 erhöht ist. 175/18
Berliner Automobilhaus- und Industrie-Gesellschaft m. b. H., Berlin W., Uhlandstr. 170.

Möbel Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
eventuell auch auf Teilzahlung
Paul Burow's Möbel-Fabrik
Berlin SW., Lindenstraße 105.

Orts-Krankenkasse Barbiergewerbe zu Berlin.
Donnerstag, den 28. Februar, abends 10 Uhr, im Restaurant Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57:
Außerordentl. Generalversammlung
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Antrag auf Erweiterung des § 14 des Statuts. 3. Regelung der Anstellungsverhältnisse der Beamten. 4. Abänderung des § 58 des Statuts. 5. Kassenangelegenheiten.
Der Vorstand. 370/15
J. H.: Julius Langner, Vorsitzender.
Ersuchen ist ersuchen:
Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland.
Eine historische Darstellung an der Hand amtlicher und privater Untersuchungen und der Berichte der Fabrikinspektoren von 1861 bis in die heutige Zeit.
Von **R. A. Rasthmann**.
:: Autorisierte Uebersetzung von ::
R. Rasthmann.
Band 40 der Internationalen Bibliothek Preis broschiert 2,50 RM., gebunden 3,29.
erner empfehlen wir:
Sechzehn Jahre in Sibirien.
:: Erinnerungen eines russischen ::
Revolutionärs
von **Leo Deutsch**.
Mit 7 Porträts und 6 Illustrationen.
Preis broschiert 3 RM., gebunden 3,50 RM.
Expedition des „Vorwärts“
BERLIN SW. 69
Lindenstr. 69. Laden.
Goltzstr. 9 **Schöneberg**, Goltzstr. 9
Gustav Behrens Theater
früher Schönbörger Wintergarten.

Eröffnung Sonnabend, 2. März
mit einem erstklassigen Programm.
Zahnärztliche Klinik
Hellenhauserstr. 106 L
Zahnziehen unentgeltl.
Bei künstl. Zähnen, spez. Kronen- u. Brücken-Verarbeiten etc. werden nur die Ausgaben berechnet. 39209
Geöffnet 9-6, Sonntags 9-12 Uhr.
Hmit. untersucht, unverfälscht 1904er
Weiß- u. Rotwein 60 Pf.
pr. Lit. u. 62 Pf. pr. Gl. mit Glas.
Hälter u. 30 Lit., Kisten u. 12 Pf. an.
Produkte 6 weiß, 6 rot. Weinqualität.
Ed. de Waal & Sohn, Koblenz 88.
Waldenweg 12 (überm. Hohn), 60 Pf. mon. u. n. Sofn. frei, d. Zerstückl. I.



Erklärung
der sozialdemokratischen
Gegenwartsforderungen
Unter Mitarbeit von **Hugo Lindemann**, **Max Sählein**, **Friedrich Stamper** und **Klara Zetkin**
herausgegeben von
Adolf Braun
Preis 30 Pf. Porto 5 Pf.

8357L*
Inventur-Ausverkauf
Nur solange Vorrat:
Ein Posten
Wolltapis-Steppdecken.
Gr. ca. 135/195, Wert 4,95, jetzt 3,25
Gr. ca. 145/200, Wert 5,95, jetzt 3,90
Gr. ca. 160/200, Wert 8,—, jetzt 5,45
zum vollständigen Ausverkauf.
(Sim.-Handarb. 160/200 jetzt 6,35
Seide) doppelt jetzt 7,35
Einzelne Steppdecken
bedeutend unter Preis.
Tüll-Bettdecken,
weiß, creme, Bettgröße,
1,95, 2,15, 2,25, 3,35, 3,85, 4,25
etc.
Gardinen-Reste,
1-6 Fenster, ca. 25%, ermäßigt.
Fenster (2 Schals) 0,95, 1,15, 1,35,
1,85, 2,45, 3,35, 4,25, 5,50 etc.
Vorzieh-Gardinen,
1,48, 1,63, 2,15, 2,65 usw.
goldf. und rot
1,33, 1,98, 2,45, 2,65, 2,95, 3,35
usw.
Ca. 300 Fenster Portieren
in Tuch, Plüsch u. Velvatin
(2 Schals u. 1 Querbeh.)
3,35, 4,25, 4,85, 5,65, 6,25, 7,50,
8,25 etc.
Fehlerhafte Plüsch-Teppiche
in allen Größen zu fabelhaft
billigen Preisen, zu **10 Proz.**
extra Rabatt.
Plüschdecken
in allen Farben, solange Vorrat.
Stück 5,75, 6,25, 7,35, 8,25, 9,35.
Tuch-Tischdecken
1,68, 2,15, 2,75, 3,50 etc.
Weissenbergs
Teppich-Haus
Gr. Frankfurterstr. 125,
2. Haus v. d. Koppenstraße.
Nach auswärts per Nachnahme.

Achtung, Maurer!
Unterricht im deutschen Zeichnen, Berechnungen, Lohnberechnungen usw. Ausbildung zum Keller! Patentierung für Bauleitende! 15885
Maurermeister Karras
Lindenburgerstr. 24 I
(am Bahnhof Pankstraße).
Vorleh-Institut:
Friedrichstr. 115 I, a. Erbg.
Tor. Geg. Hand, Gehrod
1,50, Holz 1,00, Werte 50 Pf.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schnell, sauber, letzter,
von 20 Mark an. **Moritz Laband**,
Oranienburger Straße 4, I.

Suchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68. Lindenstraße 69.
Ziele und Wege
Erläuterungen
der sozialdemokratischen
Gegenwartsforderungen
Unter Mitarbeit von **Hugo Lindemann**, **Max Sählein**, **Friedrich Stamper** und **Klara Zetkin**
herausgegeben von
Adolf Braun
Preis 30 Pf. Porto 5 Pf.

Verlangt ausdrücklich:
Emmerlings Kinder-Nähr-Zwieback!
Zu haben in allen Nahrungsmittel-Geschäften!
a Paket (10 Stück 10 Pf. und 30 Stück 30 Pf. enthaltend)
Kgl. Preuß. Staatsmedaille! Ehrenpreis! Goldene Medaillen! 9/12*
General-Vertreter sowie ständiges Lager:
Johannes Jessen, Berlin N., Stolpische-Str. 22.

Die Parteiorganisation Groß-Berlins

hat im letzten Jahre erhebliche Fortschritte gemacht. In der konstituierenden Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine am 17. Dezember 1905 konnte der Vorstand berichten, daß 41 700 Mitglieder vertreten waren. Seit dieser Zeit ist an der inneren Ausgestaltung und Befestigung der Parteiorganisation eifrig gearbeitet worden. Die neue Organisationsform, die sich Groß-Berlin geschaffen hatte und die darauf beruhte, die Beratung und Entscheidung über innere Parteifragen nicht mehr der öffentlichen Parteiverammlung, sondern den organisierten und tätigen Genossen zuzuweisen, brachte naturgemäß eine größere Wertschätzung und Bedeutung der Wahlvereine mit sich. Diese immer mehr zu stärken und zu einem immer stärkeren Machtfaktor im politischen Leben auszugestalten, war stets die Sorge der leitenden Genossen. Hand in Hand mit diesem Bestreben ging andererseits, die in der politischen Bewegung Organisierten, gemäß den Parteitagsbeschlüssen, auch der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen, soweit dies etwa noch nicht der Fall war. Und nicht zuletzt galt es, dem Blatt der Berliner Arbeiterschaft, dem „Vorwärts“, neue Leser zuzuführen in der Erkenntnis, daß aus den Lesern unseres Blattes Anhänger und schließlich Kämpfer für unsere Sache werden. Um über die Ergebnisse dieser für unsere Sache so wertvollen agitatorischen Kleinarbeit eine positive Unterlage zu schaffen, wurde im verfloßenen Jahre vom Zentralvorstand der Beschluß gefaßt, eine Statistik aufzunehmen, die sich erstrecken sollte auf Alter und Beruf der Mitglieder, Dauer der Mitgliedschaft, Zugehörigkeit zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation, sowie Abonnementverhältnis zur Parteipresse. Zum Zwecke der Aufnahme dieser Statistik wurde am 23. Oktober ein Extrazahlabend abgehalten. Das Resultat dieses Extrazahlabends liegt nun vor. Es haben sich an dieser Statistik 53 080 Mitglieder beteiligt, die sich auf die einzelnen Kreise wie folgt verteilen: Es waren anwesend oder wurden später aufgeführt:

Table with 2 columns: Kreis, Mitglieder. Includes entries for 1. Kreis (530), 2. (8781), 3. (1721), 4. (11827), 5. (1174), 6. (13920), Nieder-Barnim (6780), Teltow-Beetzow (18447).

Nieht man in Betracht, daß in jedem Wahlkreise sicher mehrere hundert Mitglieder vorhanden sind, die bei dem nachträglichen Auffuchen nicht anzutreffen waren und infolgedessen nicht mit in die Statistik miteinbezogen werden konnten, so dürfte sich der effektive Bestand der politisch organisierten Genossen und zahlenden Mitglieder in Groß-Berlin sicher um mehrere Hundert vermehren.

Es ergibt sich demnach, daß sich die Mitgliederziffer der Wahlvereine Groß-Berlins vom 17. Dezember 1905 bis 23. Oktober 1906 um

mindestens 11 380 erhöht

hat. Dazu kommt aber, daß uns die im Dezember einsetzende Wahlbewegung noch einen weiteren erheblichen Zuwachs an Mitgliedern gebracht hat, der hoffentlich in dem der Generalversammlung des Verbandes am 21. April zu erstattenden Bericht zum zahlenmäßigen Ausdruck kommen dürfte.

Es kann offen ausgesprochen werden, daß noch in keinem Jahre vorher die Parteiorganisation in Groß-Berlin einen solchen Fortschritt zu verzeichnen hat, wie in dem oben näher bezeichneten Zeitraum. Die auf Stärkung der politischen Organisation gerichtete Tätigkeit hat gute Erfolge gehabt und berechtigt für die Zukunft zu den besten Hoffnungen. Die Stärkung der politischen Organisation, die Vergrößerung und Disziplinierung unserer Kerntruppen hat sich, als es galt, in den Kampf zu ziehen, vortrefflich bewährt; nur mit Hilfe unserer Parteiorganisation im Verein mit unserer Presse war es möglich, den Angriffen der Gegner im verfloßenen Wahlkampfe nicht nur erfolgreich zu begegnen, sondern auch neues Terrain zu erobern.

Nichtsdestoweniger dürfen wir uns aber nicht verheßen, daß uns noch viel zu tun übrig bleibt; ein Blick auf die bei der Wahl für Sozialdemokraten abgegebenen Stimmzahlen beweist uns das. Der günstige Erfolg der organisatorischen Tätigkeit der 10 Monate hat den Beweis geliefert, daß die Genossen Groß-Berlins sich auf guter Bahn befinden; arbeiten die Genossen in diesem Sinne weiter, so dürfte auch in der Zukunft der Erfolg sicher sein. Stärken wir unsere Mittel im Klassenkampfe, dann wird uns auch der endgültige Sieg zufallen müssen!

Partei-Angelegenheiten.

Zeigel. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, beim Genossen G. H. Schlichter, 7/8 Kurjus in Nationalökonomie. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation gelangte zunächst ein Antrag der Großen Berliner Straßenbahn auf Zustimmung zur dauernden Einrichtung des Oberleitungsbetriebes auf dem Potsdamer Platz zur Beratung. Die Deputation kam zu dem Beschluß, daß es vorzuziehen sei, die ganze Frage der Befestigung der noch vorhandenen Unterleitungsstrecken im Zusammenhang zu behandeln. Der Gesellschaft soll daher anheimgegeben werden, ihre Vorschläge und Wünsche auch bezüglich der anderen Strecken einzureichen.

Ein Antrag der Riegel-Transport-Klein-Gesellschaft betr. die Aufstellung eines Schuppens auf dem Radeinsel des Urbanhafens zur Unterstellung eines elektrischen Automobils wurde gegen eine jährliche Anerkennungsgeldgebühr von 400 M. genehmigt.

Bezüglich des geplanten Ojens am Stralauer Anger haben die auf Wunsch der Stadtverordnetenversammlung wiederholt mit den Staatsbehörden geführten Verhandlungen das Ergebnis gezeitigt, daß jetzt der Stadt die benötigten Spreeflächen statt zum Preise von 40 M. für 20 M. pro Quadratmeter überlassen werden sollen, daß der Staat dagegen auf das ihm zustehende Viertel der zu erhebenden Gebühren und Liegegelder nicht verzichtet. Der Stadtverordnetenversammlung wird von diesem Resultate der Beratungen Mitteilung gemacht werden; auch sollen die städtischen Behörden ersucht werden, Vorkehrungen

zu treffen, daß die Stadt vom 1. April ab über die benötigten Flächen verfügen kann.

Die Omnibus-Gesellschaft hat sich mit dem in der vorigen Sitzung bezüglich der Tarife für die Motorwagen gefaßten Beschluß einverstanden erklärt. Nach diesem Beschluß darf die Gesellschaft für Strecken über 3000 Meter einen Tarif von 15 Pf. für die Motorwagen erheben, während bis zu 3000 Meter für 10 Pf. gefahren werden muß. Da die von der Gesellschaft als Teilstrecken gewünschte Verbindung zu Hauptverkehrsstraßen in einigen Fällen unter 3000 Meter bleiben, während in anderen diese Wege über 3000 Meter überschreiten wird, lag der Deputation in der gestrigen Sitzung ein von der Gesellschaft aufgestellter Plan der Teilstrecken zur Genehmigung vor. Nach eingehender Beratung wurden an diesem Plan einige Abänderungen vorgenommen und dem so geänderten Plan die Zustimmung erteilt.

Vor einigen Monaten hatte die Verkehrsdeputation beschlossen, der Großen Straßenbahngesellschaft die Einstellung der Linie 68 von der Frankfurter Chaussee (Hundertstraße) über Alexanderplatz-Stettiner Bahnhof nach der Seestraße aufzugeben. Der Gesellschaft hatte es beliebt, in krasser Vertragsverletzung von der geschlossenen Einigung dieser Linie der Verkehrsdeputation einfach Kenntnis zu geben, während sie nach dem Vertrage die Genehmigung zum Betrieb einer jeden neuen Linie einzuholen hat und dieser Praxis auch während der ganzen bisherigen Vertragsdauer nachgekommen war. In ihrem ersten Antwortschreiben hatte die Gesellschaft erklärt, daß sie den von der Verkehrsdeputation eingenommenen Standpunkt nicht anerkenne. Die Linie 68 sei keine neue Linie, sondern nur die Verlängerung einer schon bestehenden. In einer solchen Verlängerung brauche sie die Genehmigung der Verkehrsdeputation nicht. Wenn sie bisher auch in solchen Fällen die Genehmigung eingeholt habe, so habe sie damit etwas getan, wozu sie nicht verpflichtet gewesen sei, und was in der Folge zu tun sie ablehne.

Die Verkehrsdeputation legte darauf noch einmal ihren Rechtsstandpunkt dar. § 33 Absatz 1 des Vertrages bestimmt ganz generell und ohne Einschränkung: „Der Fahrplan unterliegt der Zustimmung des Magistrats.“ In § 33 Absatz 2 werden dann eine Reihe von Vororten aufgeführt, für die vertraglich der Fahrplan festgelegt wird. Die von der Gesellschaft angezogene Bestimmung des § 33 Absatz 3: „Zu einer Veränderung, die eine Verklärung der Linie des jeweiligen Fahrplans mit sich bringen würde, ist die Zustimmung des Magistrats erforderlich“ könne dem Sinne, der Stellung und der Entstehungsgeschichte nach nur auf § 33 Absatz 2 bezogen werden. Es solle durch diese Bestimmung eben lediglich verhindert werden, daß der im Interesse von Groß-Berlin eingeführte Fahrplan verklärt und so der 10 Pfennig-Tarif durcheinander werde. Reinesfalls aber könne aus dieser Bestimmung das Recht hergeleitet werden, wie die Gesellschaft das nunmehr wolle, die generelle Bestimmung des Absatz 1 zu umgehen und im Weichbild der Stadt auch Verlängerungen der jeweils betriebenen Linien ohne Zustimmung des Magistrats vorzunehmen. Ebenso wie zu Verlängerungen sei auch zu den Verlängerungen von Linien nach § 33 Abs. 1 die Zustimmung des Magistrats erforderlich. Was den speziellen Fall der Linie 68 betreffe, so sei die Behauptung, die neue Linie sei nur die Verlängerung einer schon bestehenden, schon aus dem Grunde falsch, weil die neue Linienführung gegen früher Abweichungen aufweist.

In ihrem letzten Antwortschreiben gab die Gesellschaft nun zu, daß die neue Linie 68 nicht als eine bloße Verlängerung der früheren anzusehen sei und bittet um die Genehmigung der neuen Linie, welche erteilt wurde. Dagegen hält die Gesellschaft an ihrem auf § 33 Absatz 3 gegründeten Rechtsstandpunkt fest und überreicht zur Bekräftigung dieses Standpunktes Abschriften der beim Polizeipräsidenten beantragten Fahrplanänderungen für die Linien 80, 88 und 85 zur Kenntnisnahme.

Nach längerer Beratung beschloß die Deputation, unter Wahrung und wiederholter Betonung ihres Rechtsstandpunktes die Genehmigung für die neuen zweckmäßigen Fahrplanänderungen zu erteilen.

Der Etat der Reichshauptstadt.

Der Haushaltsvoranschlag für das Etatsjahr 1907 ist jetzt im Rathaus fertiggestellt worden. Er balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 147 534 411 M., das sind gegenüber der Endsumme des Etats für 1906, die sich auf 153 467 640 M. belief, rund 6 Millionen weniger. Daraus darf aber nicht geschlossen werden, daß die Einnahmen gegenüber dem Vorjahre geringer veranschlagt sind. Im Gegenteil: sie sind mit über 9 1/2 Millionen Mark höher in Anspruch gebracht. Die Verringerung ist im wesentlichen dadurch begründet, daß im Kapitel Bauwesen 10 1/2 Millionen weniger gegenüber dem Etat für 1906 in Anspruch gebracht sind, die zu einem Teil aus Anleiheemitteln genommen werden. Im Hauptteil figurieren die Etats der städtischen Werke nur mit ihren Ueberschüssen. Rechnet man ihre Spezialerlöse hinzu, so stellt sich der Bruttoetat auf fast das Doppelte, etwa 270 Millionen.

Nachdem so die Balance hergestellt ist, dürfte auch in diesem Jahre wie in den Vorjahren die Gemeindesteuer auf 100 Proz. festgesetzt werden.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 21. Februar d. J., nachmittags 5 Uhr. Vorschläge des Ausschusses für Petitionen. — Berichterstattung über die Vorlagen, betreffend: Einstellung erhöhter und neuer Zuwendungen in den Spezialetat 49 für 1907, — und den Ankauf eines Schulgrundstücks an der Centerstraße. — Berichterstattung des Ausschusses für Rechnungssachen. — Berichterstattung über die Anträge von Mitgliedern der Versammlung, betreffend: die Beschaffung pp. von zwei Automobilen für Zwecke der städtischen Verwaltung, sowie die Anschaffung von Fahrzeugen auf den Straßenbahnen für die Mitglieder der beiden städtischen Behörden. — Vorlagen, betreffend: die erfolgte Bauabnahme des neuen Andreas-Realschulsaals in der Kopenicker 75/76, — den Etat der Straßenverwaltung der städtischen Werke — und den Abschluß eines Kaufvertrages über ein Grundstück in Ladohof. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend: schnellere Befestigung der Schneemassen bei größeren Schneefällen. — Vorlagen, betreffend: die Anlegung einer Gartenanlage auf dem Comeniusplatz, — die Niedererschlagung von Beträgen der Drechslerinnung auf die Unterhaltungskosten der Berliner Tischlerschule, — Abänderung der Fluchtlinien an der Ecke der Neuen Friedrich- und Stralauerstraße aus Anlaß des Neubaus des Verwaltungsgebäudes der städtischen Gaswerke, — den Bau der beiden nördlichen städtischen Straßenbahnlinien sowie die nachträgliche Bewilligung eines vorläufigen zur Verfügung gestellten Betrages von 10 000 M. für die Kosten weiterer Vorarbeiten, — die Abänderung der Straßenanlage behufs Verlängerung der Pultstraße über den Bahnhof Moabit bis zur Straße 30, Abteilung VIII des Bebauungsplanes, sowie zur Festsetzung einer Fluchtlinie vor der Einmündung der abzuändernden Verlängerung der Pultstraße in die Straße 30 — und die Erbauung einer Ueberführung der verlängerten Pultstraße über den Bahnhof Moabit und einer im Zuge der Höpferstraße über den Spandauer Schiffbrückenkanal führenden Straßenbrücke. — Berichterstattung über die Vorlage, betreffend die anderweitige Festsetzung der Befoldungsverhältnisse des Lehrpersonals in den Gemeinderschulen. — Berichterstattung über die Petition der Aufsicht der städtischen Straßenreinigung um Aufbesserung ihres Gehalts, Festsetzung eines Kleidergeldbetrages und Einführung eines periodisch wiederkehrenden dienstfreien Tages. — Vorlagen, betreffend: die Erhöhung des Kammerunterstützungsfonds — die Errichtung geschlossener Armenhäuser, — den Anfluß des Wasserwerks Rüggesee an die Kanali-

sation der Gemeinde Friedrichshagen, — den Uebergang des Grundstücks Eichenstr. 74 in die Verwaltung der Deputation für die höheren Schulen, — die Errichtung zweier Stellen für Oberbrandinspektoren bei der Berliner Feuerwehr und die Aufbesserung der Gehälter ihres Exekutivpersonals, — den Ankauf des Grundstücks Melchiorstr. 20 zum Zwecke der Erweiterung der Werkstatt der städtischen Wasserwerke, — die Erniegung eines Teils des Inselsteigergrundstücks, — den freihändigen Erwerb des Grundstücks Gartenstr. 92, — die Lösung von Kaufverträgen, — die Errichtung von Bauleistungen auf den städtischen Pflanzgütern, — die in der Etat für 1907 aufzunehmenden neuen oder abgeänderten Gehaltslisten, — die Auswahl der Neu- und Umpflasterungen für das Rechnungsjahr 1907, — die Verlegung eines Rohrstranges durch das Gelände im Nordosten des Weichbildes zur Verbesserung der Wasserzuführung der nördlichen Hochstadt, — die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen im Etatsjahr 1907 — und die Festsetzung der Etat: des städtischen Viehmarktes, des städtischen Schlachthofes und der städtischen Fleischbeschau auf dem Schlachthofe für das Etatsjahr 1907.

Die Beschwerden der Bahnsteigschaffner über mangelnden Schutz gegen die Kälte haben den Minister der öffentlichen Arbeiten veranlaßt, den Erlaß vom 6. Juli 1903 in Erinnerung zu bringen, nach welchem die Verabfolgung von Winterschuhschleibern an die Bahnsteigschaffner usw. genehmigt worden ist. Der Minister erwartet, daß von dieser Ermächtigung überall da, wo es die klimatischen oder örtlichen Verhältnisse erfordern, aus reichend Gebrauch gemacht und insbesondere auch dafür gesorgt werde, daß die Füße hinreichend gegen die Kälte geschützt sind. Auch durch zweckmäßige Bauart und Aufstellung der Schaffnerhäuschen sollen die Beamten nach Möglichkeit gegen die Unbilden der Witterung geschützt werden.

Was nützen alle Hinweise auf Bestimmungen, wenn nicht danach verfahren wird und die Bahnsteigschaffner nach wie vor frieren müssen.

Die Nachricht des „Berl. Tagebl.“, daß die Assistenzärzte in den Berliner Krankenanstalten streiken wollen, wird magistrats-offiziös als unrichtig erklärt.

Ein ganz bezeichnendes Kuriosum aus der neuen Berliner Gerichtsorganisation schildert ein Teilnehmer in den „Bl. für Rechtspf.“ ausführlich. Ein hiesiger Anwalt hatte einen Kaufmann K., der in dem Hause Hammerstr. 17 wohnt, zu verklagen. Aus dem Straßenscheidnis ernahm er, daß die Häuser Hammerstr. 13-20 zur Gemeinde Deutsch-Wilmersdorf gehörten und das zuständige Amtsgericht das Amtsgericht Charlottenburg sei; hierbei hatte er aber übersehen, daß diese Häuser der Hammerstraße mit einem Sternchen versehen sind, was ihre Zugehörigkeit zu verschiedenen Gemeindebezirken andeutet. In der Tat sind, wie er nachträglich ermittelte, diese Häuser auch als zum Gemeindebezirk Schöneberg und zum Amtsgericht Berlin-Schöneberg gehörend verzeichnet. Auf die beim Amtsgericht Charlottenburg angehängte Klage hat der Beklagte die Einrede der örtlichen Unzuständigkeit erhoben, indem er ausführte, daß er in dem Vorderhause des Grundstücks Hammerstr. 17 wohne und dieser Teil des Grundstücks in der Gemeinde Schöneberg liege, während nur das hintere Gartenhaus und der hintere Hof auf dem Gebiete der Gemeinde Deutsch-Wilmersdorf liege. Die angerufene Polizeibehörde zu Schöneberg erteilte die Auskunft, daß K. im Vorderhause wohne und wie die sämtlichen anderen Mieter des Hauses in Schöneberg gemeldet sei, während das Einwohnermeldeamt zu Deutsch-Wilmersdorf eine der Behauptung des K. entsprechende Auskunft erteilte, wonach das Haus Hammerstr. 17 in der Tat auf zwei Gebieten liege. Um nun ganz sicher zu gehen, hat der Anwalt das Katasteramt zu Schöneberg um Auskunft, welche Teile des Hauses zu Schöneberg und welche zu Deutsch-Wilmersdorf gehören. Ihm wurde der Bescheid, daß die auf dem Grundstück befindlichen Gebäude in der Katasterkarte nicht eingetragen seien, weshalb nicht festgestellt werden könne, ob das Gartenhaus auf Wilmersdorfer Gebiet stehe. Es wurde dem Anwalt anheimgegeben, die Zugehörigkeit der Gebäude zu beiden Gemeinden aus den Akten der Polizeidirektion in Schöneberg und der Polizeibehaltung in Wilmersdorf feststellen zu lassen. Inzwischen hatte der Anwalt gegen Rücknahme der Kosten in Höhe von 750 M. auf sein Ersuchen von dem Gemeindevorstand zu Deutsch-Wilmersdorf eine beglaubigte Abschrift von dem amtlichen Lageplan erhalten und daraus ersehen, daß der von ihm verklagte im Vorderhause wohnte und ohne seine Zustimmung beim Amtsgericht Charlottenburg nicht verklagt werden dürfte. Die bei diesem Gericht angehängte Klage wurde daher zurückgenommen. Bei der Betrachtung des Lageplans priest der Anwalt sein Schicksal, daß ihm bisher noch nicht der Auftrag zuteil geworden war, einen der Mieter des Seitengebäudes des Gartenhauses Hammerstr. 17 zu verklagen. Hier hätte er wirklich nicht gewußt, bei welchem Amts- oder Landgericht die Klage anhängig zu machen wäre. Denn das Amtsgericht Schöneberg gehört zum Bezirk des Landgerichts II, das Landgericht Charlottenburg aber zu Berlin III und die Mieter des Seitengebäudes des Gartenhauses wohnen hier offenbar zum Teil auf Schöneberger, zum Teil auf Wilmersdorfer Gebiet. Welches Gericht, so muß gefragt werden, ist nun für die in diesem Seitengebäude wohnhaften Mieter zuständig? Das Gericht, in dem das sogenannte Wohnzimmer, oder das Gericht, in dem das Schlaf- oder Speisezimmer liegt?

Eisbruch wird bereits von der Oberspreew gemeldet. Das plötzlich eingetretene Tauwetter, verbunden mit dem orkanartigen Stürmen hat die bis zu einem Fuß starke Eisbede auf den Seen der Oberspreew nicht nur weich und morstig gemacht, sondern verschiedentlich auch Risse in dem Eise herbeigeführt. Durch das ununterbrochene Steigen des Wasserlaufes wurde die Eisbede gehoben, und auf vielen Stellen trat Eisbruch ein. Durch den hohen Wellengang wurden die Eisschollen durcheinander getrieben, so daß sie für die an den Ufern liegenden Schiffe eine erhebliche Gefahr bedeuten. Auf dem Rüggesee hat das Eis dem Wasserdruck Stand gehalten, doch ist die Fläche derartig locker, daß ein Betreten derselben nicht mehr möglich ist und auch hier die Eisbewegung bereits in den nächsten Tagen erwartet wird. In dem unteren Spreelauf sind die Wasserfluten in der Zeit vom Montag bis zum Dienstag morgen 8 Uhr um sieben Zentimeter gestiegen. Es ist hier, da ohnehin schon hoher Wasserstand vorhanden war, Hochwasser eingetreten. Da aber auch aus dem Gebiet der Oberspreew eine starke Schneeschmelze und ununterbrochenes Steigen des Wasserstandes gemeldet wird, dürfte mit starkem Hochwasser gerechnet werden.

Um weiteren Verwüstungen des Grundwalbes vorzubeugen, ist von verschiedenen Seiten die Gründung eines Zweckverbandes angeregt worden, der Aussicht hat, zustande zu kommen.

Gefohlene Fuhrwerke. In der Kirchstraße ist gestern ein dreierter Diebstahl verübt worden. Vor dem Grundstück Nr. 11 hatte ein Gespann der Weinhandlung von Kempinski in der Leipzigerstraße gehalten. Raub hatte der Fuhrer dem Wagen den Hüden gefodert, so sprang ein junger Fuchse auf den Hof hinauf, ergriff die Sägel und jagte mit den Pferden davon. Er wurde sofort verfolgt, entkam jedoch mit seiner wertvollen Beute. — Vor der Charité wurde gestern ein mit 80 Broten beladener Wagen gestohlen. Der Fuhrer der Brotfabrik „Wilhelma“ hatte in der Charitéstraße Brot abgeliefert und als er wieder auf die Straße zurückkam, war das Fuhrwerk spurlos verschwunden. Ein dreierter Wagenmarder hatte es während der kurzen Abwesenheit des Fuhrers gestohlen.

Das Sommerhalbjahr der städtischen Hochschule in der Dunderstr. 65/66 beginnt am Montag, den 8. April, und schließt am Montag, den 30. September. Der Unterricht findet wöchentlich an zwei Vormittagen von 8½ bis 1½ Uhr statt. Die Ferienzeiten stimmen mit denen der städtischen Fortbildungsschulen überein. Das Schulgeld beträgt für das halbe Jahr 4 M. Höhere Auskünfte wird ausschließlich der Ferien Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends von 2 bis 3 Uhr in der städtischen Hochschule Dunderstr. 65/66 erteilt. Zu gleichen Zeiten werden dort Anmeldungen entgegengenommen.

Unter dem Verdacht, den Einbruch in das Bureau der Arbeiter im Gewerkschaftshaus begangen zu haben, ist in Straßburg ein aus Berlin zugereister Schlosser verhaftet worden. Ob sich der Verdacht bestätigt, muß die Untersuchung ergeben.

Verbrannt. Einen traurigen Tod hat der 56 Jahre alte Chemiker Felix Oßra, Hohenzollernplatz 21, gefunden. O. war abends im Begriff gewesen, sich schlafen zu legen, als er plötzlich von einem Asthmaleiden, an dem er schon längere Zeit kränkelte, heimgefußt wurde. Er stürzte zu Boden und rief beim Fallen die auf der Kommode stehende Nachtlampe mit um. Während der Bedauernswerte besinnungslos auf dem Fußboden lag, wurde seine Kleidung in Brand gesetzt und bald hatte sich das Feuer über den ganzen Körper hinweg verbreitet. Als die Wirtin einige Zeit später das Zimmer betrat, fand sie ihren Herrn tot auf. Die linke Körperseite des Unglücklichen war inzwischen vollständig verkohlt.

Wenigere Zusammenstöße im Straßenbahnverkehr, bei welchen verschiedene Personen verunglückt, werden vom Montag gemeldet. An der Ecke der Posten- und Fährbringerstraße bog ein Geschäftswagen der Großdehlfabrik von Jensen, Kottbusser Damm, unmittelbar vor einem Straßenbahnwagen der Linie 39 auf das Gleis und wurde angefahren. Der Kutscher Eduard Quebnau stürzte auf das Straßenpflaster, erlitt jedoch glücklicherweise nur leichtere Verletzungen. Der Dehlfabrikswagen wurde umgeworfen, der Straßenbahnwagen nur leicht beschädigt.

An der Ecke der Brunnen- und Nägernerstraße fuhr ein Straßenbahnwagen der Linie 35 auf den an der Haltestelle stehenden Straßenbahnwagen der Linie 36 auf. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß die Fahrgäste von ihren Sitzen geschleudert wurden. Acht Personen meldeten sich bei dem Betriebspersonal als verletzt; sie klagten über Schmerzen. Der Rotortwagen Nr. 1364 und der Anhängewagen Nr. 2506 wurden derartig beschädigt, daß sie außer Betrieb gesetzt werden mußten.

Ein Zusammenstoß eines Kohlenwagens der Firma Ritsch u. Sohn mit einem Straßenbahnwagen der Ringlinie 3 erfolgte an der Ecke der Raaben- und Kollendorferstraße. Durch den Anprall wurden der Kutscher und seine Mitfahrer auf die Straße geschleudert. Der Kutscher Egidius erlitt Verletzungen am rechten Fuß und rechten Arm, der Mitfahrer Lüdemann Verletzungen an der rechten Kopfseite und Kontusionen an der linken Hand. Der Mitfahrer Opella trug eine Quetschung des rechten Knies davon. Die drei Verunglückten erhielten auf der Unfallstation die erste Hilfe. Von dem Straßenbahnwagen wurde der Vorderperson eingedrückt, bei dem Kohlenwagen die Deichsel zerbrochen.

In ähnlicher Weise erfolgte ein Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens der Linie 38 mit einem Automobil der Schlosserei Schöneberg in der Spandauer- oder Kleine Poststraße. Durch den Anprall wurde das Automobil zur Seite geschleudert und flog gegen eine Anschlagssäule, die umgerissen wurde. Personen wurden nicht verletzt.

Die Boxerkämpfe im Zirkus Busch polizeilich verboten. Wegen mehrfach vorgekommener Übergriffe der Kämpfenden, vor allen Dingen in Rücksicht auf die auch von uns geringen Ausschreitungen der Boxerkämpfer am Sonnabend, wobei es wiederholt zu Verletzungen kam, wurden die Boxerkämpfe im Zirkus Busch von der Polizei untersagt.

Arbeiter-Samariterkolonne. Donnerstagsabend 9 Uhr 3. Abteilung für Schöneberg und Umgebung bei Obst. Weiningerstr. 8. Vortrag über: „Gefahrdrohende Krankheitszustände“. Vortragender Herr Dr. Schwab. Nach dem Vortrage praktische Übungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Der Polizeipräsident erläßt folgende Warnung: Es wird wiederholt davor gewarnt, Mietsverträge über Räume in neu erbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu der die von der Ausfertigung des Rohbauabnahme-Scheines ablaufende Frist von sechs Monaten für die Gebrauchsnahmeprüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizeibehörde vor Ablauf dieser Frist das Verziehen der fraglichen Räume nicht dulden und nach den gesetzlichen Bestimmungen auch nicht dulden können. Die Polizeibehörde werden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den vorausgesetzlichen Termin der Verziehbarkeit von Wohnungen in neuen bzw. umgebauten Häusern bereitwillig Auskunft erteilen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der Haushaltsplan der Stadt Schöneberg, mit dem sich die Stadtverordnetenversammlung gegenwärtig beschäftigt, schließt ab mit circa 16¼ Millionen Mark, das ist ungefähr 1½ Millionen Mark höher als im Vorjahre. Hiervon entfallen auf die ordentliche Verwaltung 8 992 770 M. Ueberschüsse bringen folgende einzelne Einnahmen, und zwar der Steueretat 4 651 729 M. (4 706 716 M. im Vorjahre), der Grundsteueretat 35 150 M. (15 800 M.), der Verkehrsstat 11 780 M. (58 753 M.) und der Friedhofstat 27 218 M. (30 206 M.) Außer in dem Grundsteueretat sind also die Ueberschüsse geringer geworden wie im vergangenen Jahre. Im Steueretat ist der geringere Ueberschuss jedoch nur rechnungsmäßig, weil in den Ausgaben desselben in diesem Jahre der von der Stadtgemeinde zu übernehmende Fehlbetrag für die Kosten der Kanalisation in der Höhe von 230 793 M. neu eingestellt ist. In Wirklichkeit ist also auch hier die Einnahme eine höhere geworden. An Zusüssen erfordern der Etat der allgemeinen Verwaltung 1 288 517 M. (im Vorjahre 1 224 373 M.), die Schulleisten 1 288 310 M. (1 118 974 M.), der Armenetat 245 840 M. (236 143 M.), die Bauetats 155 437 M. (1 057 555 M.), der Verschönerungsstat 87 970 M. (75 820 M.), das Feuerlöschwesen 170 824 M. (155 730 M.), der Wohlfahrtsstat 85 000 M. (60 893 M.), der Etat der Volkshochschule 21 200 M. (19 000 M.), der Etat der Desinfektionsanstalt 11 260 M. (7 564 M.) und der Krankenhausstat 239 805 M. Neu hinzugekommen ist der Etat der Volkshochschule, der in Einnahme und Ausgabe mit 11 500 M. abschließt. Die Volkshochschule soll bekanntlich zum 1. April eröffnet werden.

Die außerordentliche Verwaltung erfordert im kommenden Jahre 7 227 336 M., ungefähr dasselbe wie im Vorjahre. Von dieser Summe entfallen auf Baukosten für höhere Schulen 11 Millionen schon 2 020 000 M., dagegen an Baukosten für Gemeindeschulen nur 862 000 M. — Für den Neubau des Rathauses ist die erste Rate in der Höhe von 458 000 M. und für den Bau eines Armen- und Siechenhauses die Summe von 245 000 M. eingezahlt.

An Steuern sollen im nächsten Jahre erhoben werden: 100 Proz. Zuschlag zur Staatsinkommensteuer. Die Gemeindegrundsteuer ist festgesetzt auf 2,25 pro Mille des gemeinen Wertes der bebauten und ungebauten Grundstücke, die Gewerbesteuer auf 150 Proz. der staatlich veranlagten Beiträge in Klasse I und II und auf 100 Proz. in Klasse III und IV. Die Umsatzsteuer für verarbeitete Grundstücke soll betragen 1 Proz. für bebauete und 2 Proz. für unbebaute Grundstücke. Die Hundesteuer soll von 20 M. auf 30 M. pro Jahr erhöht werden.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung nahm die zweite Beratung des Etats ihren Anfang. Zugestimmt wird ohne wesentliche Debatte dem Etatsgesetz, der eine Erhöhung

von 4533 M. bringt, ebenso dem Etat der Volkshochschule, der in Einnahme und Ausgabe mit 11 500 M. abschließt, ferner dem Friedhofstat mit einer Einnahme von 48 335 M. und einer Ausgabe von 21 137 M. und dem Etat der Volkshochschule und Volkshochschule mit einer Einnahme von 870 M. und einer Ausgabe von 2 070 M.

Sodann wandte sich die Versammlung der Magistratsvorlage betr. Umwandlung der Knabenmittelschule in eine achtstufige Anstalt. In der Vorlage wird verlangt, den dreistufigen Unterbau in einen vierstufigen zu verwandeln, dessen Lehrplan im allgemeinen nach dem der vier untersten Klassen der Volksschulen einzurichten ist. Stadtv. Jöbel wendet sich gegen diese Aenderung. Eine derartige Reorganisation sei ein Schlag ins kalte Wasser. Wenn man der Mittelschule helfen wolle, dann soll man die drei untersten Klassen ganz auflösen und lieber den oberen Klassen eine neue hinzufügen. Im übrigen hält Redner die Mittelschulen nicht für lebensfähig, sie bilden nur Untergrundstätten für Schüler, die auf höheren Schulen nicht vorwärts kommen. Auch wird in einzelnen Fächern weniger gelehrt als in Volksschulen. Stadtv. Seele wünscht die Erhaltung und den Ausbau der Mittelschule. Man muß den Eltern Rechnung tragen, die ihre Kinder nicht in die Volksschulen schicken wollen und Rücksicht nehmen auf deren Wünsche und Bedürfnisse. Auch im eigenen Interesse der Mittelschullehrer müsse diese Schule erhalten werden. Die Stadtv. Kunze und Schüler halten den vorgeschlagenen Ausbau der Schule ebenfalls für unbedingt notwendig. Stadtv. Küter (Soz.) betont, daß die übergroße Mehrheit der Bürgerschaft gegen das Weiterbestehen der Mittelschule sei, auch die Majorität in der Stadtverordnetenversammlung sei nur eine knappe gewesen. Die Ueberweisung der besten Schüler der Volksschule nach der Mittelschule ist ein Fehler; die betreffenden Schüler werden dadurch von den schlechtesten Schülern der Mittelschule in ihrem Lernen zurückgehalten. Wollte man für die minderbegabten Schüler der höheren Schulen etwas tun, so schäde man dieselben nach der Volksschule, damit sie dort in ihrem Lernen mitgerissen werden. Die Mittelschule solle man jedoch auflösen. Stadtv. Wagnan (Soz.) tritt den Ausführungen der Referenten der Mittelschule entgegen, in denen offen ausgesprochen wurde, daß die Mittelschule den Charakter einer Ständeschule trägt und lediglich aus diesem Grunde erhalten werden soll. Der Besuch der Schule sei ein sehr geringer, ein Beweis, wie wenig Interesse für die Erhaltung derselben vorhanden ist. Auch wegen Erteilung von fremdsprachlichem Unterricht brauche die Schule nicht bestehen. Es wäre viel nützlicher, in der Volksschule mit Erteilung von fremdsprachlichem Unterricht vorzugehen. Redner beantragt, die Magistratsvorlage abzulehnen. Stadtv. Vinicus wendet sich gegen die Sozialdemokraten, die sich nur von der Absicht leiten lassen, den Mittelstand zu verschlingen. Der Mittelstand hat ein Recht darauf, seine Kinder in eine eigene Schule unterzubringen und von diesem Verlangen werde man sich nicht abbringen lassen. Stadtv. Götzeiner kann sich ebenfalls mit dem Vorschlag des Magistrats nicht befreunden; er beantragt, das Schulgeld in der Realschule lieber herabzusetzen, um dadurch die Mittelschule überflüssig zu machen. Stadtv. Jöbel wünscht vom Stadtv. Vinicus Aufklärung darüber, wer zum Mittelstand gehöre. Er wisse, daß sich gewisse Gutsherren zu den Proletariern rechnen, während die Arbeiter auf diesen Gütern dem Mittelstande zugerechnet werden. Stadtv. Obst (Soz.) tritt den Ausführungen des Stadtv. Vinicus entgegen. Es sei unklar, daß es die Sozialdemokratie ist, die den Mittelstand zugrunde richte. Das besorge allein die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise. Die Mittelschule hält Redner für überflüssig, sie erzeuge nur eine Halbgebildung und pflanze einen gewissen Dünkel in die Köpfe dieser Schüler. Man helfe lieber die Volksschulen weiter auszubauen und dafür sorgen, daß den gut lernenden Kindern Gelegenheit gegeben ist, die höheren Schulen kostenlos zu besuchen. Stadtv. Küter (Soz.) wendet sich ebenfalls noch gegen den Stadtv. Vinicus, in dessen Ausführungen eine heillose Verwirrung eingetreten sei. Wo lauft denn der Arbeiter? Bei den kleinen Geschäftsleuten! Und woher beziehen die Beamten und das reichere Publikum ihre Waren? Aus den größeren Geschäften! Also komme man nicht damit, daß die Arbeiter es seien, die den Mittelstand verschlingen.

Ein Antrag auf nochmalige Ausdehnung wird abgelehnt. In namentlichen Abstimmungen werden dann weiter abgelehnt, der Antrag Jöbel, die drei untersten Klassen der Mittelschule aufzulösen, mit 30 gegen 20 Stimmen, und ein Antrag auf Schulgeldfreiheit in den drei untersten Klassen mit 33 gegen 17 Stimmen. Die Magistratsvorlage wird mit 28 gegen 23 Stimmen angenommen.

Einem früheren Entschluß der Stadtverordnetenversammlung, wegen Gewährung eines Rabattes mit den Lieferanten für Lehrmittel in Verbindung zu treten, ist der Magistrat nachgekommen. Auf seinen Antrag wird beschlossen, bei allen Lieferungen für die Stadt einen Rabatt von mindestens 7½ Prozent zu verlangen, soweit dem nicht die Verkaufsbestimmungen des Vüchervereins entgegenstehen.

Weiter wird beschlossen, die Anstellung einer zweiten Aufsichtsdame für die Halle- und Kostpflanzgärten mit einem Anfangsgehalt von 1250 M. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, das Anfangsgehalt auf 1500 M. festzusetzen, wird abgelehnt. Der Antrag auf Erhöhung der Hundesteuer wird einem Ausschuss überwiesen. Hierzu sind eine ganze Reihe von Petitionen gegen die Erhöhung eingegangen.

Der Petition der Gewerbegerichtsbekleidungs- und Erhöhung der Terminentschädigung auf 6 M. wird zugestimmt. Eine ausgedehnte Debatte brachte noch die Petition des Bezirksvereins Nordost um bessere Straßenbahnverbindungen mit der sogenannten Insel. Von allen Seiten wird an dem Verhelfen der Straßenbahngesellschaft eine scharfe Kritik geübt. Die Gesellschaft habe nicht die Verkehrsinteressen, sondern nur ihre eigenen Interessen im Auge. Auch der Verkehrsdeputation wird der Vorwurf gemacht, daß sie vor lauter Bedenken nicht vorwärts komme und nicht energisch genug vorgehe. Der einzige Ausweg wäre die Errichtung von Konturenlinien durch Automobilmotorenbusse, und damit müsse so schnell wie möglich der Anfang gemacht werden. Wenn die Verkehrsdeputation nicht schneller handle, werde man daran gehen müssen, einen besonderen Verkehrsbeschuss einzusetzen.

Am 12. Uhr wird die Sitzung, ohne einen Beschluß in dieser Angelegenheit zu fassen, abgebrochen. Von sozialdemokratischer Seite wird dagegen protestiert, daß bei diesen wichtigen Angelegenheiten ein großer Teil der Mitglieder, fast die gesamte Hausbesitzerfraktion, es nicht für nötig hält, anwesend zu sein, sondern es vorzieht, im Kaffeehaus zu sitzen und dort weiter zu diskutieren.

Charlottenburg.

Ein schwerer Baunfall ereignete sich gestern kurz vor Mittag im Neubau der Kraftfahrzeugfabrik Freitischstraße. Dort waren die Arbeiter mit dem Aufstellen von eisernen Säulen beschäftigt. Dadurch, daß ein Entlastungsträger entfernt wurde, fiel plötzlich das Mauerwerk ein und verdrückte den Maurer Gütler, Monteur Brusch und den Arbeiter Wargin. Alle drei erhielten schwere Kontusionen an Kopf und Gliedern. Gütler wurde mittels Krankenwagen nach dem Krankenhaus Befend und Brusch nach dem Hedwigskrankenhaus gebracht, während Wargin, nachdem er auf der Unfallstation verbunden worden war, sich nach Hause begeben konnte. Der Entlastungsträger soll, wie uns mitgeteilt wird, entgegen den Anordnungen des Politers entfernt worden sein.

Der rätselhafte Tod zweier Kinder beschäftigt zurzeit die Charlottenburger Kriminalpolizei. Anfang dieses Monats wurde die Frau des in der Spreewitz 88 wohnenden Arbeiters Vogeler von einem Zwillingsspaar entbunden. Vor drei Tagen wurden die Kinder in ihrem Bogen tot aufgefunden. Auf Veranlassung der Polizei fand eine Obduktion der Leichen statt, welche ergab, daß die kleinen erstikt waren. Die Vernehmung der unglücklichen Mutter hat bisher keinen Anhaltspunkt dafür ergeben, daß der Frau ein jahrelanges Verschulden zur Last gelegt werden kann.

Rixdorf.

Die Schwebebahn-Modelle, welche seinerzeit im Berliner Rathaus ausgestellt waren, werden auf Veranlassung des Rixdorfer Bürgervereins auch in Rixdorf zur Ausstellung gelangen.

Lichtenberg.

Das neue Karlsruher Miefnick an der hiesigen „Volkshochschule“ hat entschieden Talent zum — Klauen! Am Sonntag kündigte er eine fürchterliche Abrechnung mit dem „Vorwärts“ an. Und in der Dienstadt-Nummer läßt er in 7/8 Spalten seinen Geist laufen. Nachdem er 12mal behauptet hat, der „Vorwärts“ habe mit Schmutz geworfen, wiederholt er die Behauptung noch einige Male. Dabei muß es ihm wohl ergangen sein wie dem bekannten Zauberlehrling: es wurde ihm von alle dem (was er schrieb) so dumm, als ging ein Mühlenrad in seinem Kopf herum. — Ohne daß wir es verlangten, pläzt er mit diesem Gesändnis heraus:

... man hat das lebhafteste Bedürfnis zu rufen: Bringt mir Wasser, viel Wasser und Seife, die legt von uns verpönte scharfe Sodaseife. Und auch dann ist noch die Frage, ob unsere Finger rein werden.“

Ganz recht! Auch wir sind der Meinung, daß die Schmierfingerringe des „Volkshochschul“-Lichtens nicht zu reinigen sind. Da ist selbst Sodaseife ein untaugliches Mittel am untauglichen Objekt. Schließlich bekennst du dich der hartnäckig Unsaubere als teutonischer Antisemitismus und löst folgende fürchterliche Drohung aus:

Es kommt auch mal die Zeit, wo der deutschen Bürgerschaft der Geduld haben reicht. Und dann wird es einen Strauß geben, in dem Polizei und Militär aufsteigen und Volk gegen Volk steht. Jungdeutschland ist schon auf dem Marsch und die proletarischen Bataillone werden es nicht aufhalten!“

Hu, hu! Der Teutonismus scheint wirklich Mut zu haben. Obwohl Fürst Bülow kürzlich den Degen Bonapartes gegen den wild gewordenen Spießer zitierte, forcht das Männchen sich nicht und will den Spießer zum Sturm gegen die proletarischen Bataillone hegen. Das ist zu grausam! Wir fürchten niedrigeren zu werden und bitten den Strategen der „Volkshochschule“ um ParDon.

Wilmerdsdorf.

Ein Baunfall ereignete sich vorgestern auf dem Bau Gänzel- und Kaffaufstraße-Ecke. Als ein Arbeiter dort die Betondecke der zweiten Etage betrat, stürzte dieselbe zusammen. Die aus demselben Material hergestellte Decke der ersten Etage wurde durchgeschlagen und der Arbeiter mit in die Tiefe gerissen. Nach dem Unfall wurden zwei andere Decken eingeschlagen um ein weiteres Unheil zu verhüten.

Dieser Bau scheint ein Unglücksbau zu sein, denn vor ungefähr drei bis vier Wochen verunglückte unter genau denselben Verhältnissen und Umständen ein Maurer, wodurch er längere Zeit erwerbsunfähig wurde. Jetzt, nachdem das Unglück geschehen ist, sind die Räume, in denen derartige Decken vorhanden sind, abgeperrt.

Ueber die Ursachen der mangelhaften Haltbarkeit der Betondecken ist noch nichts Genaueres festgestellt, anzunehmen ist jedoch, daß bei der Herstellung dieser Decken unzulängliches Material und ungenügende Arbeitskräfte verwendet worden sind. Die Decken sind von der Firma L. Zeiß, Betonbaugesellschaft, Ober-Schöneweide, ausgeführt.

Mariensfelde.

In der am Montag stattgefundenen Gemeindevertreterversammlung wurde die Uebernahme der Kreischauffee von der Mariendorfer Grenze bis zum Ausgang des Dorfes im Zuge der Berlinerstraße als Gemeindestraße beschlossen. Dadurch wird einem wohl von allen Einwohnern längst empfundenen Uebelstand abgeholfen. In erster Linie ist es der Teil zwischen Bahnhof und Dorf, welcher bei schlechtem Wetter für Fuhrwerke und Fußgänger fast unpassierbar ist. Der Kreis zeigte bisher wenig Entgegenkommen, da aber am 1. April die Chauffeegeld-Debestelle einget. so scheint sich das Blatt zum Besseren gewendet zu haben. Welches Verständnis manche bürgerliche Vertreter der Verbesserung von Straßen entgegen bringen, bewies Herr Woytke, indem er meinte, daß für die Gemeinde kein Bedürfnis vorliege, die Straße zu übernehmen, da die Kosten doch von den Grundbesitzern getragen werden müßten. Für Herrn Greulich sei es ja leicht, für die Sache einzutreten, da seine Wähler nichts zu zahlen haben. Genosse Greulich blieb dem Herrn die Antwort nicht schuldig und meinte unter anderem, daß man auch ohne Grundbesitzer zu sein, wohl die Interessen des Ortes zu fördern imstande ist; die Herren Grund- und Hausbesitzer im Ort hätten es bis jetzt immer sehr gut verstanden, ihre Lasten auf die Mieter abzuwälzen, denn wenn heute Wohnungen 300 M. kosten, für die man vor 10 Jahren 120 M. bezahlte, so ist das der beste Beweis dafür. Für Dampfen, die vor 10 Jahren 25 bis 30 M. die Quadratrate kosteten, werden heute 250 M. bezahlt resp. gefordert. Es wurde schließlich eine Kommission gewählt, welche die Auseinandersetzung mit dem Kreise herbeiführen soll. Zur Gründung eines Ueberverbandes mit der Gemeinde Lanitz betreffs Einrichtung einer Kanalisation und Anlauf der hierzu nötigen Ländereien wurde ebenfalls eine Kommission gewählt.

Erkner.

Ein großer Raubzug ist in der gestrigen Nacht in der Villenkolonie „Schönblid“ bei Erkner unternommen worden. Eine aus etwa acht Mitgliedern bestehende Bande hatte es auf die Villen, die gegenwärtig unbesetzt sind und deren Besitzer in Berlin weilen, abgesehen. Sie verübten eine ganze Reihe von Einbruchsdiebstählen und stahlen, was ihnen wertvoll in die Hände kam. Zutritt zu den Villen verschafften sie sich dadurch, daß sie die Fenster mit Schmierseife bestrichen und dann eindrückten. Mit ihrer Beute hat sich die Bande vermutlich nach Berlin gewandt.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Als Gemeindearzt wurde von 30 Bewerbern der Sanitätsrat Dr. Dährenfort-Verlin gewählt. Der Bau der Gemeindegaststätte wird nun bestimmt in Angriff genommen, so daß dieselbe im April nächsten Jahres in Benutzung genommen werden kann. Dieselbe wird 17 Meter breit und 30 Meter lang und kostet 142 000 M. ohne Einrichtung. Sie kommt auf den Platz am Kreuzfußl an der Historiestraße zu stehen, umgeben von einem neuanzulegenden Park. Hinter dem See wird später das Realgymnasium errichtet werden. Zu diesem Zweck soll eine neue Straße hinter den Gärtnerreien der Parkstraße durchgeführt werden. Die Erhebung einer Abgabe für Aufnahme der Abwässer aus gewerblichen Betrieben in die Kanalisation erzeugte eine interessante Debatte, weil nach dem Ortsstatut von 1893 die Hausbesitzer hierzu herangezogen werden können. Wie dies in einem Hausbesitzerparlament nicht anders zu erwarten ist, sträubten sich die Herren ganz energisch dagegen. Nach längerer Debatte einigte man sich dahin, ein Provisorium auf ein Jahr zu schaffen; 500 Kubikmeter Abwässer sollen lastenfrei sein, da das ungefähr den Abwässern eines großen Wohnhauses entspricht. Dann solle das Ortsstatut so geändert werden, daß die Fabrikbesitzer die Lasten auf sich nehmen. Unter den jetzigen Verhältnissen verurteilt die Ableitung, Förderung und Reinigung eines Kubikmeters Schmutzwasser der Gemeinde 0,04 M. Kosten, diese Abgabe wird vom 1. April d. J. erhoben. Verschlossen wird, eine Verdrängungsanstalt an der Ecke der Langhans- und Mülkestraße zu errichten. Des Weiteren, die Kreischauffee Berlinerstraße, von der Rembahnstraße bis zum Steuerhaus, auf die Gemeinde zu übernehmen. Die Abfindung des Kreischauffee beträgt 35 000 M., was pro laufenden Meter 34,45 M. ausmacht.

Rudow.

Was lernen wir aus den letzten Reichstagswahlen lautete das Thema, über das Genosse Sevelow in der Generalversammlung des Wahlvereins referierte. Eingehend legte er die Ursachen dar, die zu dem Mandatsverlust der Sozialdemokratie geführt haben. Auch betonte er, daß in Zukunft zwischen Partei und Gewerkschaft ein einheitlicheres Zusammenarbeiten notwendig ist. Am Schluß seines Referats ermahnte er zu unablässiger Aufklärungsarbeit namentlich bei der Jugend, um diese fruchtbar der Sozialdemokratie anzuführen. Dem beifällig aufgenommenen Referat folgte eine zu-

stimmende Diskussion, an welcher sich die Genossen Ragott, Schneider und Riers beteiligten. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: Genosse Ragott als erster und Raasch als zweiter Vorsitzender; Schneider als Beisitzer; als Kassierer Wolz; zu Revisoren wurden gewählt: Scheppan, Klupsch und Kugel und in die Lokalkommission Riers.

Pantow.

Der Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1907 wird in der nächsten Sitzung der Vertretung zur Durchberatung gelangen. Der Hauptetat im Ordinarium und Extraordinarium schließt in Einnahme und Ausgabe mit 5 963 250 M., ab, dazu kommt der Sammelfonds in der Höhe von 89 078 M., so daß der Etat mit 6 052 328 M. abschließt. Als neu erscheinen die Etats des Realgymnasiums für ein halbes Jahr, da erst am 1. Oktober eröffnet, mit 41 700 M., die höhere Mädchenschule mit 62 200 M. und das Krankenhaus mit 158 000 M. Trotz der Mehrbelastung für das laufende Rechnungsjahr um 1 1/2 Millionen sollen nur 100 Proz. zur Staatssteuereinnahme erhoben werden statt wie bisher 110 Proz. Die Einnahmen aus den direkten Steuern sind auf 679 250 M. veranschlagt, aus den indirekten Steuern 472 600 M., darunter zum ersten Male die Wertzuwachssteuer in der Höhe von 50 000 M. Von den Einnahmen interessiert die der Friedhofsverwaltung in der Höhe von 17 800 M., ein Zeichen dafür, daß der Tod nicht umsonst ist. Von den Ausgaben für die Gemeindeverwaltung entfallen auf die Bedienung von Gemeindeforderungen 167 150 M. und auf die der Amtverwaltung 46 500 M. Die Armenverwaltung erfordert einen Zuschuß von 70 500 M., das Krankenhaus 24 200 M. und die Schulverwaltung einen Zuschuß von 358 417 M., darunter die Gemeindeforderungen 265 141 M. Bei den Parochiallasten werden durch den Beschluß der Gemeindevertretung, keine Mittel für landesfiskalische Zwecke mehr zu bewilligen, 5000 M. gespart. — Bei der Kanalisationsverwaltung zahlt Reinickendorf für die Aufnahme seiner Abwässer und deren Unterbringung auf den Panfower Riefelfeldern 30 000 M. Die Kanalisationsverwaltung schließt ab mit 390 000 M., desgleichen die Verwaltung des Rittergutes Mühlenbeck mit 159 000 M. — Der Wasserwerketat sieht in Ausgabe zur Deckung des aus dem Rechnungsjahre 1906 entstandenen Fehlbetrag von 16 000 M. vor, derselbe dürfte dadurch entstanden sein, daß die Selbstkosten 28 Pf. betragen, während nur 20 Pf. für den Kubikmeter erhoben werden. Obige Summe ist ein Geschenk der Allgemeinheit an die Grundbesitzer. — Der Vermögensbestand beträgt an Kapitalvermögen 1 958 629,22 M., Bauschulden und Grundwerte von 12 228 908 M., insgesamt 14 287 537,22 M. Die Schulden betragen 11 855 785,84 M.

Zegei.

Die Gemeinde Zegei steht in der allernächsten Zeit vor großen und bedeutsamen Projekten, die im Zusammenhange zum erstenmal in einer aus Anlaß der Erweiterung des Zegeier Verwaltungsgebäudes erschienenen Druckvorlage des Gemeindevorstandes aufgezählt werden. Es sind dies: 1. Ausführung des Pfingstlandbaues bei der Volksschule mit Doppelturnhalle, 2. Beschaffung eines zweiten Bau- und Ausganges zum Grundstück unter Punkt 1, dazu Erwerb des dahinterliegenden Hausgrundstücks, Umbau für den Durchgang, 3. Erwerb des Bauplatzes für eine neue Realschule, Projektierung und Bau derselben samt Turnhalle, 4. Erweiterung des Wasserwerkes, 5. Erweiterung der Klärstation, 6. Erweiterung des Friedhofes, 7. Bauplatzbeschaffung, Projektierung und Einrichtung eines neuen Armenhauses, 8. Krankenhausbau, 9. Herstellung zeitgemäßer Bedürfnisanstalten, 10. Bau einer Volksbadanstalt, 11. Kleinkinderschule, 12. Feuerwehrturm, 13. Bauhof und Karstall zwecks Uebernahme der Straßenreinigung und Müllabfuhr, 14. Durchführung von Bebauungsplänen und Herstellung von Straßen und Plätzen, als z. B. August Müllerstraße, Bubbestraße, Straße am Bahnhofplatz, Ceeuferberichtigung, Bahnhofplatz und Schloßplatzgestaltung, Verbesserung der Kundverhältnisse bei den Straßenkreuzungen, 15. Verbesserung und Vermehrung der Verkehrsmittel mit Berlin (Hochbahn Berlin-Zegei), 16. Kreisbahn mit anschließenden Verbindungen der Schloßstraße, des Hermsdorfer Weges usw., 17. Gasenbau mit Arealerwerb zu Punkt 16 und 17, 18. Bodenpolitik, 19. Verlässige Steuererhebung (Wertzuwachssteuer). — Die Einwohnerzahl Zegeis ist seit 1901 in folgender Weise gestiegen: 1901: 7457, 1902: 8091, 1903: 8858, 1904: 10 072, 1905: 11 938, 1906: 14 332.

Reinickendorf-Ost.

Aus der Gemeindevertretung. Zum Kreisabgeordneten wurde Bürgermeister Wille gewählt. Sodann wurde den v. Bognacksen Erben die Erlaubnis zur Anlage neuer Straßen auf ihrem Gelände erteilt. Die Besitzer haben für Anpflanzung der Straße eine Anzahlung von 35 000 M. zu leisten. Dem Steinmetzmeister Schier wurde die Genehmigung zum Ausbau seiner Gelände an der Albert-, Freitag- und Sonntagstraße erteilt; dagegen die Verlängerung der Sonntagstraße bis zur Panfower Allee abgelehnt. Vorläufig abgelehnt wurde der Antrag des Lehrereins auf Erhöhung des Grundgebühls der Lehrer auf 1500 M. mit der Motivierung, daß die mangelhaften Finanzverhältnisse der Gemeinde es dieser zurzeit nicht erlauben, das Gehalt der Lehrer, deren Alterszulagen im Vorjahre auf 200 M. erhöht wurden, aufzubessern. Bei der Neuwahl der Armendeputierten bezw. Waisenräte, Armenpfleger, Armen- und Waisenpflegerinnen wurden sämtliche bis dahin Amtierenden wiedergewählt, darunter auch Genosse Schiller. Ein Antrag unserer Genossen, einige von uns vorgeschlagene Armen- und Waisenpflegerinnen zu wählen, wurde nach kurzer Debatte gegen unsere Stimmen abgelehnt.

Es folgte alsdann eine lange heftige Debatte über den Erlaß einer Ordnung für die Erhebung einer Wertzuwachssteuer. Stadtrat a. D. Reichhelm trat für die Einführung dieser gerechten Steuer ein. Nach seinem seit einer Reihe von Jahren angeführten Ermittlungen haben Grundstückspekulanten Hunderttausende eingeheimelt. Der Ertrag dieser Steuer solle zur Herabsetzung des jetzt 145 Proz. betragenden Kommunalsteuereinzugs auf 100 Proz. dienen. Als ein scharfer Gegner der Vorlage entpuppte sich der Gemeindevorsteher Dr. Berliner, der durch die Annahme der Vorlage einen starken Zuwachs der ärmlichen Bevölkerung erwartet und glaubt, daß dadurch der Gemeinde außer dem Bau vieler neuer Schulen auch durch vermehrte Armenunterstützungen neue Kosten aufzuerlegen würden. Für die Vorlage sprach sich Bürgermeister Wille aus, jedoch hegt er Befürchtungen, daß durch die Herabsetzung des Kommunalsteuereinzugs auf 100 Proz. die Gemeindefinanzen einen zu großen Rückschlag erleiden; für eine Herabsetzung auf 125 Proz. sei er jedoch zu haben. Unsere Genossen Schilling, Dhl und Schiller traten warm für die Herabsetzung des kommunalen Zuschlages auf 100 Proz. ein; sie würde von der arbeitenden Bevölkerung geradezu als eine Wohltat betrachtet. Zudem würde durch die Einführung der Wertzuwachssteuer die Entwicklung des Ortes beschleunigt. Der besoldete Schöffe Herr Reichhelm wies noch die Befürchtung des Bürgermeisters zurück und zeigte, daß die Gemeinde bei Erhebung von 100 Proz. Kommunalsteuer auskommen könne. Trotzdem wurde die Herabsetzung auf 125 Proz. beschlossen und darauf die Vorlage betreffs Wertzuwachssteuer mit elf gegen sechs Stimmen angenommen.

Johannisthal.

Die am letzten Dienstag abgehaltene Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Bericht des Vorsitzenden Genossen Schneider über den Reichstagswahlkampf entgegen. Am Schluß desselben meinte der Redner: Wenn die Regierung glaubt, nach den Wahlen ein „niedergerichtetes“ Proletariat vor sich zu haben, so irrt sie sich; mit vermehrter Energie wird die Aufklärung der uns fernstehenden Massen in Angriff genommen werden. Nach dem Vorstandsbericht haben im letzten Quartal des abgelaufenen Jahres 3 Mitgliederversammlungen, eine öffentliche Versammlung und 10 Vorstandssitzungen stattgefunden. Am Schluß des Jahres betrug die Mitgliederzahl 108. Die mit der Reichstagswahl verbundenen Agitationstouren fanden prompte Erledigung. Zwei Wahlversammlungen wiesen überaus starken Besuch auf. Die

Vorwärts*pedition weist eine Einnahme von 743,95 M. auf, es verbleibt ein Ueberschuß von 12,12 M. Der Abonnentenstand beträgt 193. Aus der Vorstandswahl gingen die Genossen Schneider als 1. und Winkelhau als 2. Vorsitzender, Beck als Kassierer, Degenhardt als Schriftführer und Pieltke als Beisitzer hervor. Nach Besprechung interner örtlicher Angelegenheiten teilten die Gemeindevorsteher Dühring und Radunde mit, daß nach zehnwöchentlicher Unterbrechung wieder eine Gemeindevorsteherwahl stattfindet. Neben anderem steht auf der Tagesordnung ein Antrag der Lehrerschaft auf Gehaltserhöhung. Da erst im vorigen Etat die Lehrergehälter eine Erhöhung fanden und die bekümmerten Verhältnisse des Ortes ganz traurige sind, sprachen sich alle Redner dahin aus, daß in diesem Etat von einer Erhöhung der Lehrergehälter abgesehen werden soll.

Potsdam.

Von der Straßenbahn gestürzt. Ein Unfall ereignete sich am Sonnabend gegen 7 Uhr abends. Ein Passagier namens Paul Hennig aus Potsdam hatte sich auf das Trittbrett gestellt und wurde, als der Wagen am Alten Markt eine Kurve nehmen sollte, durch einen jähen Ruck herabgeschleudert und auf das Pflaster geworfen, wo er mit einer Quetschung des rechten Kniegelenkes und einigen Kopfverletzungen liegen blieb. Hennig wurde mittels Krankenwagens nach dem städtischen Krankenhaus geschafft.

Bei dem Neubau der königlichen Handels- und Gewerbeschule für Mädchen ereignete sich gegen 5 Uhr ein Unglücksfall. Beim Sehen des Hauptgestimmes kippte ein schwerer Sandstein von zirka 5-6 Zentner um und rief noch vier weitere große Steine mit in die Tiefe. Die drei Etagen hohe Mauer wurde zertrümmert und begrub den Arbeiter Jech und den Steinmeyer Pauls unter sich. Beide mußten nach dem städtischen Krankenhaus geschafft werden. Jech ist sehr schwer verletzt, an seinem Aufkommen wird gezweifelt, Pauls hat nur leichte Verletzungen erlitten.

Gerichts-Zeitung.

Der Tod auf der Straße.

Ein tödlicher Straßenunfall, der auf das unvernünftige Fahren eines Kutschers zurückzuführen ist, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gaase die zweite Strafkammer des Landgerichts III. Wegen fahrlässiger Tötung war der Kutscher Albert Kamin angeklagt. — Am 5. November v. J. ging das Dienstmädchen des Kaufmanns Ahlmeier aus Charlottenburg mit dem kleinen dreijährigen Sohnen ihrer Dienerschaft spazieren. Das Mädchen achtete nicht darauf, daß am Ludwigskirchplatz in Wilmerdorf ein von dem Angeklagten geführter Wagen in hartem Tempo um die Ecke der Pariserstraße bog. Im nächsten Augenblick war das Unglück schon geschehen. Das unglückselige Dienstmädchen ließ den ihr anvertrauten Knaben stehen, um das eigene Leben in Sicherheit zu bringen. Das Fuhrwerk des Angeklagten fahrte das Kind, über welches beide Räder des mit Eisentröhren beladenen Wagens hinweggingen. Der Tod trat infolge der überaus schweren Verletzungen sofort ein. Die Hauptschuld an diesem Unfall bildete die Anklagebehörde dem Angeklagten Kamin auf, der nach alter Kutscherart zu schnell um die sogenannte „scharfe Ecke“ gefahren war, anstatt im großen Bogen zu fahren. Die Betheuerung erlag jedoch, daß die Hauptschuld jenes Dienstmädchens trifft, welches sich zurzeit in Irland aufhält. Der Staatsanwalt hielt deshalb die Freisprechung des Angeklagten für geboten. Das Gericht kam jedoch zu einer Verurteilung des Kamin, indem es für nachgewiesen hielt, daß er zu schnell und nicht vorwärtsmäßig gefahren war, andererseits es noch möglich gewesen wäre, das Fuhrwerk rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Da auch dem Dienstmädchen grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen worden war, belieh es das Gericht bei der milden Strafe von einer Woche Gefängnis.

Für die Folgen schlechten Pflasters kann die Stadtgemeinde und der Stadtrat haftbar gemacht werden.

Auf einer Straße in Pirkallen (Grobung Ostpreußen) kam der Fuhrunternehmer R. am 21. Oktober 1904 dadurch zu Schaden, daß ein Pferd seines Fuhrwerks in ein auf der Straße befindliches 12 Zentimeter Durchmesser habendes Loch trat und mit dem einen Hufe stecken blieb, so daß der Wagen einen Ruck erhielt. Mäher fordert für die Beschädigung von Pferd und Wagen Schadloshaltung sowie eine jährliche Rente von 488 Mark für die anläßlich des Unfalles erlittene Erwerbsverminderung.

Es handelt sich bei diesem Unfall um die Deckung zu einem Verschuldhel der Gasleitungsdraht. Diese Deckung war mit einem Dedel verschlossen, dessen Verschlußbolzen, der als Haltebolzen in einer Junge die Deckung durch Drehen des Dedels möglich machte, gebrochen war. Der Dedel lag somit vor der Deckung, als der Unfall passierte. Schon 14 Tage vor dem Unfall hatte der Kläger seinen Schwager, dem Kaufmann D., der als Magistratsmitglied die Aufsicht führte, diesen ordnungswidrigen Zustand mitgeteilt. Der Stadtrat hatte diesen Dedel damals persönlich in die Deckung gelegt und auch einen Angestellten seines Geschäftes (seinen Sohn) zu dem Gasmeister geschickt, damit dieser die Reparatur besorge. Es ist nun zirka 14 Tage lang nichts passiert, bis einige Tage vor dem Unfall der Gasmeister einen Stein in die wieder freistehende Deckung warf, so daß der Stein noch etwas über das Niveau hinausstand; am anderen Tage sollte die Reparatur vorgenommen werden. Der vernommene Sachverständige führte aus, daß jedenfalls durch das Anfahren eines Fuhrwerks dieser keineswegs ordnungsmäßige Verschluß wieder entfernt worden sein mag. Die beklagte Stadtgemeinde beruft sich nun darauf, daß ihr wegen der Unterhaltung der Straße und der Beachtungspflicht kein Vorwurf gemacht werden könne. Es sei, was die Kontrollpflicht anlangt, von ihrem Vertreter alles getan worden, was nötig war, während sich der Kläger auf die Oberaufsicht des Stadtrates D. beruft.

Das Landgericht Insterburg stellte die Berechtigung zum Schadenersatzanspruch dem Grunde nach fest. Durch Urteil des Oberlandesgerichts Königsberg wurde das erstinstanzliche Erkenntnis auf die Berufung des Beklagten hin bestätigt. Es besteht, heißt es im Urteil, kein Zweifel für den Kaufmannzusammenhang zwischen dem Unfall und dem Unterlassen der Reparatur. Als Korporation des öffentlichen Rechts hatte die Stadtgemeinde aber für alle Schäden, die durch Verschulden in der Amtsausführung eines ihrer Vertreter einem Dritten zugefügt werden. Der hier in Betracht kommende Vertreter der Stadt sei der Stadtrat D., der die ordnungsmäßige Herstellung des Dedels durch den Gasmeister angeordnet hatte. Ihn aber treffe infolge eines Verschuldens, als er bei Bemerkten der Ordnungswidrigkeit nicht sofort selbst für ausreichende Abhilfe gesorgt hatte. Er hätte nicht nur den Gasmeister durch seinen Sohn zur Wiederherstellung des Verschusses auffordern lassen dürfen, sondern war verpflichtet, selbst darauf zu achten, daß der Verschluß auch tatsächlich wieder ordnungsmäßig hergestellt wurde. Für dieses Verschulden habe aber die Stadt aufzukommen, denn hätte der Stadtrat D. rechtzeitig eingegriffen, so würde der Unfall verhütet worden sein. Eigenes Verschulden des Klägers könne nicht angenommen werden, da er nicht voraussetzen brauchte, daß man eine derartige, den Verkehr gefährdende Deckung unwirksam lassen werde.

Eine dieses Urteils hatte die Beklagte Revision eingelegt und sich darauf berufen, daß ihr Vertreter alles getan habe, was nötig war. Wenn der Gasmeister die Reparatur unterließ, so treffe sie und D. kein Verschulden. Der sechste Zivilsenat des Reichsgerichts pflichtete dieser Auffassung aber nicht bei, sondern schloß sich den Darlegungen des Berufungsgerichts an und erkannte auf Zurückweisung der Revision.

Strafbarer Nachdruck einfacher Berichte.

Wegen Nachdruck ist am 4. Oktober v. J. vom Landgericht Ebersfeld der Redakteur der „Vormer Zeitung“, Dr. Hellmuth

Rielfe, zu einer Geldstrafe von 20 M. verurteilt worden; außerdem soll er eine Buße von 90 M. an den Nebenkläger Journalist Redner zahlen. Das Gericht hat zwei Fälle von Nachdruck für festgestellt erachtet. Redner berichtet seit vielen Jahren für Berliner Zeitungen über Gerichtsverhandlungen. U. a. hat er zwei Artikel verfaßt: 1. ob ein Gewerkschaftsartikel ein Verein ist, 2. über Landrat und Stadtverordnetenwahl. Beide Artikel wurden wörtlich in der „Vormer Zeitung“ ohne Wissen und Genehmigung Redners abgedruckt. Wegen beider Artikel ist schon zweimal ein Urteil des Landgerichts aufgehoben worden. Das jetzige Urteil lehnt sich genau an das letzte Urteil des Reichsgerichts an. Die in den Rednerschen Artikeln vorgenommene Bearbeitung der fraglichen Gerichtsartikel ist, so heißt es in den Gründen, eine ganz selbständige. In beiden Artikeln hat der Verfasser seine geistige Tätigkeit darauf richten müssen, die Hauptpunkte des Gedankenganges der Urteile zusammenzufassen. Das geht weit über die bloße Tätigkeit des Kopisten. Der Angeklagte hat nicht annehmen können, daß seine selbständigen Arbeiten vorlägen. — Die Revision wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

„Aufgehobener“ Eid.

Das Landgericht Jena verurteilte am 3. September den Redakteur der „Jensburger Kreis“ Simonson zu — neun Monaten Gefängnis wegen vermeintlicher Beleidigung durch die Presse. Im März war im März ein Artikel über den Invalidentfonds veröffentlicht. In demselben ist dem Hauptmann v. S. vorgeworfen, er habe seinen 1848 dem dänischen Könige geleisteten Treueid gebrochen. Die Revision wurde am Montag vom dem Angeklagten selbst vor dem Reichsgericht vertreten. — Der Rechtsanwalt erklärte die Revision für begründet, festgestellt sei, daß die Offiziere nicht mehr an den Eid von 1848 gebunden waren. Sie konnten diesen also nicht mehr brechen. Der Angeklagte wußte nicht, daß der Eid nicht mehr galt. Unter diesen Umständen mußte nochmals geprüft werden, ob der Angeklagte sich strafbar gemacht habe. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Altona.

Es ist ein gar starkes Stück wegen Folgerungen über die Wirkung eines einmal geleisteten Eides auf neun Monate Gefängnis zu erkennen. Darf denn die Ansicht über die Heiligkeit eines Eides strafbar sein?

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift *Rechtswörter* Nr. 10, Ausgabe 4, eine Treppe (Anwaltskammer), Durchgang nach Lindenstr. 101, wochentags von 7 bis 10 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr, Sonnabend beginnt die Sperrstunde um 6 Uhr. Jeder Anwalt ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizugeben. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sperrstunde vor.

N. 100. Der Brief ist berechtigt, die Sachen einzubehalten, wenn Sie nicht die gesamte Rente bis zum 1. Oktober hinterlegen. — N. 21. 77. Ja. — Kurdel III. Ohne gültige Vereinbarung würden die Nichts erzielten. Brieflich veranlassen Sie die Annullierung von Gummistempeln auf Ihre Rollen. — G. B. Kammelsburg. Nicht Ihr Verdacht, aber das Ihrer Frau haften für die Kosten. — J. 7. 1. Nein, 2. Nein, aber es könnte auf Ermessen gelassen werden. — W. R. 18. Dresden Postamt 18. Wenden Sie sich bezüglich an das Parteiarbitrium oder an Antiquarbuchhandlungen. — G. B. 9. 1. Für den Fall der Klage würden Sie voraussichtlich verurteilt werden. 2. Ja. — G. B. 103. Wenn Sie nicht beweisen, daß in dieser Weise betrügerisch gegen Sie vorgegangen ist, würden Sie die Bücher bezahlen müssen. Strafamtung wegen Betruges können Sie an die Staatsanwaltschaft richten. — A. B. 1907. 1. Sie können Bekanderte erben. 2. Nein. — G. B. 1. Ja. — G. C. 1. Nein. — C. M. 56. Wenden Sie sich an einen Anwalt. — R. G. 100. Nein. — Galtene 100. 1. Sind angesetzt. 2. Ja. 3. Nein. — Franz. 1. und 2. Ja. Wenden Sie sich an den Magistrat, Gewerbeverwaltung, Straßenreiner. — A. III. Wenden Sie sich an den Magistrat, Straßenreiner. — G. B. 9. Nein. Den Eltern steht die Hälfte des Kapitals zu, dem kinderlosen Ehegatten steht aber ein voraus bezahlte der Hochzeitgeschenke und Haushaltungsgegenstände zu. — Erne 52. Wenden Sie sich an das Gericht mit dem Antrag, Ihnen zu gestatten, getrennt von Ihrem Manne zu leben. Den Sachverhalt müssen Sie darlegen und Beweise dafür anführen. — Vellentin. Uns nicht bekannt. — Kronic. Wenden Sie sich an einen Kammerjäger. — L. G. 1. Ja. — Stenbieten G. Möglich sind solche Fälle. Einzelne Urteile herauszugeben ist unmöglich. — G. B. 34. Der Antrag auf Zahlung von Invalidenrente ist an den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Köpplinger Park, zu richten. — G. 24. 11. Ja, unter Abzug des Stranngeldes. — A. J. 91. 1. Das wäre zweifelhaft. 2. Das können Sie halten, wie Sie wollen. 3. Wenn Ihre Frau ohne Ihren Willen die Ehemohung nicht teilt, hat Sie zum Unterhalt nicht verpflichtet. — R. 25. Voraussichtlich würde das Gericht annehmen, daß die Vereinbarung des Kaufpreises der Kündigung auch jetzt noch Geltung hat. — M. P. 10. Auch Ausschläge können angenommen werden. — W. G. Vintrose, und S. Thiele. Firmen und bezuglichen zu nennen, lehnen wir grundsätzlich ab. — Peter. Wenn Sie Erde geworden sind, ja. — 99. A. 1. Ja. 2. Die Adresse genügt. 3. Wenn Sie mindestens 200 Markten haben, so leben Ihre alten Rechte wieder auf. — Hofnung. 1. und 2. Nach der herrschenden aber bestehenden Ansicht ja. — G. J. 07 und 08. 4. Ja. — A. und S. 1. Ja. — A. 11001. Das ist möglich. Ihre Zahlung muß erlassen lassen, ob Ihr persönliches Ergehen erforderlich ist. — G. B. 100. Die von Ihnen geschickte Pfändung entspricht dem Gesetz. Beschwerden oder Klagen würden anschlüssig sein. — St. T. 4. Alle im ersten Abzuge gewählt. — W. M. 100. 1. Bei einem Jahreseinkommen über 1500 M. 2. Ja, aber eine Interventionsklage würde die Pfändung beseitigen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68-73 per 100 Pfd., IIa 62-67, IIIa 55-61, IVa 48-54, Hammel 60-65, hell 0,00, Rindfleisch, Doppelländer 110-125, Ia 80-88, IIa 70-78, IIIa 52-60, hell 55-60, hant 60-68, Hammelfleisch Ia 67-78, IIa 50-65, Schweinefleisch 51-59, Reinsch, plumbiert, per Pfd. 0,65-0,70, Holzkohle Ia 0,50-0,58, Dammsch 0,55, do. Röhler 0,40-0,75, Wildschwein 0,40 bis 0,55, Ferkel 0,45, Hagen, plumb, per Stück 3,00-3,20, do. II 1,50, Kammiden per Stück 0,80-1,00, Wildenten per Stück 1,00, Dübner, alte per Stück 1,40-2,00, do. IIa 0,90-1,25, do. junge per Stück 0,60, Lenden per Stück 0,55-0,60, junge kleine 0,00, Kalkfleisch 0,00, Enten per Stück 0,00, dito Hamburger junge per Stück 2,00-2,75, Gänse, Hamburger per Hund 1,10-1,20, Eis, 0,50-0,60, Dichte der 100 Pfund 92-103, groß 64-75, klein 0,00, Jander 150, klein 0,00, Schiele, unsortiert 0,00, groß 88, Biele 46-47, Kafe, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 0,00, Wähnen matt 0,00, groß 60, klein 43-52, Kaffee, 75-90er 55-61, do. 40-60er 61-67, Bunte Röhre 0,00, Barje, klein, matt 0,00, do. 0,00, Karawischen 0,00, Reis 0,00, Nuppen 66, Reisfleis, 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 60-100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 25-30, Sprotten, Riebel, Ball 1,00-1,35, Danziger, Röhre 1,00, Rindern, Riebel, Steige Ia 5-4, do. mittel der Röhre 2-3, Hamb. Steige 4-5, halbe Röhre 1,50-2, Schillinge, per Ball Riebel 3,50-5,00, Stralunder Schod, Kafe, groß per Pfd. 1,10-1,20, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60, Deringe per Schod 5-8, Schellfische Röhre 5-6, do. 1/2, Röhre 3,00, Stabian, p. 100 Pfd. 25-30, Heilbutt 0,00, Sardellen, 1906er per Anker 35, 1904er 30, 1905er 30, 1906er 75-80, Schottische Vollberinge 1905 0,00, large 44-45, full 38-40, med. 35-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Röhre, per 1/2, To. 60-120, Erdbeeren, roh, 1/2, 1,50-1,60, Bratheringer, Röhre (4 Röhre) 1,50-1,75, Neuwagen, Schodsch 11, Röhre 5-6, Röhre 14, Riebel, Land, per Schod 5,60, Suller per 100 Pfd. Ia 114-118, IIa 110-115, IIIa 108-112, abfallende 100-105, Saure Gurken Schod 3,50-4,00, Pfefferkörner 3,50-4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,50-2,75, Daberliche 2,50-2,75, Rosen 0,00, weis, 2,25-2,50, Solatartoffeln 5,00-6,00, Spinat per 100 Pfund 25-30, Karotten per 100 Pfund 10-12, Sellerie, hiesige, per Schod 3,00-7,00, do. pommerische 9,00-10,00, Zwiebeln, große, per 100 Pfd. 3,50-4,00, do. kleine 3,00-3,50, do. hiesige (Peri) 0,00, Charlotten 0,00, Peterfille, grün, Schodsch 2-3, Sodertrübel per Schod 0,00, Rettig, hant, per Schod 2,40-4,80, Kohlraben per 100 Pfund 4,00-5,00, Teufener Röhren per 100 Pfd. 7-10, Weis, Röhren, große 2 bis 2,50, kleine 6-8, Rote Röhren 2,00-2,50, Blumenkohl p. Kopf 2,25-3,00, Kohlraben per Schod 2-2,50, Birkensölz per 100 Pfd. 3,25-3,50, Anisölz per 100 Pfd. 3,25-3,50, Weisölz 100 Pfd. 3. Rosenölz per 100 Pfd. 25-35, Grünölz per 100 Pfd. 5,00-7,00, Schnittlauch 12 Lätze 0,00, Samen, per 100 Pfd. hiesige 0,00, höhm. 10-20, ital. 35-38, Kerpel, per 100 Pfd. hiesige 6-23, Wrasenfleisner 0,00, Zunder in Röhren 0,00, Röhre 32-60, Röhre 18-32, Zitronen, Reimsa, 300 Stück 6,00-9,00, 300 Stück 7,00-9,00, 300 Stück 9-12, Apfelsinen, Jafsa, per Röhre 0,00, Röhre 200er Röhre 7-10, do. 300er 8-10, Valencia 420er Röhre 14-24,00, do. 714 er 15-23, Reimsa, 160 er, 11,50-12,00, do. 300er 10,00-12,50, do. 300er 10-12, Blau 100er 7,50-9, do. 150er 7,50-9,50, do. 80er 9-10, Ital. in Röhren per 100 Pfd. 10-15, Mandarinen, Röhre 0,75-2,00, do. in Röhren per 100 Pfd. 25-30.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, 20. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Don Juan.
Kgl. Schauspielhaus. Wallenstein Lager. Die Piccolomini.
Deutsches. Romeo und Julia.
Festung. Wenn wir Toten erwachen.
Weisen. Die Hebräer.
Vorlesung. Fra Diavolo.
Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Räuber.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Jugend.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Die von Hochsattel.
Romische Oper. Carmen.
Berliner. Der Hund von Baskerville.

Neues Schauspielhaus. Herthas Hochzeit.
Zentral. Die Puppe.
Kleine. Ein idealer Gatte.
Neues. Reiner Porzellan.
Reichshallen. Haben Sie nichts zu verzollen?
Lustspielhaus. Susannensieber.
Deutsches. Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.
Thalia. Eine lustige Doppeldecker.
Vulkan. Elfe vom Erlenhof.
Bernhard Hofe. Sherlock Holmes.
Trionon. J. L. Voltaire - meine Frau.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrfeldt. Ein verrücktes Hotel.

Wintergarten. Sahara. Spezialitäten.
Apollo. Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.
Kleine. Ledige Leute. Spezialitäten.
Folies Caprice. Im Café Abelles.
Ein idealer Gatte.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Prater-Theater. Der Raub der Sabinerinnen.
Herrfeldt. Herthas Hochzeit. Sein Ideal.
Kleine. Ledige Leute. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Prater-Theater. Der Raub der Sabinerinnen.
Herrfeldt. Herthas Hochzeit. Sein Ideal.
Kleine. Ledige Leute. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Prater-Theater. Der Raub der Sabinerinnen.

Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hund von Baskerville.
Donnerstag: Sherlock Holmes.
Freitag: Der Hund von Baskerville.

Neues Schauspielhaus.
Wittwoch, den 20. Februar 1907:
Herthas Hochzeit.
Morgen:
Herthas Hochzeit.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Meißner Porzellan.
Donnerstag, Freitag:
Meißner Porzellan.
Sonntags: Galsp. Despres: Phedro.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr zum 169. Male:
Ein idealer Gatte.
Donnerstag: Eine triviale Komödie für ledige Leute. (Dumbury).
Freitag zum 170. Male: Ein idealer Gatte.
Sonntags 7 1/2 Uhr zum 1. Male: Die Kräfte. Schauspiel in 4 Akten von Henri Bernstein.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr: Die Kräfte.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Susannensieber.
Zentral-Theater.
8 Uhr: Servus - Extra - Vorstellung:
Die Puppe.
Morgen u. folg. Tage: Der Mikado.

Lortzing-Theater.
Belisariosstr. 7/8.
Wittwoch, den 20. Februar, 7 1/2 Uhr:
Fra Diavolo.
Abendkasse gültig!
Donnerstag: **Der Mikado.**

Passage-Theater.
Heute Mittwoch, den 20. Februar, zum 15. Male:
Mal was Anderes!
Wolle von Leop. Wl.
Josephine Dora, Georg Kaiser, Martin Bendix, Ernst Kitzner.
Premier: Die glänzenden Februar-Spezialitäten.

Gebr. Herrfeldt-Theater.
Kgl. Opernhaus. Herthas Hochzeit.
11-12 Uhr:
57 Kommandantenstr. 57.
Die skandinavische bejubelte Herrfeldtsdiade
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorpiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, 5. halben Klassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.

Kasino-Theater.
Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch kurze Zeit:
Ledige Leute
und das brillante Februarprogramm.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Etablissement Neue Welt.
Haseheide 109/114.
Gastspiel Bernhard Rose-Theater.
Die Verschwörung der Frauen.
Aufspiel in 5 Aufzügen von Müller.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf im Etablissement.

Schwarzer Adler.
Friedrichsberg.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Bürger.
Jeden Mittwoch: 88302*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr:
Frühlingsstage an der Riviera.
8 Uhr:
Die Feuertgewalten der Erde.
Hörssaal 8 Uhr: Dr. M. v. Unruh:
Die Chemie des Eisens.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Elfe vom Erlenhof.
Vollständ. in 5 Aufz. v. S. C. Staud.
Anfang 8 Uhr.
Donnerst.: Der Elfe von Baskerville.
Freitag: Operngastspiel des Theaters des Westens: Lindse.
Sonntags 4 Uhr: Ständevorstellung.
Sam. 1. Male: Eneidmitten und die sieben Zwerge. 8 Uhr: Elfe vom Erlenhof.
Sonntag 3 Uhr: Sherlock Holmes.
8 Uhr: Der Elfe von Baskerville.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwank in 3 Akten v. R. Hennequin und Pierre Seber.
Robert de Trieville: Rich. Alexander.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

BERNHARD ROSE THEATER

Or. Krausenstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Billetvorverkauf schon für 8 Tage vorher ohne Vorverkaufsgeld von 10-11 Uhr an der Theaterkasse und bei Wertheim.
Sonntags nachm.: Die sieben Raben.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abds. 8 Uhr! Letzte Aufführung!
Der Sorgenbrecher.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.
Ab 1. März 1907 jeden Abend: Gesamtgastspiel des Theaters des WESTENS.
OPERA und OPERETTE.

Metropol-Theater

Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund, Musik von Viktor Holländer. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Masaryk, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 24. Febr., nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Apollo Theater

10 Uhr! Täglich: 10 Uhr!
Bernhard Mörbitz
als Paulchen auf der Wunderschiff.
Küherdem: Die hervorragenden Attraktionen des großen Spezialitäten-Programms.
Die schöne Vestalin.
Operette von Viktor Holländer.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Holentz. Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Anna Müller-Lincke
Gesangs- u. Soubrette v. Metropol-Theater in Berlin.
Leonhard Haskel,
der beliebteste Volks-Komiker.
Max Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette - meine Frau.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Die Liebeschänkel.

Fräulein Josette - meine Frau.

Fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Donnerstag, den 21. Februar:
Das große Bockbier :: Jubel und Trabelfest
verb. mit Theater- u. Spezialitätenvorstellung und 2500718 Lieberrollungen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Volks-Kabarett

der
Brettidiva Margarete Walkotte.
Neue Welt, Haseheide.
Montag, den 25. Februar, abends 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Abendkasse 60 Pf.
Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engel-Ufer 15, Neue Welt, Haseheide, bei Herrn Conrad, Rixdorf, Hermannstr. 50, bei Herrn Erbe, Haseheide 9.
Mitwirkende: Fr. Mylius, Konzertsängerin, Herr Max Plüddemann, Violinvirtuos, Herr Artur Laube vom Lessing-Theater, Georg Wolf vom Thalia-Theater, Emil Walkotte, Margarete Walkotte. 30641.*

Schwarzer Adler.
Friedrichsberg.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Bürger.
Jeden Mittwoch: 88302*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Schwarzer Adler.
Friedrichsberg.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Bürger.
Jeden Mittwoch: 88302*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Schwarzer Adler.
Friedrichsberg.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Bürger.
Jeden Mittwoch: 88302*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Wittwoch, abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Freitag, abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Zirkus Busch.

Anfang 7 1/2 Uhr.
The Novellos
Zaubern in Europa.
Manolis-Marin-Truppe.
Küherdem: Fr. Köhne, Schullehrerin, Herr Ernst Schumann, Neubresuren.
Um 9 1/2 Uhr: **ROM.**
Gr. Orig. Ausstatt. - Pantomime in 7 Bildern. Besonders hervorzuheben: Faustkämpfe, Ringkämpfe zu Pferde. Die Todesfahrt über die gesprengte Brücke. Feenhafte Licht- u. Wasserspiele.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Zum letzten Male:
Faust.
Die Gretchen-Tragödie von Goethe.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerst.: Große Extravortragung: Carmen. Schauspiel m. Operneinlagen.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Säger.
Anfang
Wochentags
8, Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Täglich: Großer
Bockbier-Jubel.
Musik! - Gesang! - Humor!
Allerlei Überraschungen.

Prater-Theater

Kasseler - Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten von B. und F. v. Schönhan.
Morgen:
Kabale und Liebe.

Sanssouci.

Kottbusstr. 4a.
Direktion Wilhelm Köhler.
Heute Mittwoch, 1. Male:
Novität:
Die Diamanten des Sultans.
Benjal. Dreifaltig-Komödie in 5 Aufz. n. d. Engl. v. Waller.
Jeden Sonntag, Montag u. Donnerst.: Nord. Säger.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 Uhr.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Auf Wunsch Vorführung in Vereinen jederzeit.
Verbindung mit größter Filma-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦

Volks-Kabarett

der
Brettidiva Margarete Walkotte.
Neue Welt, Haseheide.
Montag, den 25. Februar, abends 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Abendkasse 60 Pf.
Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engel-Ufer 15, Neue Welt, Haseheide, bei Herrn Conrad, Rixdorf, Hermannstr. 50, bei Herrn Erbe, Haseheide 9.
Mitwirkende: Fr. Mylius, Konzertsängerin, Herr Max Plüddemann, Violinvirtuos, Herr Artur Laube vom Lessing-Theater, Georg Wolf vom Thalia-Theater, Emil Walkotte, Margarete Walkotte. 30641.*

Schwarzer Adler.
Friedrichsberg.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Bürger.
Jeden Mittwoch: 88302*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Schwarzer Adler.
Friedrichsberg.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Bürger.
Jeden Mittwoch: 88302*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Schwarzer Adler.
Friedrichsberg.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Bürger.
Jeden Mittwoch: 88302*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Wittwoch, abends 8 Uhr:
Jugend.
Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Fiesko.
Freitag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.

Zirkus Schumann

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Elite-Programm und
Nur farges Galopspiel
Mr. Richard Sawades
einsig dastehende, wunderbar dressierte gemischte
Raubtier-Gruppe.
Die neu engag. Spezialitäten usw.
Um 9 Uhr: Sensationeller Erfolg:
St. Hubertus.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der auserlesene Fehruarspielplan
u. a.: Die 3 Harders,
Könige der Luft.
Grete Füllgraf,
jüngste Verwandlungskünstlerin.
Vom Witwenball.
Schwank.
Familienarten, wochentags zum halben Kassenspreis gültig. In Barberie, Friseur- u. Zigarengeschäften gratis.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Säger.
Anfang
Wochentags
8, Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant
Bockbier-Fest.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Täglich: Großer
Bockbier-Jubel.
Musik! - Gesang! - Humor!
Allerlei Überraschungen.

Prater-Theater

Kasseler - Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten von B. und F. v. Schönhan.
Morgen:
Kabale und Liebe.

Sanssouci.

Kottbusstr. 4a.
Direktion Wilhelm Köhler.
Heute Mittwoch, 1. Male:
Novität:
Die Diamanten des Sultans.
Benjal. Dreifaltig-Komödie in 5 Aufz. n. d. Engl. v. Waller.
Jeden Sonntag, Montag u. Donnerst.: Nord. Säger.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 Uhr.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Auf Wunsch Vorführung in Vereinen jederzeit.
Verbindung mit größter Filma-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦

Volks-Kabarett

der
Brettidiva Margarete Walkotte.
Neue Welt, Haseheide.
Montag, den 25. Februar, abends 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Abendkasse 60 Pf.
Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engel-Ufer 15, Neue Welt, Haseheide, bei Herrn Conrad, Rixdorf, Hermannstr. 50, bei Herrn Erbe, Haseheide 9.
Mitwirkende: Fr. Mylius, Konzertsängerin, Herr Max Plüddemann, Violinvirtuos, Herr Artur Laube vom Lessing-Theater, Georg Wolf vom Thalia-Theater, Emil Walkotte, Margarete Walkotte. 30641.*

Schwarzer Adler.

Schwarzer Adler.
Friedrichsberg.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Bürger.
Jeden Mittwoch: 88302*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Schwarzer Adler.
Friedrichsberg.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Bürger.
Jeden Mittwoch: 88302*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Schwarzer Adler.
Friedrichsberg.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Bürger.
Jeden Mittwoch: 88302*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Schwarzer Adler.
Friedrichsberg.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn C. Bürger.
Jeden Mittwoch: 88302*
Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mann
Hermann Hinze
Röpenickerstr. 144
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Wittwoch, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof - Kirchhof, Müllerstr. 240/18 statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mann
Hermann Voigt
am 18. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Reichendalle des Geshjemasen-Richthof in Rieder-Schönhausen (Köpenick) aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
113/9 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mann
Paul Silberberg
am 15. Februar 1907 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Reichendalle des Geshjemasen-Richthof in Rieder-Schönhausen (Köpenick) aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
15776 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Franken- und Sterbekasse der Zimmerer.

(E. H. No. 2, Hamburg.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmerer
Fritz Wiechmann
Havelbergerstr. 31
wohnhalt, am 15. Februar 1907 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Reichendalle des Heil. Geist-Kirchhofes in Pöhlensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand, Bezirk 4.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlestelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege
Otto Lück
(Beustelstr. 71)
am Freitag, den 15. d. M. verstorben ist.
60/6 Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel, Prinzess-Spezialarzt für Haut- und Halsleiden.

10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.
50 Pf. schon, Vertelbedplatz hochpart., Vertelbedhof.

Eröffnung der Frühjahrs- und Sommer-Saison 1907.

Westmanns Engroschaus
Hauptgeschäft W., an den Kolonnaden.
Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden.
Filiale: O., an der Androssstraße.
Große Frankfurterstr. 115, an der Androssstraße.
Damenkonfektion.
Einzelverkauf an Private!
Spezialität:
Schicke Konfektion.
Pariser Original-Modelle, Paletots, Visites, Jackots etc. Schickste Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen, Konfirmationskleider in elegantester, aber auch solidester Ausstattung - herrliche Piossen, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig. Durch geringe Spesen, sowie vorzügliche Verbindungen bin ich in der Lage, bedeutend billiger als in jedem Modehaus und Detailgeschäft abzugeben.
Seltene günstige Gelegenheit!!!
Sämtliche noch vorhandenen Wintermäntel, Abendmäntel, Püschkonfekt, Boleros, Röcke, Jackots, Capes, Pelakonfekt, Blusen u. Kostüme, in allen Größen vorrätig, werden jetzt, um total zu räumen, außerordentlich billig verkauft in 6 Serien
1 früher bis 22 M. 2 42 M. 3 30 M. 4 125 M. 5 180 M. 6 208 M.
jetzt 6,50 M. 12,50 M. 28 M. 41 M. 60 M. 70 M.
Große Trauerabteilung für Frauen und Kinder.
Abonnenten erhalten bei Vorzeigung dieses 5 Proz. Rabatt.

Dr. Simmel, Prinzess-Spezialarzt für Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.
50 Pf. schon, Vertelbedplatz hochpart., Vertelbedhof.

Eröffnung der Frühjahrs- und Sommer-Saison 1907.
Westmanns Engroschaus
Hauptgeschäft W., an den Kolonnaden.
Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden.
Filiale: O., an der Androssstraße.
Große Frankfurterstr. 115, an der Androssstraße.
Damenkonfektion.
Einzelverkauf an Private!
Spezialität:
Schicke Konfektion.
Pariser Original-Modelle, Paletots, Visites, Jackots etc. Schickste Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen, Konfirmationskleider in elegantester, aber auch solidester Ausstattung - herrliche Piossen, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig. Durch geringe Spesen, sowie vorzügliche Verbindungen bin ich in der Lage, bedeutend billiger als in jedem Modehaus und Detailgeschäft abzugeben.
Seltene günstige Gelegenheit!!!
Sämtliche noch vorhandenen Wintermäntel, Abendmäntel, Püschkonfekt, Boleros, Röcke, Jackots, Capes, Pelakonfekt, Blusen u. Kostüme, in allen Größen vorrätig, werden jetzt, um total zu räumen, außerordentlich billig verkauft in 6 Serien
1 früher bis 22 M. 2 42 M. 3 30 M. 4 125 M. 5 180 M. 6 208 M.
jetzt 6,50 M. 12,50 M. 28 M. 41 M. 60 M. 70 M.
Große Trauerabteilung für Frauen und Kinder.
Abonnenten erhalten bei Vorzeigung dieses 5 Proz. Rabatt.

Dr. Simmel, Prinzess-Spezialarzt für Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.
50 Pf. schon, Vertelbedplatz hochpart., Vertelbedhof.

Eröffnung der Frühjahrs- und Sommer-Saison 1907.
Westmanns Engroschaus
Hauptgeschäft W., an den Kolonnaden.
Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden.
Filiale: O., an der Androssstraße.
Große Frankfurterstr. 115, an der Androssstraße.
Damenkonfektion.
Einzelverkauf an Private!
Spezialität:
Schicke Konfektion.
Pariser Original-Modelle, Paletots, Visites, Jackots etc. Schickste Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen, Konfirmationskleider in elegantester, aber auch solidester Ausstattung - herrliche Piossen, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig. Durch geringe Spesen, sowie vorzügliche Verbindungen bin ich in der Lage, bedeutend billiger als in jedem Modehaus und Detailgeschäft abzugeben.
Seltene günstige Gelegenheit!!!
Sämtliche noch vorhandenen Wintermäntel, Abendmäntel, Püschkonfekt, Boleros, Röcke, Jackots, Capes, Pelakonfekt, Blusen u. Kostüme, in allen Größen vorrätig, werden jetzt, um total zu räumen, außerordentlich billig verkauft in 6 Serien
1 früher bis 22 M. 2 42 M. 3 30 M. 4 125 M. 5 180 M. 6 208 M.
jetzt 6,50 M. 12,50 M. 28 M. 41 M. 60 M. 70 M.
Große Trauerabteilung für Frauen und Kinder.
Abonnenten erhalten bei Vorzeigung dieses 5 Proz. Rabatt.

Dr. Simmel, Prinzess-Spezialarzt für Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.
50 Pf. schon, Vertelbedplatz hochpart., Vertelbedhof.

Eröffnung der Frühjahrs- und Sommer-Saison 1907.
Westmanns Engroschaus
Hauptgeschäft W., an den Kolonnaden.
Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden.
Filiale: O., an der Androssstraße.
Große Frankfurterstr. 115, an der Androssstraße.
Damenkonfektion.
Einzelverkauf an Private!
Spezialität:
Schicke Konfektion.
Pariser Original-Modelle, Paletots, Visites, Jackots etc. Schickste Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen, Konfirmationskleider in elegantester, aber auch solidester Ausstattung - herrliche Piossen, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig. Durch geringe Spesen, sowie vorzügliche Verbindungen bin ich in der Lage, bedeutend billiger als in jedem Modehaus und Detailgeschäft abzugeben.
Seltene günstige Gelegenheit!!!
Sämtliche noch vorhandenen Wintermäntel, Abendmäntel, Püschkonfekt, Boleros, Röcke, Jackots, Capes, Pelakonfekt, Blusen u. Kostüme, in allen Größen vorrätig, werden jetzt, um total zu räumen, außerordentlich billig verkauft in 6 Serien
1 früher bis 22 M. 2 42 M. 3 30 M. 4 125 M. 5 180 M. 6 208 M.
jetzt 6,50 M. 12,50 M. 28 M. 41 M. 60 M. 70 M.
Große Trauerabteilung für Frauen und Kinder.
Abonnenten erhalten bei Vorzeigung dieses 5 Proz. Rabatt.

Dr. Simmel, Prinzess-Spezialarzt für Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.
50 Pf. schon, Vertelbedplatz hochpart., Vertelbedhof.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Berlin Bezirk V.
Am 17. Februar verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, der Schiefer
Max Heidemann
im Alter von 40 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, Gerichtstraße 47, nach dem alten Nazareth-Kirchhofe, Seelstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mann
Max Heidemann
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, Gerichtstraße 47, nach dem alten Nazareth-Kirchhofe in der Seelstraße statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Aus der Frauenbewegung.

Das Recht auf Mutterschaft vor der italienischen Kammer.

So merkwürdig es ist, wir müssen diesmal die Worte eines italienischen Ministers wegen ihrer Modernität und Bornehmtheit zitieren. Am 12. d. M. kam in der Kammer eine Angelegenheit zur Sprache, die seit Monaten in „Pharisäerkreisen“ viel Aufsehen erregt hat. Eine Lehrerin, Frau Terruzzi, war im vorigen Herbst an einer Mailänder technischen Schule angestellt worden auf Grund eines Wettbewerbes; gegen diese Anstellung erhoben sich viele Lehrer und vor allem der Rektor der Schule. Als Vorwand gab man an, die Anstellung sei illegal, da die betreffende Dame zwar ein Oberlehrerinnen-Diplom, nicht aber den Doktorgrad besäße, der für den Unterricht an Mittelschulen vorgeschrieben wäre. In Wirklichkeit wurde der Krieg gegen Frau Terruzzi aber durch den Umstand bedingt, daß sie, obwohl unverheiratet, ein Kind besitzt, einen jetzt dreizehnjährigen Knaben, den sie bei sich hat und erzieht. Daß dies ein unverzeihliches Verbrechen in den Augen aller Biedermänner ist, versteht sich von selbst. Als sich Frau Terruzzi in ihrer Klasse vorstellte, schämte sich der Direktor nicht, der Dame und Kollegin die Tür zu weisen; da die so Beleidigte trotzdem ihre Klasse aufsuchte, wie das ihr Recht und ihre Pflicht war, verließen die Schüler und Schülerinnen die Schule und führten einige Tage einen „Proteststreik“ durch. Aber das Ministerium schützte Frau Terruzzi in ihrem Recht, worauf der Direktor der technischen Schule seine Stelle niederlegte. Heute haben sich lange die Bogen über die Angelegenheit geblättert, aber die Merikalen konnten es doch nicht unterlassen, den Fall durch den Abgeordneten Albafini im Parlament zur Sprache zu bringen. Dieser verbreitete sich dann über die angebliche Gefährlichkeit der Ernennung der Frau Terruzzi und verschwiegen den wahren Grund des Merikalen Heißzuges gegen die tapfere Frau. Zurati, der gleichfalls eine Interpellation eingereicht hatte, wandte sich mit kraftvoller und feiner Beredsamkeit gegen den Abgeordneten Albafini und sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Verhöhnung der Merikalen seinen Vorredner dahin gebracht hätte, zu vergessen, daß er ein Gentleman sei. Der sozialistische Abgeordnete legte dann dar, daß die Verfolgung nicht der Lehrerin ohne akademischen Titel, sondern der Frau und Mutter galt, die den Mut gehabt hatte, ihre Mutterpflichten höher zu stellen als die Konventionen der Gesellschaft. Er zeigte, welche gemeinen Verleumdungen Frau Terruzzi durch die Mailänder Merikalen und Pharisäer zu erdulden hatte. Den Interpellanten antwortete der Unterrichtsminister Rava, der erklärte, Frau Terruzzi sei zu Recht an der betreffenden Mittelschule angestellt worden, und die gegen sie

gerichteten Demonstrationen lebhaft bedauerte. Was die von einigen herangezogene Frage der Sittlichkeit beträfe, so fordere er, der Minister, die strengste, lauterste und vornehmste Sittlichkeit für die Schule, er glaube aber nicht, daß es dieser Sittlichkeit irgend wie Abbruch täte, wenn eine Frau ihren Knaben Mutter sei, für es arbeite und es erziehe. Was sagen die deutschen Phisiker zu diesen Worten? Wie würden sie sie aufnehmen, wenn sie ihnen vom Ministerische entgegen tönten?

Vermischtes.

Von einem Jagdgast erschossen. Wie das „Rheinischer Kreisblatt“ meldet, wurde gestern morgen ein Waldarbeiter auf dem Wege nach der königlichen Forst erschossen und ein zweiter Arbeiter schwer verletzt. Wie es heißt, rührten die Schüsse aus dem Gewehr eines Berliner Schlossermeisters, der sich mit anderen Jagdgästen auf dem Anstand befand und die Arbeiter für Wild hielt.

Selbstmord im Gefängnis. In Bunzlau übergab sich der wegen Einbruchsdiebstahls in Untersuchungshaft sitzende Maurer Kotzer mit Petroleum, zündete sich an und verbrannte.

Opfer ihres Berufes. Im Gleiszellerer Steinbruch erfolgte nach einer Meldung aus Lanbau (Waltz) vorzeitig eine Explosion der Sprengmasse. Zwei Arbeiter sind schwer verletzt, einer hat das Augenlicht verloren.

Von Lawinen bedroht. Aus Amnech (Frankreich) wird gemeldet: Zahlreiche Lawinen sind zu Tal gegangen, verursacht durch die plötzliche Schneeschmelze. Der Verkehr auf der Straße von Arves ist vollständig unterbrochen. Viele Häuser, die durch Lawinen bedroht sind, mußten auf Veranlassung der Behörde geräumt werden.

Falschmünzer und Spiebel in Basel. Das Strafgericht in Basel verurteilte den 34-jährigen Schneider und „Schriftsteller“ Saarman aus Pfullen wegen Falschmünzerei, die er durch Herstellung schweizerischer, deutscher und französischer Gold- und Silbermünzen beging, zu 1 Jahr und seine Frau wegen Beteiligung zu 4 Monaten Gefängnis. Dieser Saarman ist das nämliche Subjekt, das den „Bombenfabrikanten“ Schneider Blazed und Genossen in Zürich an den Bundesanwalt Kronauer in Bern verraten hatte. Als er sich in Zürich nicht mehr sicher fühlte, ließ er sich von seinen Berufsgeossen, Schneidern, die Umzugskosten bezahlen, obwohl er in bürgerlichen Mäthern Basels kurz vorher noch gegen die Arbeiterbewegung geschrieben hatte. Da er ein wenig leistungsfähiger Arbeiter war, mußte er sich die meiste Zeit hindurch von mitleidigen Kollegen unterstützen lassen. Die falschen Münzen

ließ er durch Frau und Kinder in Umlauf bringen. Als er verhaftet wurde, wandte er sich an den Bundesanwalt mit der Bitte, ihm zu helfen, da er auch ihm schon nützlich gewesen sei. „Leider“ konnte aber der Bundesanwalt seinem vereherten Spiegellöcher nicht beistehen.

In den Fluß gestürzt. Ein gemischter Eisenbahnzug ist, wie von Algier gemeldet wird, bei Cettif in dem Augenblick, als er über eine Brücke fuhr, in den Fluß gestürzt. Maschine, Tender, Postwagen und sechs Güterwagen entgleisten und stürzten ins Wasser. Der Zugführer wurde getötet, ein Heizer schwer und mehrere andere Zugbeamte leicht verletzt.

Die „New Yorker Volkszeitung“ erzählt, daß sich kürzlich Geheimagenten bei ihr einfanden, um nach — Bomben zu suchen. Der Staatsanwalt Jerome hatte eine anonyme Anzeige durch einen Fuhrunternehmer erhalten, der den Anzug der „Volkszeitung“ besorgt hatte. Dabei hatte ein Knisch „verdächtige“ Papprollen mit einer Fälschung gesehen und das Geheimnis den Unternehmern mitgeteilt. Diefem ließ es keine Ruhe, bis er die fürchtbare Entdeckung angezeigt hatte. Die Agenten fanden auch wirklich die fraglichen Papprollen vor, die zum Verschicken der Kalender dienten; die Fälschung war harmlose Strippe. Nach diesem Resultat ihrer Nachforschungen schlichen sich die Herren von der Polizei still wieder davon.

Witterungsüberblick vom 19. Februar 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Wind, Windstärke, Wetter, Temp., Stationen, Barometer, Wind, Windstärke, Wetter, Temp.

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 20. Februar 1907. Mild und zeitweise heiter, aber veränderlich mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 19. Februar. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 1,22 sp. — Elbe bei Magdeburg 1,31 Meter, eisfrei. — Elbe bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Rattibor 1,18 Meter. — Oder bei Breslau Oberpegel — 1,24 Meter. — Neißemündung 1,11 Meter. — Oder bei Biege 2,88 Meter. —

Die Mischung der Josetti Vera Cigaretten vereint alle Eigenschaften feinsten Türkischer Tabake in vollkommener Weise. Aromatisch, rein im Geschmack, gehaltvoll und doch milde.

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

bieten zu mässigem Preis die Qualitäten, welche für Cigaretten zu doppelten Preisen als deren hervorragende Eigenschaften in Anspruch genommen werden.

Josetti

10 ST. FÜR 30 PFENNIG.



Polologlow - Zigaretten

sind in Geschmack und Qualität unerreicht! Das Stück 3 bis 10 Pfennige. Überall käuflich! Fabrik „Eplras“, Dresden.

Lehr- und Versuchsanstalt für Brauer in München.

Privatinstitut: Direktor Dr. Dolmens. 200/18* Beginn des nächsten viermonatlichen Hauptkurses: 25. April 1907. Prospekte gratis. Bezugnahme auf diese Zeitung erbeten.

Beste Sparanlage!

durch Kauf kleiner Grundstücke in aufstrebendem Vorort, 1/2 Stunde von Berlin, nahe Bahnhof 88922* N. 55 M. inkl. Straßenpflaster gegen dequeme Abzahlungen. Offerten erbeten sub P. 1 an die Expedition dieses Blattes.

Unsere erprobten und bewährten

Spiritus-Glühlicht-Brenner nebst Ersatz- u. Zubehör-Teilen zu unseren Listenpreisen erhältlich bei

- W. Carl Haupt, Tauenzienstr. 14; Georg Küpferling, Augsburgstr. 27; P. Raddatz & Co., G. m. b. H., Leipzigerstr. 122/123; Emil Riedel, Potsdamerstr. 52; Albert Rosenhain, Leipzigerstr. 74; R. & Th. Viereck, Potsdamerstr. 85. S. Hermann Arhold, Alexandrinenstr. 110; H. Kabermann, Prinzenstr. 26; Richard Hoppach, Kommandantenstr. 60. SO. Wihl. Krusemark, Oranienstr. 206. O. Erich Flosky, Frankfurter Allee 102. N. Reinhold Becker, Invalidenstr. 164; O. P. Neundorf, Friedrichstr. 180. Charlottenburg. Fritz Schroeder, Schlüterstr. 59; Eugen Vieltz, Lohmeyerstr. 1. Wilmersdorf. E. Soltaus, Kaiser-Allee 17.

Centrale für Spiritus-Verwerthung G. m. b. H.

Ausstellungs- und Verkaufs-Lokal: Friedrichstr. 96 BERLIN NW. 7, gegenüber dem Central-Hotel

Phänomen-Zigaretten



Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg. Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Namkori“

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenlecher Badt...
Wiederlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre. kein Laden. Nauerhoff. +1

Rähmaschinen! Vergüte bis 15,00
ner Teilzahlung lauft oder nach-
weist. Sämtliche Systeme. Brauer,
Zisterstraße 90, Lager. +131*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Göttinger-
straße 94a. 9275*
Rixdorf, Neues Festzelt, Knele-
bedstraße 118, Restaurant, Garten,
Vereinszimmer, Partisfaal (600 Per-
sonen). Sonntags Ball. +117*

Deutscher
Holzarbeiter - Verband,
Verein der Einsetzer Berlins,
Achtung! Bauarbeiter!

Wegen der Aussperrung in der
Berliner Holzindustrie sind folgende
Bauten gesperrt: 78/6
Bauten der Firma Sawatzki:
Suple, Württembergischestraße 37
Ede Liebenburgerstraße, Land-
shuterstr. 18.
Ehrenplatzstr. 19, 20, 21, Beamten-
häuser.

Bauten der Firma
Wagenknecht:
Eprede, Göttingerstraße 17.
Rixe, Rixdorf, Richardstraße und
Partelsdorferstraße (Ede).
Grotte, Mariendorf, Dorfstraße
(Ede).
Bauten der Firma Akt.-Ges.
für Bauausführung:
Nardt u. Leffer, von der Seydlit-
straße 12.
Ritterstraße 11, Fabrikgebäude.
Bauten der Firma Repke,
Charlottenburg:
Lorenz, Ebelstraße 47.
Seib, Bismarckstraße, Ede Kider-
straße.
Landshut, Sanatorium.
Schäfer, Charlottenburg, Eitel-
hagenstraße, Ede Wilmersdorfer-
straße.

Bauten der Firma Heinemann:
Sophie Charlottenstraße, Ede
Anobelsdorferstraße.
Bredem, Gleimstraße.
Krieger, Dornburgerstraße.
Kange, Rixdorf, Boddinstraße.
Kange, Steglitz, Rixdorfstraße.
Rixdorf, Lohmstraße.
Bauten der Firma Herrgesell &
Hübner, Wilmersdorfer-
straße:
Charlottenburg, Berner Siemensstr.
Kommunstr. 27.
Bauten der Weissenauer Holz-
bearbeitungsfabrik G. m.
b. H.:
Lohse, Wilmersdorf - Friedenau,
Ringbahnstr. 245.
Luffe u. Jenow, Schöneberg,
Rindfleischstr. 16.
Arnold, Weig. Johenstr. 82.
Röwe, Eisingenstr. 54.
Kronenstr. 33.
Brandmann, Heilbronnerstr. 22.
Wendler, Friesenstr. 3.
Bauten der Firma Metz, Urban-
straße:
Tempelhof, Eilauerstraße.
Steglich, Eichenaustraße.
Yanow, Rindfleischstr. 18.
Ziegel, Spandauer-, Ede Bergstraße.
Bauten der Firma Pätz,
Reichenbergerstr. 114:
Fischer u. Goldberg, Rixdorf, Berg-
u. Wallerstraße-Ede.
Förster, Rixdorf, Treppower- und
Harzerstraße-Ede.
Weise, NW., Ebelstraße 4/5.
Bau der Firma Bausecke:
Charlottenburg, Schillerstr. 11.
Bauten der Firma Herrmann,
Stalinerstraße:
Ausbau in Ziegel, Reiterstr. 16.
Gasanbau, Peculauer Allee,
Direktionsgebäude und Gub-
röhrenlager.
Bauten der Firma Strotthoff:
Herold, Charlottenburg, Giesebrecht-
straße 17.
Reinholdstr. 95.
Gutzeit, Wer- und Rartin Oph-
strofen-Ede.
Bauten der Firma Noack,
Gennigsdorferstraße:
Giller, Koch-Aller, zwischen Lgnar-
straße und Ringbahn.
Reinholdstr. 49.
Bauten der Firma L. Lassen:
Denkm., Urbanstr. 94.
Schmiedele, Eberfelder- und Dort-
munderstraße-Ede.
Blantzenfeld, Rixdorfstr. 152.
Lassen u. Rindfleisch, Vohagen.
Bau der Firma Pohl & Sohn:
Schoffo, Charlottenburg, Ebel-
straße 7-8.
Bau der Firma Nöhe,
Zettinerstraße 27:
Ede u. Schwarz, Eichenstr. 5.
Bau der Firma Schneider,
Griechenowstraße:
Bellermannstr. 84.
Bauten der Firma Roloff,
Wohrenhof, Friedrich-, Ede Mohren-
straße.
Schweibemerstr. 7.
Winostr. 17.
Bau der Firma Hoffmann,
Wollinerstr. 27a:
Gleimstr. 46/47.
Firma Knöfel, Lichterfelde,
Wantenfelstr. 7:
Steglich, Herderstr. 7.
Bau der Firma Krüger,
Reichenbergerstr. 61:
Weig, Germania-Promenade.
Bau der Firma Schwarze,
Rixdorf, Rogasstr. 25:
Rixdorf, Emmerstr. 34.
Bau der Firma Wagenknecht,
Petersburgerstraße:
Friedrichsberg, Plarstr. 4.
Bauten der Firma Helden-
berg, Prinzenallee 20:
Hiele, Wilmersdorf, Rostauische
straße 5.
Bau der Firma Scharwiz,
Stödel, Friedenau, Gramschstraße.
Bau der Firma Holstein:
Schule, Rixdorf, Schanweber-
straße 22.
Bau der Firma Muder, Schön-
hausen:
Yanow, Schmidtstr. 6.
Bau der Firma Reuter, Stein-
meierstr. 21:
Haumann, Mühlengasse, Ede Rosen-
hainerstraße.
Bau der Firma Rachfall, Ka-
kanien-Allee 10:
Schönhauser Allee, Ede Dornholmer-
straße.
Leibnizstr. 46.
Bau der Firma Weise, Roabit:
Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 1.
Treppengeländerbranche.

Renge, Wilmersdorf, Schwab-
straße.
Wurgall u. Martin, Jollenstein-
straße 49.
Kottbuserdamm 87.
Friedman, Stübnerstr. 12.
Werft und Bauten der Firma
Altendorf, Charlottenburg:
Wilmersdorf, Nikolaus-, Eudeten-
straße, Ködner.
Dedg., Eudetenstraße, Kolowatz.
Bauten der Firma Förner &
Scharlau:
Gr. Frankfurterstr. 126.
Schmidt, Poststr. 35.
Rixdorf, Ebelstraße 49/49.
Dornau, Charlottenburg, Kommu-
nenstr. 42/43.
Lehmann, Charlottenburg, Kommu-
nenstr. 44.
Wilmersdorf, Kaiser-Allee 202.
Bauten der Firma G. Brans,
Buppstraße:
Wibberstr. 11/12, Geife.
Schonewitzstr. 3-4, Geife.
Wilmersdorf, Rixdorfstr. 3.
Grünau, Rixdorfstr. 16, Bach.
Landshut, Rixdorfstr. und Treben-
str. 1/2, Ködler.
Bauten der Firma Völker,
Tempelhof.
Gräß, Dornholmerstraße, Ede Schön-
hauser Allee.
Fischer, Charlottenburg, Bismarck-
u. Ede Wilmersdorfer-
Allee.
Willa Werner, Klein Eichenide bei
Friedham.
Paulsen, Schillerstr. 33/34.
Lehmann, Dahlmannstraße, Ede
Gardinerstraße.
Bau der Firma Stahl, Sur-
fürkenstraße 37:
Ueberholz, Rixdorfendamm 170.
Bauten der Firma Lindgren,
Rixdorf:
Rohmann, Reiterstr. 2.
Wähler, Rixdorf, Bergstr. 112.
Wippstr. 25.
Waller, "Walter- und Ju-
liustr. 1/2.
Ludwigstr. 1/2.
Röwe, Genschelstr., Bittenau.
Alles Kriminalgericht, Roabit.
Bauten der Firma Marzahn,
Vergmannstraße:
Lorenz, Reple, Ebelstr. 47.
Karl Schmidt, Rindfleischstr. 2.
Wingelstr. 18.
Wilmersdorf, 45/46.
Gewerkschaftshaus d. Metallarbeiter,
Charlottenstraße 3.
Friedrich u. Ludwig, Grolmannstr.,
Ede Bismarckstraße.
Bauten der Firma Jensen
u. Wodrich:
Semostr. 2, 3, 20, Bau Riller.
Weig, Regentenstr. 116, Bau Last.
Bauten der Firma Griesar,
Steglich:
Steglich, Schönebergerstr. 10-11,
Bau Lamprecht.
Steglich, Jümmernannstr. 12, Bau
Wilmersdorf.
Steglich, Bau Berlinstr. 5.
Yanow, Schulzestraße, Bau Stimm-
straße.
Bauten der Firma Reinhardt,
Dennewitzstraße:
Schönebergerstr. 27.
Bau der Firma Finkendey,
Brunenwald, Wangenheim- u. Linn-
hofstraße-Ede, Raß.
Wegen Streit und Differenzen
sind gesperrt:
Für Korbmacher:
Berthold, Zeltowerstraße.
Für Vergolber:
J. C. Hoff, Zenghofstraße.
Für Kammmacher und
Zelluloid-Arbeiter:
Firma Grünberg,
Wetzlarer, Langhausstr. 58.
Zugzug ist fernzuhalten.
Die Ortöverwaltung.

Vermietungen.

Wohnungen.
Prächtige Zwei- und Dreizimmer-
wohnungen Solbenerstraße 32/34.
Cubenarderstraße 36, 38. Sofort
Wohnungen von 18 Mark ab.
Wartbeirstraße 63, 64. Sofort
Läden, Wohnungen billig. 14875*
Schlafstellen.
Schlafstelle, allein, zum 1. März
frei Rixdorf, Thomaststraße 31, 1 Treppe,
bei 26c. +104
Schlafstelle Wollstraße 35, vorn III.
Schlafstelle bei Schäffer, Boigt-
straße 15, vorn 4 Treppen. +130
Mietsgesuche.
Junger Mann sucht möbliertes
Zimmer zum 1. März, gegen Ge-
hälter Bahnhof. Offerten O. P. Partei-
spektion Lauferstr. Platz. +72
Kleines möbliertes Zimmer sucht
mit Preisangabe P. W. 9 Post-
amt 68. 15725

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
Schreiblehrling Rechtsanwält
Koska, Straßenerstraße 56. 22648
Verteiler für lupulose Steinholz-
sugböden, selbständige, sofort gesucht.
Deutsche Holzwerke, Rant-
straße 38a. 22638*
Dirigenten sucht Gelangereim
(Geige). Offerten abzugeben bei
Widisch, Krautstraße 24. 15896
Schrling verlangt Schulz, Kunst-
schlosserei, Waldemarstraße 55, par-
terre rechts. 15836*
Tenor gesucht "Herrengeheißer",
Postamt 31. +794
Narbigenmacher verlangt Rixdorf,
Köpenstraße 12-13, Fabrikgebäude
1 Treppe. +104
Tüchtiger Tischler aus feinste
Bücheln, Schreibische u. nach aus-
wärts gesucht. Offerten unter G. 2
Expedition des "Vorwärts". 15965
Botenfrauen suchen dauernde und
sehr lohnende Beschäftigung. Louren
Alle Kolobstraße und Büchelnstraße
am Bellealliance-Platz. Redungen
Schäferstraße 24/25. 1573*
Botenfrauen suchen dauernde
und sehr lohnende Beschäftigung
Schäferstraße 24/25. 144*
Zigaretten-Arbeiterinnen, geübte,
verlangt Elgg, Kolonnenstraße 4,
Schöneberg. 1476*
Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Junger Parteigenosse,
der seit einem Jahre an einer
Parteizeitg. als Berichterstatler tätig
ist, sucht zwecks gründl. Ausbild.
im Redaktionswesen Stellung als
Redaktionsgehülfe
an größ. Parteizeitung.
Talentierte Person, guter
Satiriker, befähigter Redner. Der-
selbe ist nicht abgeneigt, an
klein. Parteiorgan die Redaktion
selbständig zu übernehmen. Off.
Chiff. E. O. 1699 bef. Anc.-Exp.
Rudolf Mosse, Hannover. 1512
Achtung! Bauarbeiter!
Die Bauten der Firma Vereinte Bautisch ler aus Riech bei Treuenbrieken,
Bau Völker, Jablonskistraße 12/13
Bau Albrecht, Barbarossastraße (Schöneberg)
sind für Tischler und Einsetzer gesperrt.
Deutscher Holzarbeiter - Verband,
Der Gauvorstand.

Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
züge, Hosen, Koffer, Revolver,
Lehmann, Uhren, Goldschmied, Kessel,
Sportbillig, Leder, Drantenstraße 131.
Weißgläser, Operngläser, Kell-
zeuge, Regulatoren, Pfeifhänger,
Hornmusik, Geigen, Röhren, Silber,
Leppiche, Sportbillig, Leder, Dranten-
straße 131. 15596*
Zigaretten-Versandhaus "Nord",
Chorinerstraße 16. Telefonamt III.
7812. Billigste Cigaretten für Gastwirte,
Kantinen, Dandeleute. Zigaretten
alle Marken, Kantabaf überst billig.
Kontormöbel, Gelbschirme, eiserne
Schaufeln, Gasöfen, Schmelzöfen,
Kegale, Labentische, alt und neu, Sport-
billig, Eichen-, Drantenburgerstraße 2.
Bronzeastronen !!
Balg-
lampen 9,00, Salongastronen 16,00
Gasöfen 1/2, Jweilochgasöfen 3,00.
Woblaner, Bahnhofsplatz 32.
Geleichte Erdstücker 4,35. Ede
Spachtelstücker 6,25. Segelstücker-
stücker 1,65. Inventar - Räumungs-
preis. Leppichhaus Emil Felder,
Drantenstraße 158. 22068*
Reichgeleichte Portieren, Ritzsch
4,85, Wolltücher 3,85, Plüsch 6,85,
ganze Dekoration. Inventar - Räu-
mungspreis. Leppichhaus Emil
Felder, Drantenstraße 158. 22068*
Frauente! Möbelstücke! Be-
kannt billigste Bezugsguelle für Woh-
nungseinrichtungen, Sofas, Bett-
stellen, volle Matrassen in über-
tadelnder Auswahl! Nur Grüner-
weg 81. - Hermann Dismahl *
100 Kanarienvögel, singende und
sprechende Papageien. Restaurant
Kommendantenstraße 52. 22618*
Restauration, 20 Jahre bestehend,
Kaufherverder, sofort zu verkaufen
Alt-Postamt 44. +781
Gedestillation sofort zu verkaufen.
Höheres Rixdorf, Richardstraße 98.
B. Lehmann. 15915
1 Karlsruhschiffapparat, 12 Stammig,
1 Polnisch, 1 Kinderpielplatz ver-
kauft Wähle, Rodenstraße 13.
Verfallene Möbel, Wirtschaften,
Rähmaschinen, Lombardspießer, El-
fasserstraße 32. 15965
Restauration zu verkaufen. Er-
tragen Vordamspedition Wiesen-
straße 41/42. +787
Restaurant, Saal, zwei Vereins-
zimmer, zwei Kegelbahnen, Garten,
transfichtbar für 3000 Mark zu
verkaufen Rixdorfstraße 33. *
Fiederbett, neu, Sportbillig Ge-
legenheit, Gieserstraße 33, Dreher.
Monatsanlege und Winter-
paletots von 5,00, Poppen von 4,50,
Hosen von 1,50, Gebrochene von
12,00, Frack von 2,50, sowie für
fexpendente Figuren. Keine Garderobe
zu saumend billigen Preisen, aus
Handelichen verfallene Sachen lauft
man am billigsten bei Robt. Rind-
straße 14. 15805*
Zäntertrumeau 32,00, Tisch-
schlo 35,00, Aufschlostrant 38,00, Räh-
maschine, Beoncrtronen, Salongastronen
2,00, Bauernische 2,50. Gieser-
straße 33, Hof parterre, Postler.
Winterpaletots, Monatsanlege,
wenig getragen, von 5 Mark an,
große Auswahl für jede Figur, auch
neue elegante Garderobe aus erster
Bezugsguelle 20 Prozent billiger wie
im Laden, direkt vom Fabrik-
meister Paul Rixdorfstr., nur Rosen-
felderstraße 10. Habe keine Illusion.

Möbelspeicher Krautstraße 50.
Inventar-Ausverkauf. Möbel, Spiegel,
Polstermöbeln. Große Auswahl. Best-
ellen, Matrassen, Sofas, Kleider-
schänke, Bettlos. Preise saumend
billig, weil kein Laden. Brautleute!
Aufzug, haben Sie Geld, beschließen
drei Gegen. Möbelspeicher Kraut-
straße 50. 15838

Verantwortlicher: Scholteur: Hans Weber, Berlin. Für den
Inseratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.